

DIE ROTE HILFE

4.2014

ZEITUNG DER ROTEN HILFE E.V. | 4 EURO | 40. JAHRGANG | C 2778 F

S. 7
REPRESSION
Eine Gewerkschaft von und für Gefangene

S. 20
AZADI
Mit zweierlei Maß? PKK-Verbot aufheben!

S. 24
INTERNATIONAL
Juristische und ökonomische Repression in Spanien

S. 30–45
SCHWERPUNKT
Bitte twittern sie jetzt nichts!
„Soziale Netzwerke“, Überwachung und Repression

ARTHUR TWITTERT!!

HALT'S MAUL

SIND BEI FACEBOOK

Anna & Arthur ~~halten Maul~~ - Du auch?

Titelbild: 18 Metzger
Wir danken dem Künstler für die Genehmigung des Abdrucks.

IN EIGENER SACHE
3 Editorial
4 Geld her! Dafür brauchen wir eure Mitgliedsbeiträge
6 Aufruf zur Unterstützung eines Genossen

REPRESSION
7 Eine Gewerkschaft von und für Gefangene
8 Herausforderung für die Solistrukturen – Eine rechte Allianz geht auf die Straße
11 „Erlangung und Weitergabe von Wissen auf dem Gebiet der Sicherheit im Sport“ – Wie ein Nazi-V-Mann-Führer des Verfassungsschutzes die Ultraszene ausleuchtet
15 Warum das Veranstalten eines Konzerts als Terrorismus angeklagt wird – Neuer 129b-Prozess in Stuttgart
18 Viel Repression hilft viel? – Die Repressionsschraube dreht sich wieder – diesmal geht es gegen den „Islamischen Staat“

AZADI
20 Mit zweierlei Maß

REPRESSION INTERNATIONAL
24 „Wir weinen nicht mehr, wir kämpfen!“ – Juristische und ökonomische Repression in Spanien
27 „Der Maidan hat die linke Bewegung in der Ukraine radikal gespalten“ – Interview mit russischen und ukrainischen AntifaschistInnen

SCHWERPUNKT
30 Bitte twittern sie jetzt nichts! – „Soziale Netzwerke“, Überwachung und Repression
34 Wegbereiter eines smarten Totalitarismus? – Googles gesellschaftliche Gestaltungsmacht
37 Terroristensuche auf Facebook – Deutsche Geheimdienste weiten Online-Schnüffelei massiv aus
38 Offline Aussagen verweigern, online alles offenlegen? – Beispiele aus der Praxis
39 Twittern für die Anti-Antifa? – Auch Nazis werten linke Online-Aktivitäten aus
40 „Das Netz ist ein politischer Raum, um den gekämpft werden muss“ – Zur Facebook-Nutzung linker Gruppen und Menschen
40 „Unproblematisch, um linke Analysen mitzuteilen“ – Zum Nutzen von Facebook und Twitter für linke Gruppen
41 World Wide War – Software zur Aufstandsbekämpfung

44 Literaturvertrieb

46 Adressen

47 Impressum

WER IST DIE ROTE HILFE?

Die Rote Hilfe e. V. ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation.
Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden. Politische Betätigung in diesem Sinne ist z. B. das Eintreten für die Ziele der ArbeiterInnenbewegung, der antifaschistische, antisexistische, antirassistische, demokratische oder gewerkschaftliche Kampf sowie der Kampf gegen Antisemitismus, Militarismus und Krieg. Unsere Unterstützung gilt denjenigen, die deswegen ihren Arbeitsplatz verlieren, Berufsverbot erhalten, vor Gericht gestellt und zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt werden oder sonstige Nachteile erleiden. Darüber hinaus gilt die Solidarität der Roten Hilfe den von der Reaktion politisch Verfolgten in allen Ländern der Erde.

Aus der Satzung

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

der Schwerpunkt dieses Hefts ist einer, der fast alle von uns betrifft. Klar, nicht jede_r Leser_in twittert oder postet selbst. Aber manche unserer politischen Gruppen, viele unserer Freund_innen tun es. Und auf dem Familienfoto, das die Schwester an ihre Online-Pinnwand heftet, sind wir mit Klarnamen, Kommentaren und sozialem Umfeld dann doch zu identifizieren. Aber auch viele Genossinnen und Genossen und auch viele Mitglieder der Roten Hilfe nutzen selbst Facebook und all die anderen, vermeintlich unpolitischen Dienste, die das Leben irgendwie doch praktischer machen – Youtube, Flickr, Instagramm, Tumblr, Google+, Skype, Xing, Finya, LinkedIn ...

Aber trotz unseres Aufrufs hat uns kein Beitrag erreicht, der diese Nutzung begründet oder ihren Nutzen dargestellt hätte. Ausdruck schlechten Gewissens? Denn Gründe für die Nutzung muss es ja geben. So allerdings ist dieser Schwerpunkt einer geworden, der kaum Vor- und Nachteile diskutiert und abwägt, sondern in erster Linie auf Gefahren hinweist. Vielleicht ist das ja auch gut. Allerdings darf die überwiegende Darstellung negativer Aspekte über eines nicht hinwegtäuschen: Viele Linke haben zwar konkrete Kritik oder zumindest ein diffuses schlechtes Gewissen, wenn sie die so genannten Sozialen Netzwerken nutzen – aber sie nutzen sie eben doch. Und sie werden von diesen genutzt. Manche vielleicht altbekannten, aber gern ignorierten und vielleicht auch einige neue Aspekte dazu haben wir in diesem Heft für Euch aufbereitet.

Im nächsten Heft dann, der ersten Ausgabe 2015, beschäftigen wir uns im Schwerpunkt mit einer Sache, die leider auch viele von uns kennen: Pfefferspray. Eine Substanz, die als Kampfgas in internationalen Konflikten verboten ist, im Inland trotz – oder wegen – ihrer Gefährlichkeit exzessiv eingesetzt wird. Welche Gründe das hat, wie der Kampfstoff wirkt, was politisch wie medizinisch dagegen getan werden kann, wie die Verwendung in anderen Ländern aussieht und was da in Zukunft noch auf uns zukommen könnte, wollen wir im nächsten Heft beleuchten.

Wenn Ihr etwas dazu beitragen wollt, schreibt an rhz@rote-hilfe.de. Wir freuen uns auf Eure Beiträge, zu Pfefferspray und zu anderen Themen aus dem weiten Feld der Repression und der Antirepressionsarbeit. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist am 9. Januar 2015.

Und vorab schon die Information: Schwerpunkt der Ausgabe 2/15 wird voraussichtlich Repression gegen Jugendliche sein – welches Verhalten wird speziell oder nur bei Jugendlichen verfolgt, mit welchen speziellen Mitteln und zu welchem Zweck? Redaktionsschluss für diese Ausgabe wird am 10. April sein.

Solidarisch grüßt
das Redaktionskollektiv

Geld her!

Dafür brauchen wir eure Mitgliedsbeiträge ...

Insgesamt wurden Genoss_innen mit 47.495,26 Euro unterstützt

► **Bei eurer Ortsgruppe oder auf unserer Homepage erfahrt ihr, wie ihr selbst einen Unterstützungsantrag stellen könnt: www.rote-hilfe.de/infos_hilfe/unterstuetzungsantrag**

■ Auf seinen letzten beiden Sitzungen hat der Bundesvorstand 147 Unterstützungsanträge behandelt und Zahlungen von insgesamt 47.495,26 Euro beschlossen. Dabei wurde 105 Mal auf Regelsatz entschieden (50 Prozent der angefallenen Kosten), achtmal auf Regelsatz auf die Kosten, die die Verteidigung nach dem Pflichtverteidigersatz gekostet hätte. Neunmal wurden hundert Prozent der angefallen Kosten überwiesen, viermal musste auf 40 Prozent gekürzt werden. Zweimal wurde ein Festbetrag überwiesen.

Fünf Anträge musste der Bundesvorstand bis zur Klärung offener Fragen zurückstellen, neun Anträge wurden abgelehnt.

Keine Beweise, keine Zeugen, trotzdem verurteilt

★ Im Mai 2013 veranstalteten Nazis eine Kundgebung in Karlsruhe (Baden-Württemberg). Bei den Protesten dagegen soll eine Genossin in der Nähe der Kundgebung mit einer Fahnenstange auf einen Polizisten eingedroschen haben. Vor Gericht war dies aber weder auf dem Polizeivideo zu sehen, noch konnten sich die Polizeizeugen daran erinnern. Leider hinderte dies das Gericht nicht daran, die Genossin zu 90 Tagessätzen zu verurteilen. Die Staatsanwaltschaft legte sogar Rechtsmittel gegen dieses Urteil ein. Die Kosten für den Rechtsbeistand übernimmt die Rote Hilfe e. V. zu 50 Prozent und zahlt der Genossin 332,40 Euro.

Hundert Prozent Unterstützung für Geflüchteten-Proteste

★ Zwei Geflüchtete beteiligten sich an Protestmärschen gegen ihre Lage – nicht zum ersten Mal. Deshalb bekamen sie diesmal keine Bußgelder wegen des Verstoßes gegen die Residenzpflicht auferlegt, sondern wurden ohne Verhandlung wegen wiederholten Verstoßes gegen das Aufenthaltsbeschränkungsgesetz zu 20 Tagessätzen verurteilt. Die Rote Hilfe e. V. übernimmt 100 Prozent der entstandenen Kosten, insgesamt 300 Euro.

Widerstand durch Plastikfolie

★ Ein Genosse schützte sich auf einer Demonstration mit einer vor seinem Gesicht befestigten Folie vor Pfefferspray. Daraufhin bekam er einen Strafbefehl wegen Widerstands, gegen den er Widerspruch einlegte. Das Verfahren wurde vor Gericht eingestellt. Dennoch entstanden Rechtsanwaltskosten in Höhe von 542,64 Euro, von denen die Rote Hilfe e. V. die Hälfte übernimmt.

Eine Frage als Befreiungsversuch

★ Bei einer Demo gegen das Mövenpick-Hotel im Hamburger Schanzenpark wurden zwei Genoss_innen von der Polizei aus der Demo gezogen. Eine andere Genossin wollte ihnen helfen und ihre Namen für den Ermittlungsausschuss erfragen. Die Polizei wiederum nahm sie gleich mit und leitete Ermittlungen wegen versuchter Gefangenenbefreiung ein. Vor Gericht wurde die Genossin dafür verurteilt. Die Rote Hilfe e. V. übernahm 50 Prozent der Kosten und zahlt der engagierten Genossin 678,57 Euro.

Naziläden dichtmachen!

★ Eine Genossin hat in einem Redebeitrag auf einer Demonstration die Verstrickung der beiden Dresdener Naziläden „Opos Records“ und „Neverstraight Clothes“ in das „Blood & Honour“-Netzwerk sowie dessen Verstrickung mit dem NSU thematisiert. Dadurch fühlten sich die Naziläden beleidigt und erstatteten Strafanzeige. Schlussendlich wurde das Verfahren eingestellt. Die Anwaltsrechnung belief sich auf 255,26 Euro und wurde nach Regelsatz zu 50 Prozent von der Roten Hilfe e. V. übernommen.

Jugend ohne Zentrum

★ Weil das Jugendzentrum HaK in Bad Segeberg (Schleswig-Holstein) dicht gemacht wurde, besetzten junge Leute aus



Und so solltet ihr euch nicht verhalten ...

Dumme Randale

★ Ein Antragsteller soll mit anderen gemeinsam Autos demoliert haben, um gegen Gentrifizierung zu demonstrieren. Ein Zeuge will wenige Straßen weiter den Antragsteller an seiner Kleidung wiedererkannt haben. Das Verfahren wurde zwar eingestellt, es entstand aber eine Rechtsanwaltsrechnung in Höhe von 684,99 Euro. Einen Antrag auf Kostenübernahme lehnte der Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V. ab, weil er im wahllosen Demolieren von Autos keine politische Aktion erkennen konnte.

der Stadt ein anderes Haus. Bei der anschließenden Räumung durch die Polizei soll ein Genosse Widerstand geleistet haben. Vor Gericht wurde das Ganze gegen eine Geldauflage eingestellt. 447,86 Euro übernimmt die Rote Hilfe e.V., was der Hälfte der Kosten entspricht.

Scheiß Sarrazin!

★ Mehrere Genossinnen störten eine Veranstaltung von Thilo Sarrazin in Bremen, indem sie Taschenalarme durch den Raum warfen und Fäkalien in den Fußboden einrieben. Alle Angeklagten mussten dafür eine Strafe in Höhe von jeweils 150 Euro bezahlen, hinzu kamen noch die Kosten für zwei Anwälte – insgesamt entstanden Kosten in Höhe von 1867,44 Euro. Davon übernahm die Rote Hilfe e.V. 933,72 Euro.

Mörder!

★ Ein Genosse soll während einer Kundgebung der „Initiative Oury Jalloh“ mehrfach zu Straftaten gegen Polizeibeamt_innen aufgerufen und diese provoziert haben. Das Gericht glaubte natürlich den Aussagen der angeblich Provozierten und verurteilte den Genossen zu 5400 Euro Geldstrafe wegen öffentlichen Aufrufs zu Straftaten in drei Fällen. Von der Strafe und den Gerichtskosten übernahm die Rote Hilfe e.V. den Regelsatz in Höhe von 50 Prozent und überwies dem Genossen am Ende 2902,50 Euro.

Flaschen für 2400 Euro

★ Als ein Genosse das „MyFest“ in Berlin verließ, wurde er festgenommen – er soll am selben Tag auf der revolutionären 1. Mai-Demo Flaschen auf Einsatzkräfte geworfen haben. Das Gericht stellte das Verfahren gegen Zahlung von 2.400 Euro ein. Dazu kam noch die Rechnung des Anwalts über 361,64 Euro, so dass die Rote Hilfe e.V. in diesem Fall insgesamt 1380,82 Euro übernahm.

Unangemeldete Bustour

★ Die Refugee-Bus-Tour machte auch in Neumünster (Schleswig-Holstein) halt. Deshalb wurde gegen 20 Genoss_innen wegen der Teilnahme an einer nicht angemeldeten Veranstaltung ermittelt, das Ordnungsamt verhängte Bußgelder. Die Gruppe sprach sich ab, ein Genosse ging stellvertretend für alle anderen dagegen vor. Das Gericht stellte das Verfahren ein, die Anwaltskosten müssen dennoch beglichen werden. Dafür überwies die Rote Hilfe e.V. nach Regelsatz 128,52 Euro.

Prügel fürs Anketten

★ Ein Genosse kettete sich aus Protest an die Tür des Justizministeriums in Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen). Dafür wurde er von der Polizei verprügelt und mit Anzeigen wegen Körperverletzung und Widerstands versehen. Einen Strafbefehl über 1.000 Euro akzeptierte der Genosse, die Rote Hilfe e.V. übernimmt davon 50 Prozent, also 500 Euro.

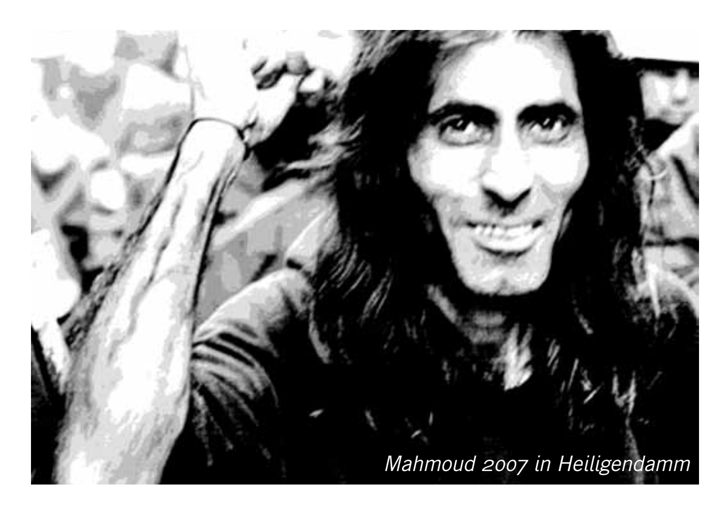
Polizeiliche Lügen

★ Ein Genosse soll bei einer Demonstration vermummt Polizisten getreten haben – zumindest behaupteten diese das vor Gericht. Allerdings stand das Beweisvideo im Widerspruch zu ihren Aussagen und das Gericht stellte das Verfahren gegen eine mündliche Verwarnung ein. Dennoch entstanden Anwaltskosten in Höhe von 406,49 Euro, von denen die Rote Hilfe e.V. die Hälfte übernimmt. Der Genosse hat selbstverständlich vor Gericht geschwiegen.

Zu lange Stange

★ Der Anmelder einer Demonstration wurde wegen Verstoßes gegen den Auflagenbescheid angeklagt – weil er sich geweigert hat Genossen aus der Demo auszuschließen, die ein Hochtransparent mit offiziell zu langen Stangen trugen. Das Verfahren gegen ihn wurde zwar eingestellt, trotzdem entstanden Kosten, von denen die Rote Hilfe e.V. nach Regelsatz die Hälfte übernimmt – 123,63 Euro.

Aufruf zur Unterstützung eines Genossen


Mahmoud 2007 in Heiligendamm

Liebe Genoss*innen,

wir wenden uns mit einem außergewöhnlichen Anliegen an euch alle. Wir versuchen gerade, das Leben unseres kurdischen Freundes und Genossen Mahmoud Ako zu retten. Mahmoud ist kurdischer linker Aktivist, Schriftsteller und Mitglied der Roten Hilfe e. V. Wir haben viele Jahre mit ihm zusammengearbeitet und zusammengelebt und waren gemeinsam politisch aktiv.

Vor drei Jahren entschloss er sich – nach mehr als 15 Jahren Aufenthalt in Deutschland – müde, zermürbt und resigniert von deutschen Amtsstuben und Behörden, seiner „freiwilligen Rückreise“ nach Syrien zuzustimmen und aus der BRD auszureisen.

Mahmouds aktuelle Situation ist katastrophal. Einmal aufgrund des aktuellen Kriegszustandes. Darüber hinaus ist unser Freund lebensbedrohlich erkrankt, bei ihm wurde Nierenversagen festgestellt, so dass er gezwungen ist, sich alle drei Tage einer Dialysebehandlung zu unterziehen. Aufgrund des eskalierenden Krieges in Syrien floh Mahmoud dann zunächst in den Irak, von dort nun wieder vor den Mörderbanden des IS zurück nach Rojava – wo seine medizinische Versorgung aber nicht mehr gewährleistet ist.

Wir – einige alte Freund*innen und Genoss*innen von Mahmoud – versuchen derzeit alles, um ihn da rauszuholen. Wir wollen unseren Freund und Genossen wieder hier bei uns haben. Wir sind seine letzte Hoffnung.

Inzwischen haben wir unglaublich viel solidarische Unterstützung erfahren. Unsere Hilflosigkeit und das Gefühl, nichts tun zu können beziehungsweise nicht zu wissen, was wir tun können, war groß. Doch nun fühlen wir uns nicht mehr ohnmächtig sondern stellen verwundert fest, wie gut vernetzt wir eigentlich sind.

An alle bisherigen Unterstützer*innen: Eure Solidarität war/ist spürbar und gibt uns und unserem Genossen Mut und Kraft weiterzumachen und nicht aufzugeben. Standen wir vor ein paar Wochen noch vor einer schier unlösbaren Aufgabe, sehen wir nun zumindest Chancen, unseren Freund und Genossen da rauszuholen. Wir danken euch! Wir wenden uns hiermit an euch alle und bitten euch uns zu helfen, unseren Genossen zurückzuholen. Bitte spendet, wenn ihr könnt.

Solidarität muss praktisch werden! Spendet und sammelt weitere Spenden! ❖

► **Spendenkonto zur Unterstützung von Mahmoud:**
Rote Hilfe OG Salzwedel
Konto: 400 723 8312 // BLZ: 430 609 67
IBAN: DE93 4306 0967 4007 2383 12
BIC : GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank eG
Verwendungszweck: „zurückgeholt“

*Etwaige Überschüsse werden wir Genoss*innen in Rojava für ähnliche Fälle zukommen lassen.*

Mehr Infos und Flyer zum Downloaden und Verteilen gibt es über salzwedel@rote-hilfe.de und im Internet unter:
► http://mahmoud.blogsport.eu
► http://rotehilfesalzwedel.blogsport.de

Eine Gewerkschaft von und für Gefangene

Solidaritätserklärung der Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe e. V. 2014 mit der im Mai 2014 gegründeten Gefangenen-Gewerkschaft/BO (bundesweite Organisation)

■ Die Delegierten der Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe e. V. erklären sich solidarisch mit der neu gegründeten Gefangenen-Gewerkschaft. Sie erklären sich ebenfalls solidarisch mit den erhobenen zentralen Forderungen der Gewerkschaft wie Mindestlohn und Einbeziehung in die Rentenversicherung für Gefangene.

Wie die Ortsgruppe Halle bereits in einer Solidaritätserklärung bekundet hat: „Die Notwendigkeit einer Gewerkschaft von und für Gefangene besteht vom Prinzip her schon immer, spätestens jedoch seit dem Installieren eines gefängnisindustriellen Komplexes innerhalb der Vollzugsanstalten. Dieser zeigt sich immer offensiver als Dienstleister und Produktanbieter für Privatkunden, aber auch für die öffentliche Hand. Profitmaximierung hat hier, genau wie außerhalb der Knäste, die oberste Priorität kapitalistischen Wirtschaftens. In den Gefängnissen spekuliert man auf die besondere örtliche Komponente hinsichtlich von Arbeitsgesetzgebung. Denn Gefängnisse als gewerkschaftsfreie Zonen, gepaart mit dem Vorenthalten von gesetzlichem Mindestlohn, Anspruch auf Rentenversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und dem Bestehen von teils prekären Arbeitsbedingungen (...) stellen doch ein paradiesisches Gelände für störungsfreie und effektivste Ausbeutung dar."

Die Delegierten der BDV der Roten Hilfe e. V. protestieren gegen die sofort nach der Gründung der Gewerkschaft einsetzenden umfangreichen Repressalien und Einschüchterungsversuche in den Knästen, wie zum Beispiel Zellendurchsuchungen mit Einziehung von Unterlagen sowie Unterschriftenlisten. Wir wissen um die außerordentlichen Schwierigkeiten einer Organisierung innerhalb der Gefängnisse und wünschen den Aktiven viel Kraft und einen langen Atem.

Wir wissen um die Wichtigkeit einer Unterstützung von außerhalb der Gefängnisse und werden versuchen, so viel wie möglich zu tun, um die Gewerkschaft zu stärken.

Wir rufen die Ortsgruppen der Roten Hilfe e. V. auf, Öffentlichkeit herzustellen für die Anliegen der Gewerkschaft, Veranstaltungen zu gestalten, die Zeitung der Gewerkschaft *outbreak* zu abonnieren und damit nicht nur zu verbreiten, sondern auch ihr Erscheinen mit zu sichern sowie Spenden zu sammeln, um dazu beizutragen, die notwendige Arbeit der Gewerkschaft zu ermöglichen. ❖

Die Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe e. V., 13. September 2014

► www.gefangenengewerkschaft.de



Cover der outbreak #1, Sprachrohr der Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisierung (GG/BO)

Herausforderung für die Solistrukturen

Eine rechte Allianz geht auf die Straße

Ortsgruppe Stuttgart

Ende November 2013 veröffentlichte ein im Schwarzwald lebender Realschullehrer eine Petition unter dem Titel „Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens". In den darauf folgenden Monaten unterzeichneten nicht nur Zehntausende das Pamphlet, auch auf der Straße sammelte sich eine rechte Allianz. Antifaschist_innen und LSBTTIQ-Aktivist_innen[1] organisierten Widerstand. Nach wie vor laufen die Auseinandersetzungen, parallel hierzu sehen sich linke Aktivist_innen mit massiven Repressalien konfrontiert.

■ Selbst in als linksliberal geltenden Medien wurde die Entwicklung der rechten Allianz lange als spontane Basisbewegung dargestellt: Ein konservativer Lehrer spricht mit seiner Petition Tausenden aus der Seele, „besorgte Eltern" gehen daraufhin auf die Straße. Aber bereits auf openpetition.de wird die Frage „Woher kommen die Unterstützer?" klar beantwortet: Das rechtspopulistische Netzwerk PI-News, aber auch die Zeitung *Junge Freiheit* und der Kopp Verlag. Anfänglich wurden die Demos auch von offen faschistischen Organisationen wie zum Beispiel der NPD Baden-Württemberg beworben.

Noch offensichtlicher wird der gezielte Aufbau der rechten Allianzen, wenn man die Organisator_innen und Förderer_innen der selbsternannten „Demo für Alle" betrachtet. Während die erste Demo dieser Art tatsächlich stümperhaft organisiert war, professionalisierten sich die Proteste rasant. Nicht zu unterschätzen ist hier der Beitrag von Strukturen wie der „Initiative Familienschutz"[2], welche mittlerweile einen Großteil der Infrastruktur stellt und die Medienarbeit koordiniert. Verantwortlich für deren Seite zeichnet Sven von Storch, rechter Netzwerker und Ehemann der AfD-Europa-Abgeordneten Beatrix von Storch. Aber auch christlich-reaktionäre Verbände wie beispielsweise die Pius-Bruderschaft und die russisch-orthodoxe Kirche spielen eine wichtige Rolle.

Was genau ein Bildungsplan der Landesregierung für die Schulen beinhaltet, spielte für die Protestbewegung de facto keine Rolle. Statt dessen wurde auf Kampfbegriffe wie „Frühsexualisierung" und „Gender-Ideologie" gesetzt. Den angeblichen Bildungsplangegner_innen ging es immer ums Prinzip und nie um Details eines Lehrplans. Die strategischen Köpfe der Bewegung erhofften sich eine Bündelung rechter Kräfte, ein polarisierendes Moment mit der Perspektive, einen Rechtsruck zu bewirken. Als Vorbild diente die breite homophobe Bewegung „Manif pour tous"[3] aus Frankreich, die einen Aufschwung des faschistoiden Front National mit bewirkt hatte. So ist auch der Versuch zu erklären, solche Demos neben Stuttgart auch in anderen Städten wie beispielsweise in Köln zu etablieren. Neben der Bündelung spielte aber sicherlich auch die Hoffnung, weit ins konservative Lager hineinwirken zu können, eine wichtige Rolle. Während es bei vergleichbaren rechten Initiativen, beispielsweise solchen mit kulturrassistischen Argumenten, immer wieder gelungen war klarzustellen, dass es nur um rechte Hetze geht[4], gestaltete sich das bei den angeblichen Bildungsplangegner_innen wesentlich schwieriger.

Anbiederung an Rechtsaußen

Obwohl Antifaschist_innen von Beginn an auf die rechte Ideologie der „Bildungsplangegner_innen" aufmerksam machten und darlegten, dass der Bildungsplan lediglich ein vorgeschobenes Thema war, fanden die Proteste prominente Unterstützung. Kirchenvertreter_innen und Kommunalpolitker_innen beteiligten sich an den Demos. Die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CDU und FDP sowie AfD-Politiker_innen schrieben Grußbotschaften und auch Winfried Kretschmann (Grüne), Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und Ministerpräsident von Baden-Württemberg, empfing pietistische und evangelikale „Bildungsplangegner_innen". Letztlich zog die baden-württembergische Landesregierung ihren Bildungsplan zurück. Kurz darauf wurde bekannt gegeben, dass ein neuer Bildungsplan für das Schuljahr 2016/2017 erarbeitet werden soll. Obwohl die Proteste der rechten Allianz damit eigentlich gegenstandslos geworden waren, arbeiten die Strukturen weiter[5] und auch neue Aufzüge sind angekündigt.

Für die antifaschistische Bewegung in Stuttgart stellten die „Bildungsplanproteste" eine Herausforderung dar. Aktionsformen und Argumentationen, die sich gegen Naziaufmärsche als geeignet erwiesen haben, waren gegen einen bunten Auflauf aus AfD-Wähler_innen, Neonazis, Konservativen und christlichen Fundamentalist_innen nicht anwendbar[6]. Auf

1 LSBTTIQ: lesbisch-schwul-bisexuell-transsexuell-transgender-intersexuell und queer

2 Diese Initiative ist Teil der „Zivilen Koalition", welche als deutsches Pendant zur rassistischen und rechtskonservativen Tea Party in den USA betrachtet werden kann.

3 Manif pour tous (Deutsch: Demo für Alle) ist ein rechtes und extrem homophobes Bündnis in Frankreich. Gegründet wurde dieses um ein Gesetz zu verhindern, welches die Heirat von nicht heterosexuellen Lebenspartner_innen erlauben sollte. An den Demonstrationen beteiligten sich in ganz Frankreich teilweise über hunderttausend Menschen.

4 Ein lokales Beispiel hierfür wären die Proteste gegen das islamkritische Wochenende der „Bürgerbewegung Pax Europa" und PI-News 2011 in Stuttgart.

5 Siehe unter anderem der Bericht der jungen Welt: http://jungewelt.de/2014/06-24/053.php

6 Positionierung „Vielfalt, Solidarität und unsinnige Grenzen" der Antifaschistischen Aktion (Aufbau)



Sitzblockade „Gegen gefährliche Allianzen“

dem rechten Diskussionsportal PI-News wurde dazu aufgerufen, die eigenen Kinder „zum Schutz“ mitzunehmen und nicht zuletzt die öffentliche Darstellung der Proteste als Ansammlung „besorgter Eltern“ erschwerten den Widerstand gegen die rechten Allianzen.

Am 1. Februar 2014, dem Tag der ersten Demonstration der „Bildungsplangegner_innen“ fand eine Gegendemonstration auf dem etwa 100 Meter entfernten Schillerplatz statt. Die rechte Kundgebung konnte immer wieder gestört und der anschließende Marsch letztendlich auch gestoppt werden. Ausschlaggebend für diesen antifaschistischen Erfolg dürfte jedoch nicht die Wahl der Aktionsform, sondern vielmehr eine überforderte Polizei gewesen sein. Die Frage der geeigneten Aktionsform spielte in antifaschistischen Kreisen in den darauf folgenden Monaten eine wichtige Rolle.

Aus der LSBTTIQ-Szene gab es teilweise den Wunsch, keine Konfrontation auf der Straße zu suchen, um die parlamentarische Auseinandersetzung über den Bildungsplan nicht zu gefährden. Andere Aktivist_innen hielten es für richtig, die Proteste lächerlich zu machen und mit Schildern wie „SEX? – Nein Danke!“ oder „Die Kirche bleibt im Dorf“ auf die Straße zu gehen. Das Netzwerk „Gegen Rechte Allianzen“[7] einigte sich auf Blockaden.

Die rechten Allianzen verständigten sich darauf, einmal monatlich in der baden-württembergischen Landeshauptstadt auf die Straße zu gehen. Während die erste Demonstration im Februar 2014 noch vergleichsweise chaotisch organisiert war und die Polizei wenig präsent war, veränderte sich der Charakter der „Proteste“ über die Monate hinweg. Bedruckte Luftballons, professionell hergestellte Schilder und organisiert auftretende Ordnerstrukturen bestimmten mehr und mehr das Bild der selbsternannten „Demo für Alle“. Auch die Inhalte der Demonstration sollten vereinheitlicht und gemäßigt werden. So führten die Organisatoren beispielsweise beschränkende Regelungen für selbstgebastelte Schilder ein.

Auch die Polizei rüstete massiv auf. Einsatzhundertschaften, Hunde und Pferdestaffeln sowie Hamburger Gitter prägten die Aufzugsstrecke. Zuletzt sicherten 1.000 Polizisten eine Aufzugstrecke von knapp 500 Metern. Nicht zuletzt änderte sich auch der antifaschistische Protest gegen die rechten Allianzen. Durch Blockade- und Störaktionen ist es gelungen, die vermeintlichen Bildungsplangegner_innen in eine wesentlich defensivere Rolle zu bringen. Abgeschirmt von der Öffentlichkeit, geschützt durch Polizeiabsperrungen und ohne Selbstbestimmung über die Route gelang es ihnen nicht, signifikant wachsende Teilnehmer_innenzahlen zu erreichen. Was dynamisch begann, ist mittlerweile am Stagnieren. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte das Engagement der antifaschistischen Akteur_innen sein.

Die Polizei als Freund und Helfer der rechten Allianzen

Selbst für Stuttgarter Verhältnisse war die Kriminalisierung von linken Aktivist_innen im ersten Halbjahr 2014 überdurchschnittlich hoch.[8] Insbesondere zwei Repressionsmethoden sind hier bei der Einschätzung herauszustellen. Zum einen die hohe Anzahl an Ingewahrsamnahmen. So wur-

Stuttgart unter: http://antifastuttgart.blogsport.eu/2014/06/18/vielfalt-solidaritaet-und-unsinnige-grenzen

7 Infos hier unter: http://gegenrechteallianzen.tk

8 Die Rote Hilfe hat hierzu ein Antirepressionsinfo herausgegeben. Online ist dieses unter anderem hier zu finden: http://aabstgt.wordpress.com/2014/06/12/antirepressionsinfo-1-der-roten-hilfe-stuttgart/



Initiative „Besorgte Kinder“ (CC BY-NC-SA 2.0)

den bei den Protesten gegen die rechten Allianzen jeweils zwischen 60 und 130 Aktivist_innen in Gewahrsam genommen. Noch viel ungewöhnlicher war jedoch die Einführung eines „Polizei-Sammel-Albums“. Etwa 80 Personen wurden in dieser Lichtbildsammelmappe aufgeführt. Wer in diesem Album gelistet ist und dadurch als „Störer“ definiert wird, findet sich meist auf der Wache zur ED-Behandlung wieder. So wurden bei folgenden linken Aktivitäten wie beispielsweise dem 1. Mai oder der Blockupy-Demo gezielte und penible Personenkontrollen durchgeführt. Diese Maßnahmen unterbanden nicht nur die Teilnahme einzelner Aktivist_innen an linken Aktionen, sondern sie sollten ganz offensichtlich auch darüber hinaus eine abschreckende und einschüchternde Wirkung erzielen.

Momentan ist noch nicht absehbar, wie hoch die Anzahl der juristischen Strafverfahren gegen Antifaschist_innen in diesem Kontext sein wird. Allerdings sind bereits jetzt mehrere Strafbefehle ergangen und auch die ersten Gerichtsverhandlungen haben bereits stattgefunden. Außerdem ist davon auszugehen, dass gegen einen Teil der Demonstrant_innen nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz vorgegangen wird, also konkret „Strafzettel“ erlassen werden.

Eines der ersten Strafverfahren in diesem Zusammenhang fand bereits am 12. Juni vor dem Stuttgarter Amtsgericht statt. Ein Aktivist hatte gegen einen Strafbefehl wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz Einspruch eingelegt. Das Netzwerk „Gegen Rechte Allianzen“, das Antifaschistische Aktionsbündnis Stuttgart & Region und die Stuttgarter Ortsgruppe der Roten Hilfe e.V. verständigten sich darauf, die Gerichtsverhandlung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Mit einer Kundgebung auf dem zentral gelegenen Schlossplatz, einer solidarischen Prozessbeobachtung, einer Erklärung des Angeklagten vor Gericht und einer eigenen Berichterstattung sollte ein möglicher Erfolg der Repression ausgehebelt werden. Statt Abschreckung und Einschüchterung sollten Solidarität, Zusammenhalt und das Aktivieren von weiteren Menschen zur Teilnahme an den kommenden Protesten erreicht werden.

Auch wenn bisher kein wirklicher juristischer Erfolg erzielt werden konnte, wird der politische Umgang mit diesen Verfahren als grundsätzlich positiv bewertet[9]. Trotzdem bleibt festzustellen, dass allein die quantitativen juristischen Nachwehen die lokalen Solidaritätsstrukturen an ihre Grenzen bringen könnten.

Solidarisch und offensiv

Nicht nur finanziell sind die Betroffenen auf Unterstützung angewiesen. In welchem Ausmaß weitere Verfahren angestrengt werden, wird letztlich das gesellschaftliche Kräfteverhältnis entscheiden. Wenn eine breite Öffentlichkeit sich auf der Seite der antifaschistischen Akteur_innen positioniert und mit den Betroffenen der Repression solidarisiert, wird dies auch einen praktischen Effekt auf die Anklage und die Gerichte haben. Eine Entpolitisierung der Verfahren oder die Hoffnung, durch angepasstes Auftreten vor Gericht einer Strafe entgehen zu können, wird weder politisch noch juristisch weiterhelfen.

Die Bündelung des rechten Lagers wird auch weiterhin gezielt vorangetrieben werden. Mit emotionalisierenden Debatten und Protesten soll eine Etablierung der reaktionären Kräfte in Baden-Württemberg erreicht werden. Die rechte Allianz hat angekündigt, auch 2015 auf die Straße gehen zu wollen. Aufgabe der antifaschistischen Akteur_innen wird es daher weiterhin sein, den rechten und rückwärtsgewandten Charakter der Proteste im Konkreten und der Bewegung als solcher herauszustellen. Auch die Solidaritätsstrukturen werden sich dementsprechend aufstellen müssen. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit, Prozessbegleitungen und nicht zuletzt finanzielle Solidarität kann die Wirkung der Repression gedämpft werden. Hier gilt es aktiv zu werden. ❖

---

9 Ein Prozessbericht findet sich hier: https://linksunten.indymedia.org/en/node/116562

„Erlangung und Weitergabe von Wissen auf dem Gebiet der Sicherheit im Sport“

Wie ein Nazi-V-Mann-Führer des Verfassungsschutzes die Ultraszene ausleuchtet

Markus Mohr

Am 11. April 2013 wurde im Museum der Eintracht Frankfurt das Buch zur Biographie des in den frühen 1990er Jahren mit seinem Ausspruch „Lebbe geht weider!“ populär gewordenen Trainers der Eintracht, Dragoslav „Stepi“ Stepanovic, vorgestellt. Die Buchvorstellung geriet nach einem Bericht auf der Website des Göttinger Werkstatt-Verlages mit mehr als 200 Zuschauern zu einem „richtigen Medienspektakel.“

■ Hauptredner des Abends war kein geringerer als der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier. Das Grußwort eröffnete er mit den Worten: „Der Titel hätte aus meiner Sicht nicht besser gewählt werden können.“ Zu den „Hauptprotagonisten des Abends“, so der Text auf der Website, zählte auch einer der Autoren dieses Buches, Dr. Martin Thein, der dann noch ein wenig aus der „sehr amüsanten Zusammenarbeit“ mit dem Frankfurter Trainer berichtete. Aus der Sicht des Werkstatt-Verlages „rundum“ ein „sehr gelungener Abend“, für den er sich „bei allen Beteiligten“, darunter explizit bei Volker Bouffier sowie auch seinem Autor Thein, bedankte.

► Im Schwerpunkt der letzten Ausgabe („Experimentierfeld Stadion“) haben wir auf das Buch „Ultras im Abseits? Porträt einer verwegenen Fankultur“ verwiesen, dessen Co-Autor Martin Thein ist. Erst nach dem Druck der Ausgabe wurde bekannt, dass Thein ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ist.

In dem im Mai 2014 publizierten Buch „Heimatschutz“ von Dirk Laabs und Stefan Aust bedanken diese sich zwar nicht bei dem als „jungen Akademiker und Politologen“ vorgestellten Dr. Thein. Sie enthüllen jedoch, dass eben dieser beim Bundesamt für Verfassungsschutz Agentenführer ist und als einer der vielen staatlich besoldeten Hauptprotagonisten im Management des „Thüringer Heimatschutzes“ ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gelten kann – eine neofaschistische Organisation, die als Dachorganisation für den NSU fungierte. Zwischenzeitlich ist bekannt geworden, dass Thein als V-Mann-Führer mit dem Neofaschisten Michael See alias Dolsberg unter dem Decknamen „Tarif“ die neben Tino Brandt zweite zentrale Quelle im Umfeld des NSU geführt hat.

Die von See produzierte Gazette *Sonnenbanner* wurde bei der Durchsuchung der Garage des NSU-Aktivisten Uwe Böhnhard im Januar 1998 aufgefunden. Nach Andreas Förster wurde darin „ein Konzept für den rechtsterroristischen Kampf (publiziert), das von Ermittlern als eine Art Blaupause für das Entstehen des NSU-Trios bewertet wird. See gab kürzlich in einer Vernehmung beim BKA an, dass seine Texte von seinen V-Mann-Führern im BfV vorab gelesen und redigiert worden seien.“

> „Bei Pyro läuft die Fahndung im Nu, doch niemand findet den NSU“
>
> *Transparent Düsseldorfer Ultras bei einem Heimspiel 2012*

„Ein Staat im Staat im Ausnahmezustand“

Wie es nun der Zufall wollte, wurden just die Akten zu Thein/See „Tarif“ unmittelbar nach dem Auffliegen des NSU am 4. November 2011 in einer ad hoc durchgeführten Aktion „geschreddert“ – gerade einmal einen Tag, nachdem die Bundesanwaltschaft die NSU-Ermittlungen an sich gezogen hatte. Das geschah am Kölner Karnevalsfeiertag, dem 11. November 2011. Die daran unmittelbar Beteiligten nahmen sich in aller Ruhe die Zeit, diese Tätigkeit in der dienstrechtlich gebotenen Nüchternheit im Amtsgebäude zu verrichten – anstatt sich an diesem launigen Tag wie die meisten Anderen in der Stadt zu besaufen. Die gegen alle Vorschriften und konkreten Widerspruch durchgeführte Schredder-Aktion wurde dabei vom Referatsleiter Lothar Lingen (Deckname) durchgeführt, der in den 1990ern, so Laabs und Aust, der unmittelbare Vorgesetzte des V-Mann-Führers Martin Thein war.

Die enorme politische Bedeutung dieser umsichtig durchgeführten Aktenvernichtung im Bundesamt für Verfassungsschutz in Bezug auf Thein und „Tarif“/See ist bislang noch nicht aufklärt worden. Der Politikwissenschaftler Hajo Funke beschreibt dieses „jenseits jeder funktionierenden Kontrolle“ agierenden BfV als einen „Staat im Staat im Ausnahmezustand“, der „zum Kern des NSU-Skandals“ führe.

Diese und andere Enthüllungen zu dem „renommierten Fan-Forscher“, der laut *Spiegel* bis heute für das BfV arbeitet, ziehen derzeit Kreise auch in der Fußball-Szene. Dort war Thein zusammen mit seinem Freund und Kollegen Jannis Linkelmann durch die Gründung der Internet-Plattform fankultur.com im März 2011 bekannt geworden. Im September des selben Jahres wurde von beiden eine

so genannte „Feldstudie“ zu den „Ultras Nürnberg 1994“ veröffentlicht. Schon 2008 hatte Thein seine Doktorarbeit beim Exponenten der Extremismusdoktrin Wolfgang Patzelt mit dem gleichen Begriff geschrieben. Hier waren aber die „Neonazis“ sein Thema – eine hoch interessante Arbeit, in der er natürlich sein als Agentenführer des BfV erworbenes informelles Wissen eingebracht und zugleich systematisch verschleiert hat.

Nach dem ersten Fußballbuch im Herbst 2011 läuft es gut für Thein. Von der Universität Würzburg wird Anfang Januar 2012 in einer Pressemitteilung stolz die Gründung eines am Fachbereich Sportwissenschaften angesiedelten Instituts für Fankultur unter Leitung von Professor Harald Lange bekannt gegeben: „Er hat das Institut zusammen mit Jannis Linkelmann und Martin Thein gegründet“, heisst es darin und weiter: „Das Institut soll eine Plattform für die empirische Forschung über Fan-Kulturen im Fußball bieten.“

Kurz danach, an einem kalten, ungemütlichen Tag Mitte Januar des Jahres 2012, machte sich Thein auf den Weg nach Stuttgart. Nach vielen vergeblichen Bemühungen war es ihm gelungen, einen Kontakt zur Ultra-Fan-Gruppe Commando Canstatt (CC 97) herzustellen, die „empirische Forschung“ rief. Und dieser widmete sich Martin Thein in dem mit einer gemeinsamen Flasche Bier im Klubraum eröffneten Gespräch mit den Ultras vom VFB Stuttgart. Dabei sind sich alle Beteiligten sympathisch und Thein gibt dafür immer mal wieder ein paar Stichworte: „Wer gibt das vor, was erlaubt ist? Die Führungsfiguren?“ und „Erzählt mir doch mal was von eurem Verhältnis zur Polizei ...“ Das will er gerne in Erfahrung bringen.

Das von Thein unter der Überschrift „Ultras hautnah!“ geführte Gespräch findet sich in dem vom Werkstatt-Verlag publizierten Sammelband „Ultras im Abseits? Porträt einer verwegenen Subkultur“. Es war ursprünglich als eine in Deutschland einmalige Studie „aus dem Innenleben“ von Ultragruppen in Angriff genommen worden und wurde von Thein im Mai 2012 wiederrum mit Linkelmann publiziert, der als Mitarbeiter des Instituts für Sportwissenschaften an der Universität Würzburg angelandet war. Zwischenzeitlich ist vom Sportwissenschaftler Gerd Dembowski von der Universität Hannover in einem Radiointerview die Behauptung aufgestellt worden, das auch Linkelmann in Köln als Mitarbeiter des BfV in der Verwaltung arbeitet.

Engste Verbindungen nach Katar

Letztlich haben in dem Sammelband Fanbeauftragte, Journalisten, Wissenschaftler und auch Polizisten das entscheidende Wort. Einer davon ist der von Thein und Linkelmann im Dezember 2011 interviewte Helmut Spahn, der aus seiner Perspektive „die Entwicklung der Ultras und seine Erfahrungen im Umgang mit Fangruppen Revue passieren“ lässt. Als ehemaliger Polizist amtierte Spahn von 2006 bis 2011 als Sicherheitsbeauftragter des DFB und wechselte im Herbst 2011 als Direktor zum dortigen Sicherheitsunternehmen „Internationales Zentrum für Sicherheit im Sport“ (ICSS) in Katar. Der zwischen Thein, Linkelmann und dem ICSS hochrangig hergestellte Kontakt war für das von beiden mitgegründete Institut für Fankultur an der Universität Würzburg von außerordentlich großem Nutzen.

Mitte März 2012 wurde zwischen beiden Partnern in Doha (Katar) eine gemeinsam unterzeichnete Absichtserklärung verfasst: Das von Professor Lange „und seinem Mitbegründer Martin Thein“ geleitete Institut für Fankultur wolle „die Motivation und das Verhalten von Fans in aller Welt (erforschen), um die Ursachen von Gewalttätigkeit und Hooligantum bei internationalen Sportereignissen zu ergründen und mögliche Präventivmaßnahmen gegen solches Verhalten bei Sportveranstaltungen zu entwickeln“, heißt es in der Pressemitteilung. Gemeinsam mit dem ICSS gehe es nun darum zu ergründen, „weshalb manche Fans im Umfeld des Sports zu extremen Verhaltensweisen neigen, und mit welchen Präventivmaßnahmen solches Verhalten eingedämmt werden kann.“ Ein derartiges Forschungsvorhaben solle der „Erlangung und Weitergabe von Wissen auf dem Gebiet der Sicherheit im Sport“ dienen.

Die Zusammenarbeit zwischen Professor Lange und Dr. Thein in dem in der Partnerschaftserklärung mit dem ICSS als „junge wissenschaftliche Einrichtung“ beschriebenen Institut für Fankultur war also produktiv. Sie schlug sich in dieser Zeit auch in einem gemeinsam für das *Hamburger Abendblatt* verfassten Presseartikel über die kontrovers erörterte Fragen der Stadion-Verbote für Fans nieder.

Anfang August 2012 machte dann die Nürnberger Fan-Organisation Schwarz-Rote Hilfe in einer Pressemitteilung darauf aufmerksam, dass die Polizei versuchte, einen V-Mann in der Nürnberger Fußballszene anzuwerben. Die Behörden scheuten keine Mittel, „um Unfrieden und Zwietracht in der Szene zu säen“. Sie warnte vor weiteren Anwerbeversuchen. Auch in anderen Ultra-Szenen in der Bundesrepublik wurden Anwerbeversuche der Behörden für Innere Sicherheit bekannt, zum Teil nachdem sie von dem „Fanforscher“ Thein Besuch erhalten hatten.

Verschleierung zur „transparenten Aufarbeitung“

Nach der Enttarnung von Thein – jetzt auch durch zwei Fernsehdokumentationen auf WDR und 3sat – gab es vom Institut für Fankultur (IFF) zwei Stellungnahmen. Der Leiter Professor Lange warnte dabei vor „Pauschalisierungen, Alltagstheorien, Vorurteilen und sogar Verschwörungstheorien“. Gerade für ihn als Wissenschaftler sei die „Praxis offener und seriöser Recherche“ ein zentraler „Eckpfeiler unseres Selbstverständnisses“. Eine „Unterwanderung“ der Wissenschaft durch den Verfassungsschutz erschien ihm da noch „skurril“.

In einer nachgeschobenen zweiten Stellungnahme von Institutsmitarbeiter Gabriel Duttler wurde der Mitbegründer des Instituts kurzerhand zu einem ehrenamtlichen Mitarbeiter heruntergestuft. Und der habe gerade einmal in dessen Gründungszeit „eine Rolle“ gespielt, bevor er – so eine weitere diffuse Formulierung – „uns Richtung Universität Hannover in das Umfeld der Forschungsgruppe um Gunther Pilz“ verlassen habe. Immerhin distanziert sich das IFF „von einer pauschalen Kriminalisierung von Fußballfans und sieht in diesem gesellschaftlichen Feld keinen verfassungsschutzrechtlichen Handlungsbedarf“. Auch in der Zukunft werde „eine transparente und faktenbezogene Aufarbeitung der Thematik“ begrüßt.

Paradox: Eine „transparente und faktenbezogene Aufarbeitung der Thematik“ zur Tätigkeit des Institutsmitbegründers Thein für das BfV wird in dieser IFF-Stellungnahme selbst durch dessen Maskierung als „ehrenamtlicher Mitarbeiter“ dementiert. Und dass das IFF ansonsten vor einer „pauschalen Kriminalisierung von Fussballfans“ warnt, klingt erstmal gut. Das ändert aber leider auch nichts



10. November 2012 in Köln

daran, dass das Institut in seiner von Thein mitbegründeten Programmatik den Ansatz einer gezielten Vermischung von Forschungs-, Sozial- und Polizeiarbeit auch mit Partnern wie dem ICSS vertritt. Und diese hat am düsteren Horizont einer repressiven Sicherheits- und Kontrollkultur eine differenzierte Kriminalisierung von Fußballfans zum Inhalt.

Bislang haben auch eine Reihe von Fangruppen zur Causa Thein Stellung genommen. Die Fans vom Schalker „Block 5“ kommentierten knapp: „Alter Falter!“ Aus der Tatsache, dass Thein seit Anfang Juli 2014 nicht mehr zu erreichen ist, eröffnete sich für die Ultras aus Düsseldorf ein „Raum für weitere Überlegungen“, zu denen sie unter anderem „Versuche zur Anwerbung von V-Leuten, wie sie 2012 bekannt wurden“ sowie eine „vorgeschobene wissenschaftliche Arbeit“ zählten, mit der staatliche Behörden versuchten, „an sensible Daten“ zu gelangen.

Für Fans von Borussia Mönchengladbach, die sich auf der Internetplattform „MitGedacht“ organisiert haben, ließen die Enthüllungen „fast das sonntägliche Frühstücksbrötchen vom Balkon fliegen“, müsse doch nunmehr eine „Unterwanderung von innen für die Ultra- und Fanszenen in Deutschland“ befürchtet werden. Der Thein-Vorfall habe einen „äußerst faden Beigeschmack“, schüre „wieder Misstrauen“ und schade damit „einer Reihe von Forschern, die mit tatsächlich guten Absichten forschen“ möchten.

Nürnberger Ultras widmeten in ihrer regelmäßigen Radiosendung „Kurvenfunk“ einen längeren Beitrag den „merkwürdigen Zusammenhängen“ in Bezug auf die „Akte Thein“ um, wie sie es formulierten, „den normalen Hörer aufzurütteln“. Sie referierten dabei dessen zwischenzeitlich enthüllten Lebensweg als Agentenführer in der Thüringer Neofaschisten-Szene und stellten direkte Bezüge zum aktuell in München laufenden Strafprozess zum NSU her: „Das hat zu einem krassen Vertrauensbruch zwischen Fans und Wissenschaft geführt.“ In der Sendung berichtete auch ein weiblicher Fan von seinen Erfahrungen von vor ein paar Jahren während einer Befragung durch den Thein-Partner, den Kriminologen Jannis Linkelmann über die Geschichte und Struktur der Nürnberger Fanszene. Zu den Enthüllungen sagte die Frau: „Das ist harter Tobak! Wir sind keine terroristische Vereinigung, wir verschleppen keine Menschen, wir machen nix hoch Kriminelles, das es rechtfertigen könnte, dass sich der VS für uns interessiert.“

Fußball und Politik der inneren Sicherheit

Ein Agent des BfV als prominenter Player in der Fußballszenerie? Darauf muss man erst mal kommen, aber das Verhältnis zwischen Sport und Politik war in diesem Land schon immer komplex – sowohl zur Zeit des Nationalsozialismus‘ wie auch in der Gegenwart. Und das sowohl ganz oben wie eben auch ganz unten. Das gilt zunächst für die besagte gemeinsame Veranstaltung mit Thein und Ministerpräsident Bouffier. Der nutzt jenes Event vom April 2013 heute dazu, sich auf seiner Website gemeinsam mit Stepanovic in einer Bildergalerie in gleich zehn Porträtaufnahmen ins Bild zu setzen. Bouffier hat die Arbeit des BfV-Agenten Thein politisch klug dafür instrumentalisiert, um eben auch so von seiner operativen Verstrickung als Innenminister in die Vertuschung der Mordserie des NSU im Fall des in Kassel erschossenen Halit Yozgat abzulenken. Es war der Kasseler Kriminaldirektor Gerald Hoffmann, der in seiner Zeugenaussage vor dem NSU-Bundestags-

untersuchungsausschuss bitter vermerkt hat, dass es Bouffier persönlich war, der direkte Ermittlungen zum in den Mordfall verwickelten Verfassungsschutzmitarbeiter Andreas Temme verhindert hat. Sicher ist hier jedenfalls nur, dass das „Lebbe“ von Halit Yozgat nach dem 6. April 2006 definitiv „net weider“ ging, das politische von Bouffier und Martin Thein bis auf den heutigen Tag aber sehr wohl.

Und doch sind Fans und die interessierte Öffentlichkeit immer noch verblüfft, was der Verfassungsschutz eigentlich in der Fußballfanszene zu suchen hat, wobei zum Teil mit der eigenen Harmlosigkeit argumentiert wird. Aus der Sicht des BfV stellt sich das aber aus seiner so uferlosen wie tückischen Präventionspraxis im Quantensprung anders dar. Quasi am Beginn seiner Karriere als Fanforscher hat Thein Anfang November 2011 auf *Welt Online* einen interessanten Hinweis für sein Engagement gegeben: Er halte die Unterscheidung zwischen Ultras als Initiatoren farbenfroher Choreographien und gewaltbereiten Hooligans teilweise für überholt: „Hooligans waren eher rechtsextremistisch orientiert. Ultras sind dagegen häufig eher links, haben linke Positionen, Ideale und stellen sich gegen Faschismus. (…) Besonders bei Auswärtsspielen kann ein Teil der Ultras seine gewaltaffine Einstellung ausleben.“

Wohl wahr: Links und „gewaltaffin“, diese Mischung sehen die Behörden für innere Sicherheit gar nicht gerne. In einem schönen Beitrag schreibt Jan Scheper, was Ultras global im Kampf gegen die schlechte Welt zwischenzeitlich alles auf die Reihe bekommen haben: „Istanbul, Taksimplatz. Die ‚Çarsi‘, die Ultras des Stadtteilklubs Besiktas, wurden während der Proteste gegen die Regierung Erdogan zu Volkshelden. Sie schützten die Demonstranten vor den Sonderkommandos, durchbrachen Polizeiketten und ermutigten andere zum zivilen Ungehorsam. Sie reihten sich nahtlos in die Bürgerbewegung ein. Fußball war und ist politisch, in Brasilien wurde es sichtbar. Hunderttausende protestieren im Jahr vor der WM 2014 gegen überteuerte Stadien. In Ägypten zählten die Ultras des Kairoer Hauptstadtklubs Al-Ahly zu den Hauptakteuren des Arabischen Frühlings bis zum Sturz des Mubarak-Regimes“.

Aus der Sicht von vielen Mitgliedern der Roten Hilfe e.V. beschreibt genau das wahrlich gute Aussichten, wohlmöglich irgendwann einmal auch für die nicht immer ganz gerechten Verhältnisse in der Bundesrepublik – für das Bundesamt für Verfassungsschutz aber definitiv nicht. Davon ist also auch in Zukunft auszugehen. Deshalb wird es auch weiter Spitzeleinsätze in der Fussballfanszene geben, ob es sich dann dabei um verkleidete „Wissenschaftler“ oder wen auch sonst handelt, ist egal. ❖

Literatur:

- Stefan Aust/Dirk Laabs, Heimatschutz / Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014
- Martin Thein (Hrsg.), Fußball deine Fans – Ein Jahrhundert deutsche Fan-Kultur, Göttingen 2013
- Martin Thein, Jannis Linkelmann (Hrsg.) Ultras im Abseits? Porträt einer verwegenen Fankultur, Göttingen 2012
- Clemens Riha, Katja Riha, Wer ist Martin Thein? Der Fanforscher und der Verfassungsschutz, Filmbeitrag auf 3sat mediathek vom 23. September 2014, Internet: www.3sat.de/page/?source=/kulturzeit/themen/178699/index.html
- Fred Kowasch, Ralf Meutgens, Enger Kontakt, Film auf WDR inside sport vom 22. September 2014, Internet: www1.wdr.de/fernsehen/information/sport_inside/sendungen/verfassungsschutz266.html

Neuer 129b-Prozess in Stuttgart

Warum das Veranstalten eines Konzerts als Terrorismus angeklagt wird

Sükriye Akar

Seit dem 2. September läuft vor dem Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart ein weiteres Verfahren nach §129b StGB. Am ersten Prozesstag war die Verhandlung sehr gut besucht, die Angeklagten Yusuf Tas, Özgür Aslan, Muzaffer Dogan und Sonnur Demiray wurden mit „tosendem Applaus" empfangen, wie in einer bürgerlichen Zeitung nachzulesen war.

■ Es herrschten strenge Sicherheitsvorschriften. Für erfahrene ProzessbeobachterInnen eigentlich nichts Neues: Ausweise wurden kopiert um Personalien festzuhalten, sämtliche Wertgegenstände mussten abgegeben werden (Handy, Geldbeutel, Ausweis, ...). Bekannterweise möchte man damit Solidarität unterbinden, solidarische Menschen stigmatisieren und ProzessbeobachterInnen abschrecken. Im stillen Kämmerlein sollen dann die Terrorverdächtigen ohne lästige Zeugen schuldig gesprochen werden.

Zum anderen wird diese ganze Show inszeniert, um den Vorwürfen des Terrors gerecht zu werden. Es soll der Eindruck erweckt werden, dass es sich um sehr, sehr gefährliche Menschen handelt.

Was sollen denn diese hochgefährlichen, in strenger Isolationshaft gehaltenen Menschen verbrochen haben? Köpften sie Menschen, vergewaltigten oder verkauften sie die Frauen ihrer Opfer, wie es der IS macht? Oder haben sie Menschen bei lebendigem Leibe verbrannt, wie die Faschisten in Odessa, die die deutsche Regierung über Umwege hofiert? Haben diese Angeklagten vielleicht Nagelbomben gelegt, wie der NSU in der Kölner Keupstraße? Gegen sie hat die deutsche Regierung bekannterweise Beweise einfach vernichten lassen und die NSU-Terroristin Beate Zschäpe durfte ohne Handschellen den Gerichtssaal betreten. Ganz anders dagegen die vier



Sonnur Demiray



Yusuf Tas



Muzaffer Dogan



Özgür Aslan

Angeklagten der Anatolischen Föderation. Ihnen wurden die Handschellen erst abgommen, als sie auf der Anklagebank saßen. Natürlich mit einem Sicherheitsbeamten neben jedem der Angeklagten.

Was haben diese Menschen denn nun verbrochen, was wirft die Bundesanwaltschaft ihnen vor? Die Mitgliedschaft in der „terroristischen" ausländischen Vereinigung „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front" (DHKP-C), strafbar nach §129b Abs. 1 und §129a Abs. 1 Strafgesetzbuch (StGB). Der Vorwurf und das daraus folgende Konstrukt ist in diesem Zusammenhang neu und scheint ein neues Maß an Absurdität erreicht zu haben. Des Weiteren macht es erneut deutlich, wie dehnbar der §129 ist und welcher Willkürlichkeit damit Tür und Tor geöffnet werden. Der Vorwurf lautet: Veranstalten und Bewerben eines Grup-Yorum-Konzertes.

► **Verhandlungstermine: 4./6./11./13./18./20./25./27. November 2014**
Verhandlungen jeweils Dienstag und Donnerstag ab 9:30 Uhr im Oberlandesgericht (OLG), Olgastraße 2, 70182 Stuttgart

Die BAW sieht Gefahren für die Türkei, wo selbst die Türkei keine sieht

Das Grup-Yorum-Konzert, von dem die Rede ist, fand am 8. Juni 2013 statt und war sicherlich politisch gesehen ein Erfolg. Knapp 12.000 Menschen besuchten das Konzert mit dem Motto „Ein Herz und eine Stimme gegen den Rassismus". Es war aber nicht nur irgendein Konzert – wie das Motto schon deutlich macht, wehren sich hier MigrantInnen selbstbewusst gegen Rassismus. Außerdem hatte das Konzert eine Signalwirkung, da Grup Yorum während ihres Auftritts verkündete, die Lieder des Abends denen zu widmen, die dem NSU zum Opfer fielen. Es wurde ein klares Zeichen gegen Rassismus und den Neonazismus in Deutschland gesetzt. Denn wie die so genannten „Döner-Morde" und viele „unaufgeklärte" Brandanschläge gegen zumeist „türkische" MigrantInnen zeigen, ist das Leben vieler Menschen in Gefahr.

Die Bundesanwaltschaft versucht bei dem §129b-Prozess auch, Grup Yorum selber zu kriminalisieren. So sollen Konzerte der Gruppe in Deutschland verunmöglicht werden. Dafür versucht man einen direkten Zusammenhang zwischen der DHKP-C und Grup Yorum herzustellen. Das triviale Konstrukt der Bundesanwaltschaft: Die „Tarnorganisation" der DHKP-C „Anatolische Föderation" organisiert ein Grup-Yorum-Konzert. Mit den Konzert-Einnahmen wird der bewaffnete Kampf in der Türkei finanziert. Besonders lächerlich scheint dieser Vorwurf vor allem in Anbetracht des finanziellen „Erfolgs" des Konzerts. So musste am Ende des Abends trotz der vielen BesucherInnen ein Verlust von 42.000 Euro verbucht werden. Bei Preisen von zehn Euro pro Karte, teilweise inklusive Busanreise quer durch die Republik, auch nicht weiter verwunderlich. Die beiden Bundesanwältinnen scheinen es jedoch nicht so sehr mit Mathe zu haben. Des Weiteren machen sie es sich besonders einfach, indem sie wider geltendes Recht die Beweislast auf die Angeklagten abschieben, welche nun ihre Unschuld beweisen müssen. Soviel zu „Im Zweifel für den Angeklagten".

Auch die Frage, warum es der deutsche Staat auf Grup Yorum abgesehen hat, sollte nicht außer Acht gelassen werden. Handelt es sich doch um eine politische, aktivistische Musikgruppe (die sich selber als Revolutionäre bezeichnen), welche in der Türkei und in Europa, auf jung und alt eine immense Anziehungskraft hat. In der Türkei werden ihre Konzerte von Hunderttausenden besucht. 2014 besuchten in Oberhausen 12.000 Menschen das „Ein-Herz-gegen-Rassismus-Konzert". Für 2015 wurde bereits ein Fußballstadion angemietet: Diesmal werden 50.000 ZuschauerInnen angestrebt.

Der 2002 eingeführte §129b StGB ist absolut unhaltbar und selbst bei jenen, die vom deutschen Rechtsstaat überzeugt sind, umstritten. Denn dieser verletzt die Grundzüge der Rechtsprechung von Grund auf. In seiner Dehnbarkeit setzt er sogar das Grundgesetz außer Kraft, weil sämtliche Rechte und Freiheiten aufgehoben werden (können). Die Beweislast wird beispielsweise umgedreht. Nicht mehr die Staatsanwaltschaft ist gezwungen ihre Behauptungen zu beweisen. Die Angeklagten sind gezwungen, diese Vorwürfe zu entschärfen, somit wird auch die Unschuldsvermutung komplett aufgehoben.

Außerdem ermächtigt dieser Paragraf die deutsche Rechtsprechung, Handlungen über die Grenzen Deutschlands hinaus zu be- und verurteilen. Was schon aufgrund der Souveränität eines jeden Landes zweifelhaft ist. Darüber hinaus ignorieren deutsche Richter Punkte, die zugunsten der Angeklagten sprechen würden. Als Beispiel könnte das Verbot der Wochenzeitschrift *Yürüyüs* genannt werden. Ein deutscher Richter hat diese Zeitschrift verboten, weil sie seiner Meinung nach ein Propagandamittel der DHKP-C darstellt. In der Türkei ist diese Zeitschrift dagegen legal. Deutsche Richter sind somit päpstlicher als der Papst und maßen es sich an, die türkischen Verhältnisse besser zu kennen als Richter in der Türkei selbst.

Nicht Straftaten werden angeklagt, sondern Überzeugungen

Bei diesen ganzen Prozessen geht es nicht um konkrete Straftaten, welche den Angeklagten zur Last gelegt werden. §129-Prozesse sind immer politische Verfahren, ganz gleich ob 129 a oder b oder alleine für sich. Viele Menschen wissen zum Beispiel nicht, dass das Justizministerium anordnet, gegen wen ein §129b-Verfahren eröffnet wird. Und die Motivation des Justizministeriums dürfte wohl kein Geheimnis sein. Diese richtet sich nach Vorgaben des Nato-Verbündeten und Handelspartners Türkei. Somit geht es mitnichten um Terror, Schuld oder Unschuld. Es geht hier um die Interessen des deutschen Staates, des deutschen Kapitals.

Man macht sich die Richtlinien eines fremden Staates, in diesem Fall der Türkei, zu eigen.

Es wird über Aktivitäten in der Türkei geurteilt und faktisch geht es um die Zustände in der Türkei. Was allerdings in der Türkei als „terroristisch" eingestuft wird, ist mittlerweile absurd. Erst kürzlich wurde „Carsi", die Fangemeinde des Istanbuler Fußballvereins Besiktas, als terroristisch eingestuft. Warum? Weil sie an den Gezi-Protesten teilnahm, was den natürlichsten Reflex der Menschen gegen die diktatorischen, autoritären und faschistischen Repressionen der AKP und Erdogans darstellte.

Hatte es Recep Tayyip Erdogan doch geschafft, selbst Teile der Linken in der Türkei und außerhalb zu blenden, wohl auch mit einem Blick auf den „Friedensprozess mit der PKK" gab es sogar

Linke, welche die Türkei als „demokratisch“ bezeichneten. Doch ist es wohl spätestens seit den Gezi-Aufständen und dem brutalen Vorgehen der Polizei damit vorbei. Mittlerweile dürfte wohl keiner mehr am faschistischen Charakter des türkischen Staats zweifeln. Was in der ganzen Debatte über §129b und die Anti-Terrorgesetze überhaupt von größter Bedeutung ist. Um nicht zu sagen, die ganze Debatte dreht sich überhaupt um diese Frage: Ist der türkische Staat faschistisch oder nicht?



Denn der Kampf gegen den Faschismus kann nicht unter Strafe gestellt werden. Ganz im Gegenteil, es ist sogar die „heilige“ Pflicht eines jeden anständigen „Bürgers“, gegen den Faschismus zu kämpfen – um es mal ganz spießig zu formulieren. Dieses Paradigma konnte in der deutschen Rechtsprechung, nach den ganzen Gräueltaten der Nazis und den Verbrechen vor allem gegen die Jüd_innen durchgesetzt werden. Somit sind §129b-Prozesse auch immer Schauplätze, an denen die Bundesanwaltschaft zu beweisen versucht, wie „demokratisch und rechtsstaatlich“ es in der Türkei zugeht. Während die AnwältInnen der Angeklagten zu beweisen versuchen, dass die Türkei ein faschistischer Staat ist.

Mit dem §129b wird die „Individualität der Straftat“ völlig außer Kraft gesetzt. Kollektive Bestrafung steht auf der Tagesordnung. Schließlich kann einem Menschen doch nur angelastet werden, was er auch wirklich verbrochen hat. Bei den ganzen §129b-Prozessen werden diese Menschen für Vorfälle und Aktionen verantwortlich gemacht, welche sie nicht persönlich zu verantworten haben.

■ Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass dieser Beitrag im Redaktionskollektiv für Diskussionen gesorgt hat. Wir teilen die Einschätzung der Autorin nicht, dass die Türkei ein faschistischer Staat sei. Dennoch drucken wir den Beitrag der Genossin ab, weil uns die Berichterstattung zum 129b-Verfahren wichtig ist.
Redaktionskollektiv der RHZ

Manchmal ist es schon skurril, dass Vorfälle oder Aktionen vorgebracht werden, sich zu einem Zeitpunkt ereigneten, an dem manche der Angeklagten noch kleine Kinder oder womöglich noch nicht mal auf der Welt waren. Schon allein dies zeigt die ganze Irrationalität und Illegitimität dieses Gummi-Paragrafen.

Das zeigt wohl in aller Deutlichkeit, wie leicht dieser Paragraf missbraucht werden kann. Heute richtet er sich vor allem gegen MigrantInnen, die sich versuchen zu organisieren und zu wehren. Denn ein Angriff auf Rechte und Freiheiten dieser Schichten ist einfacher.

Eine neue Dimension des Rassismus’

Nach dem 11. September 2001 hat der Rassismus eine neue Dimension erreicht. Mit islamophoben Demagogien ist es einfacher, sämtliche Rechtseinschränkungen der Menschen aus islamischen Ländern mit Terrorismusargumenten durchzuführen und dann auch noch mit der Unterstützung der Öffentlichkeit. Durch das Ausländerrecht, dem MigrantInnen unterliegen, sind ihre Rechte und Freiheiten ohnehin extrem eingeschränkt.

Somit ist es für die Öffentlichkeit auch normal, dass gegen eine Gesellschaftsschicht, die keine Massenunterstützung hat und auch noch durch bestehende Gesetze eingeschränkt wird, eine Hexenjagd durchgeführt wird. Das schafft eine Öffentlichkeit und Rechtsprechung, die jede(n) Dunkelhaarige(n), jede(n) Moslem(in), jeden Bärtigen als einen Feind betrachtet.

Das ist aber nicht die eigentliche Gefahr. Die §129b-Angriffe gegen demokratische MigrantInnen und Vereinigungen werden nicht darauf beschränkt bleiben. Denn die Gerichtsbeschlüsse schaffen Präzedenzfälle, die für eine Atmosphäre sorgen, in der Widerstand gegen Repression und der Kampf gegen Nazis und das Recht auf Solidarität auf Anhieb als Terrorismus bewertet werden können. Die Rechte und Freiheiten, die es heute noch gibt, könnte es morgen nicht mehr geben. Diese Bedrohung geht von den Anti-Terrorgesetzen aus.

Hier geht es vor allem um die Einschränkung der Meinungs-, Organisations- und Redefreiheit. Und es betrifft uns alle. Der Staat beginnt immer zuerst mit den Schwächeren. Und dehnt es dann aus. Das einzige, was uns Progressiven und Linken bleibt, sind Zusammenhalt und Solidarität. Es darf einfach nicht sein, dass das Veranstalten von Konzerten als „Terrorismus“ stigmatisiert und kriminalisiert wird.

Und welches Ende ohne eine starke Solidarität zu erwarten ist, sehen wir am Beschluss des Prozesses gegen Özkan Güzel: Der schwerkranke, haftunfähige Verurteilte bekam eine Haftstrafe von zweieinhalb Jahren. Und die Strafe fiel gerade „milde“ aus, weil er als Wernicke-Korsakoff-Kranker[1] eine ihm vorgeworfene „Führungsposition“ gar nicht ausfüllen kann. Der ganze Prozess gegen ihn, seine Verhaftung ist eine Tragodie für sich.

Wurde er doch aus den türkischen Knästen entlassen, weil er haftunfähig ist. Und bekam die Attestierung einer Haftfähigkeit von dem Mann, der dem norwegischen Massenmörder und Faschisten Anders Breivik eine Haftunfähigkeit attestierte: Professor Leygraf.

Solidarität ist unsere einzige Waffe. Darum seid ProzessbeobachterInnen, schreibt und veröffentlicht Berichte zu diesem Schauprozess. Öffentlichkeit wird uns Schutz bieten. ❖

Freiheit für Muzaffer Dogan, Sonnur Demiray, Özgür Aslan und Yusuf Tas!

1 Eine Krankheit, die durch Mangelernährung, wie sie bei längeren Hungerstreiks an der Tagesordnung ist, auftritt. Erkrankte leiden unter retrograder Amnesie und anterograder Amnesie, das heißt sie sind weder in der Lage, neue Gedächtnisinhalte zu bilden, noch gespeicherte Inhalte abzurufen. Des Weiteren zeigen sie Konfabulationen (Erinnerungslücken werden mit phantasierten Ereignissen „gefüllt“).

Viel Repression hilft viel?

Die Repressionsschraube dreht sich wieder – diesmal geht es gegen den „Islamischen Staat“



Kolumne von Ulla Jelpke

Deutschland diskutiert darüber, im Kampf gegen den Terror die Schrauben anzuziehen. Das kennen wir, nicht nur seit dem 11. September 2001. Wie immer bei einschneidenden Gesetzesänderungen wird als ihr Zweck die Bekämpfung eines obszönen, monströsen Gegners beschrieben. Diesmal geht es gegen den so genannten Islamischen Staat (IS).

■ Im August war ich selbst in den östlichen Regionen der Türkei, in Irakisch-Kurdistan und vor allem in Rojava unterwegs, jenem Teil Syriens, den die kurdische Bevölkerung faktisch zu einer Autonomiezone gemacht hat. Frei von Assad, frei von der „Freien Syrischen Armee“ und frei von djihadistischen Milizen.

Ich geriet mitten hinein in die Trecks von Flüchtlingen. Meist waren es Jesiden aus den Shingal-Bergen, mittlerweile wird auch in Teilen Rojavas gekämpft. Ich habe mit zig Flüchtlingen gesprochen, und es fällt schwer, die von ihnen geschilderten Grausamkeiten nüchtern wiederzugeben. Ich will hier keine Einzelheiten schildern, aber: Die Banden des „Islamischen Staats“ verhalten sich auf so eine mörderische Weise, begehen derart offen und skrupellos Verbrechen an unbewaffneten Kindern, Frauen, Männern, dass ich davon überzeugt bin: Mit diesen Verbrechern ist eine diplomatische oder politische Verständigung unmöglich.

Ich schicke das voraus, um zu unterstreichen: Ich habe allergrößtes Verständnis für alle, die fordern, mit größter Energie gegen IS vorzugehen. Dazu gehört die Solidarität mit Rojava im bewaffneten Kampf gegen IS, dazu gehört das Verbot des IS in Deutschland.

Allerdings wissen wir aus langer Erfahrung, dass Extrem-Erscheinungen wie IS gerne als Vorwand für repressive Maßnahmen herhalten müssen, die weit über die Bekämpfung dieser einen – absolut bekämpfenswerten – Gruppe hinausgehen. Ich habe in Deutschland zu den ersten gehört, die gefordert haben, den IS zu verbieten, und finde es einen richtigen Schritt, dass das Bundesinnenministerium endlich ein Betätigungsverbot erlassen hat. Andere repressive Maßnahmen beurteile ich wesentlich kritischer.

So wurde bereits aufgeregt danach gerufen, zurückkehrende IS-Kämpfer einfach nicht wieder ins Land zu lassen. Das wäre eine bemerkenswert repressionsfeindliche Lösung – den Mördern nicht den Prozess machen, sondern sie irgendwohin schicken, wo sie dann weitermorden können. Als man gemerkt hat, dass etliche dieser Djihadisten einen deutschen Pass haben, hieß es, den müsse man ihnen dann eben wegnehmen. Inzwischen wird darüber diskutiert, Personalausweise zu „markieren“, das heißt per Sichtvermerk eine Ausreisesperre zu verdeutlichen, und den „Terrorcamp“-Paragraphen 89a StGB weiter zu verschärfen.

Zu viele Vielleichts

Es sei daran erinnert, dass schon gegen die derzeitige Fassung des §89a und b gravierende Bedenken bestehen. Er stellt die Aneignung von „Fertigkeiten“ unter Strafe, mit denen eine „schwere, staatsgefährdende Gewalttat“ begangen werden kann. Also Schusswaffentraining, Sprengstoffschulungen und so weiter. Die Anforderungen an den Nachweis einer konkreten Absicht, tatsächlich einen Terroranschlag zu begehen, sind minimal. Die neuesten Vorschläge, etwa von CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, sehen vor, auf einen Nachweis irgendwelcher übler Absichten gleich ganz zu verzichten und einfach „Ausbildung zum Terrorismus“ als solche unter Strafe zu stellen.

Mal ganz davon abgesehen, dass es bis heute keine gesetzliche Definition des Begriffs „Terrorismus“ gibt: Früher wurde bestraft, wer Straftaten beging oder dies versuchte. Heute erfolgt die Bestrafung schon im weiten Vorfeld einer Tat.

Und künftig soll es Strafen geben, ohne dass wenigstens am Rand des Sichtfelds irgendeine Tat erkennbar wird? Das wäre rechtsstaatlich verbrämte Willkür.

Ähnlich verhält es sich mit den geforderten Sichtvermerken auf Personalausweisen. Was soll das nützen? Verdächtige Personen können schon heute mit Ausreiseverboten belegt werden. Dafür gibt es Datenbanken, die beim Passieren einer Nicht-Schengen-Grenze gewissermaßen Alarm auslösen können. Aber einen staatlichen Stigmatisierungsstempel im Pass? Man muss sich ja vor Augen halten, dass hier von Bürgern die Rede ist, gegen die überhaupt nichts strafrechtlich Relevantes vorliegt. Sonst könnte ja auch mit Haftbefehl, Meldeauflagen und so weiter gegen sie vorgegangen werden.

Es geht hier schlicht um Personen, von denen das BKA oder ein Geheimdienst – aufgrund welcher dubioser Zuflüsterer auch immer – behauptet, sie könnten vielleicht ins Ausland reisen wollen, um dort vielleicht in einem Terrorcamp Fertigkeiten erwerben, mit denen sie dann womöglich irgendwann einen Terroranschlag durchführen. Das sind zu viele Vielleichts! Ihnen gleichsam den Ausweis zu stempeln und sie damit überall, wo man eben einen Ausweis vorlegen muss, als Terrorverdächtige zwangszuouten, ist ein Grundrechtseingriff, der mit derart vagen Anhaltspunkten nicht mehr legitimierbar ist.



Thorsten Strasas

Solidaritätskundgebung für Rojava in Berlin, 4. Oktober 2014

► Ulla Jelpke ist innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Bundestag, Infos unter: www.ulla-jelpke.de



Informationen des Rechtshilfefonds
für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

Der Rechtshilfefonds AZADÎ unterstützt Kurdinnen und Kurden, die in Deutschland im Zuge

ihrer politischen Betätigung mit Strafverfolgung bedroht werden.

AZADÎ e. V. | Hansaring 82, 50670 Köln | mail: azadi@t-online.de

www.nadir.org/azadi/ | V.i.S.d.P. Monika Morres (Anschrift wie AZADÎ e. V.)

Spendenkonto GLS Gemeinschaftsbank e.G. | BLZ 430 60 967 | Konto 80 35 78 26 00

Mit zweierlei Maß

Unbeeindruckt von jedweder politischen Entwicklung in der Türkei, im Nordirak oder in Rojava/Nordsyrien, setzen die deutschen Strafverfolgungsbehörden ihre seit über 20 Jahren eingeübte Kriminalisierungspraxis fort.

Während die Verteidigungseinheiten von Rojava YPG/YPJ gemeinsam mit den Kräften der PKK-Guerilla HPG ihre Region gegen die Mörderbanden des IS („Islamischer Staat“) verteidigen und den verfolgten Yeziden Schutz und Zuflucht erkämpften, macht die Bundesanwaltschaft „business as usual“. Zu einem Zeitpunkt, in dem in den internationalen Medien und Institutionen lebhaft über eine Aufhebung des PKK-Verbots und die Streichung der PKK von den Terrorlisten diskutiert wurde, ließ die Bundesanwaltschaft (BAW) am 29. August den kurdischen Aktivisten Mehmet D. in Bremen festnehmen und am nächsten Tag nach Karlsruhe transportieren. Er wird beschuldigt, sich in Deutschland und im benachbarten Ausland als Mitglied an einer terroristischen Vereinigung im Ausland (§129a i. V. m. §129b StGB) beteiligt zu haben, „deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, Mord (§211 StGB) oder Totschlag (§212 StGB) zu begehen“. Hier ist nicht die Rede von der Organisation IS, sondern von der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK.

Mehmet D. soll – laut BAW – von Januar bis Juni 2013 als Kader der PKK und der Europaorganisation „Kurdische Demokratische Gesellschaft“ (CDK) die deutschen Regionen „Mitte“ und später „Nord“ geleitet haben. In dieser Funktion habe er die Arbeit von Gebietsleitern koordiniert, ihnen Anweisungen erteilt und insbesondere von ihnen regelmäßige Tätigkeitsberichte zur Weiterleitung an die Europazentrale angefordert. Außerdem sei er im Zeitraum 2007/2008 für ein knappes Jahr im Irak gewesen, „mutmaßlich bei den dortigen Guerillaeinheiten der HPG“. Wie in allen §129b-Verfahren gegen kurdische Aktivist*innen werden diese für alle tatsächlichen oder mutmaßlichen Aktivitäten der PKK/HPG in der Türkei beziehungsweise den Kandil-Bergen Nordiraks mitverantwortlich gemacht.

In den Anklageschriften spielten hier insbesondere die im Jahre 2004 erstmals in Erscheinung getretenen „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK) eine zentrale Rolle. Während die Verteidigung der kurdischen Angeklagten zahlreiche Dokumente vorgelegt hatte, in denen sich TAK und PKK voneinander distanzieren, haben die Richter*innen der verschiedenen Oberlandesgerichte in ihren Urteilen festgelegt, dass TAK als Teil der PKK-Guerilla gebildet worden sei, um Anschläge auf dem Territorium der Türkei zu verüben.

Somit wird auch Mehmet D. hierfür mitverantwortlich gemacht, als „professioneller Kader“ die Ziele, Programmatik und Methoden der Gesamtorganisation zu kennen, unabhängig davon, ob er in irgendeiner Form in Aktivitäten involviert gewesen ist. Die BAW schreibt dazu unter anderem: „Dass der Beschuldigte sich weder direkt an der Planung noch an der Durchführung der terroristischen Anschläge in der Türkei beteiligt, ändert an dieser Bewertung nichts. Die Organisation ist schon in ihrer Struktur so angelegt, dass nur durch das Zusammenwirken der einzelnen Einheiten und Kader – unabhängig von ihrem Einsatzort – der beabsichtigte Erfolg erzielt werden soll und kann.“ Es genügt mithin die tatsächliche beziehungsweise mutmaßliche Mitgliedschaft in einer von den Strafverfolgungsbehörden als terroristisch eingestuften Vereinigung.

„Ein Umdenken bezüglich der Bewertung der PKK ist jetzt notwendig. Seit Jahren orientiert die Organisation auf Frieden und eine demokratische Entwicklung des Mittleren Ostens. Die Vorurteile der BAW sind unhaltbar, die Festnahme von Mehmet D. ist absolut kontraproduktiv. Sämtliche gemäß §129b inhaftierten Kurden sollten sofort freigelassen, die PKK entkriminalisiert und von der ohnehin fragwürdigen EU-Terrorliste gestrichen werden“, kommentierte der Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko von der Linksfraktion die Festnahme.

Jugenddelegation bleibt Einreise nach Rojava verwehrt

Eine Jugenddelegation, die sich Mitte September auf den Weg nach Rojava/Nordsyrien gemacht hatte, ist nicht nur vonseiten der kurdischen Regionalregierung im Nordirak, deren Peshmergas

unter anderem von der Bundesregierung mit Waffen gegen den IS beliefert werden, der Grenzübertritt nach Nordsyrien verwehrt worden, sondern auch die Grenze zwischen der Türkei und Rojava blieb versperrt. Auch das von der Türkei gegen Rojava verfügte Embargo verschärft sich zunehmend. „Nach wie vor ist das Embargo gegen Rojava nicht nur ein wirtschaftliches, sondern vor allem ein politisches. Erschreckend ist, dass es mittlerweile ein humanitäres geworden ist“, erklärt das Delegationsmitglied Christina Matt. Doch werden aus Europa kommende Hilfslieferungen von den türkischen Behörden entweder zeitverzögert oder gar nicht über die Grenze gelassen.

Warum bleiben Kritik Deutschlands an der Türkei und Hilfe für die Menschen im Nordirak aus?

Wie Beobachter berichten, werden Dschihadisten durch die Türkei logistisch unterstützt, teilweise mit Waffen ausgerüstet und über die Grenze nach Nordsyrien geschleust, weshalb sich die AKP-Regierung sehr zurückgehalten hat bezüglich des Kampfes gegen die Dschihadisten. Und wo bleibt die Kritik der Bundesregierung am Verhalten ihres Nato-Partners? Alles, was SPD-Außenminister Frank-Walter Steinmeier bisher zu dem drohenden Genozid geäußert hat war, dass man erneut zur Kenntnis nehmen müsse, dass der IS „weitere Regionen, diesmal in Nordsyrien“, überfallen habe. Bei der Frage, warum die Kurden im Nordirak/Südkurdistan unterstützt werden und jene in Syrien nicht, verstummte der Minister aus Rücksichtnahme auf die Türkei. Denn in deren Augen gilt die Befreiungsbewegung PKK als terroristische Organisation und ist verboten.

Deutschland hat sich vor über 20 Jahren entschieden, diese Sichtweise durch ein Betätigungsverbot zu stützen. Seit 2002 wird die PKK auch auf der so genannten EU-Terrorliste geführt. Und weil die syrisch-kurdische „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) und deren Verteidigungseinheiten YPG als PKK-nah eingestuft werden, wird den in Rojava lebenden Menschen und den Flüchtlingen internationale Hilfe und Unterstützung verwehrt. Für die Türkei jedenfalls ist nicht der IS der Hauptgegner, sondern Rojava. Die demokratische Selbstverwaltung steht ihren Plänen, entlang der türkisch-syrischen Grenze eine Flugverbotszone gegen Luftangriffe der Armee von Baschar Al-Assad zu errichten, im Weg. Die Massenflucht kommt der Türkei sehr gelegen. Deshalb das Schweigen der deutschen Regierung, aber auch der USA und Frankreichs.

Außenminister Steinmeier hat seine Haltung zu den IS-Angriffen und den Waffenlieferungen in der „Tagesschau“ vom 22. September noch getoppt. Auf die Frage nach einer möglichen Rücknahme des PKK-Verbots meinte er, dass die Gründe des Verbots „in der Vergangenheit“ lägen und die Bedrohung der Yeziden und Christen im Norden des Irak kein Grund seien, das Verbot zu überdenken. Und: „Wir liefern Waffen an die kurdischen Sicherheitskräfte. Das sind diejenigen, die sich zur Wehr zu setzen haben.“ Klare Worte.

Von Waffenlieferungen und Forderungen nach Verbotsaufhebung

Nach der Rettung zehntausender yezidischer Flüchtlinge aus Sengal (Sinjar) durch ein gemeinsames Vorgehen von YPG/YPJ und Kämpfer*innen der PKK sowie der Diskussion um Waffenlieferungen an die Peshmergas der kurdischen Regionalregierung des



Nordirak wurden zahlreiche Stimmen aus Politik und Medien laut, die entweder Gleiches auch für die PKK forderten oder das bestehende Betätigungsverbot in Deutschland in Frage stellten. Insbesondere, weil nicht die Peshmerga der KDP von Mesud Barzani die Yeziden vor den IS-Massakern gerettet hatten.

Politiker*innen von SPD, den Grünen, aber auch der CDU waren nun der Auffassung, dass sich die PKK gewandelt habe. So äußerte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, gegenüber der *FAZ*: „Im Zusammenhang mit den Gesprächen zwischen der türkischen Regierung und der Führung der PKK sowie dem beeindruckenden Ergebnis des kurdischen Kandidaten bei der türkischen Präsidentschaftswahl gibt es durchaus die Chance zur Neueinordnung der PKK.“ Sein Kollege Sönke Rix wollte der Türkei zwar nicht „von einem Tag auf den anderen“ sagen, dass die PKK keine terroristische Vereinigung mehr sei, doch wolle er nicht ausschließen, „dass man langfristig mit denen redet“. Er sei gar bereit, dass man sich „die mal näher angucken“ sollte.

Weit vorgeprescht war der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Im Kampf gegen den IS hatte Andreas Schockenhoff nicht ausgeschlossen, dass Waffenlieferungen auch an die PKK erfolgen könnten. Doch erinnerte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) seinen Kollegen umgehend an die guten deutschen Beziehungen zum Nato-Partner Türkei, die in einem solchen Falle massiven Schaden erleiden würden. Die CDU-Politiker Volker Kauder und Philipp Mißfelder lobten PKK und PYD zwar für die Rettung der im Sindschar-Gebirge eingeschlossenen Yeziden, doch habe sich die PKK nicht von ihrem Ziel eines eigenen Staates verabschiedet.

Zur Richtigstellung: Die PKK hat diese Ideologie zugunsten des Konzepts eines demokratischen Konföderalismus innerhalb bestehender Staatsgrenzen bereits vor Jahren aufgegeben. Wäre dies das Kriterium, dürfte die Bundesregierung nicht eine einzige Waffe an die Peshmergas liefern. Denn der Präsident der Autonomieregion, Masud Barzani, hatte im Juni angekündigt, einen Staat „Kurdistan“ gründen zu wollen. Beobachter gehen davon aus, dass dieser eng an das Nato-Mitglied Türkei angebunden wäre und als „Puffer zu den Bürgerkriegsgebieten in Syrien und im Irak“ dienen würde. Weiter heißt es, dass die USA schon im letzten Jahr die Zerschlagung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens vorgeschlagen habe: Das syrische Herrschaftsgebiet von Baschar Al-Assad könnte auf ein „Alawitestan“ geschrumpft und die übrigen Teile des Landes mit Teilen des Irak zu „Kurdistan“ und „Sunnistan“ zusammengeschlossen werden. Diese Kleinstge-

bilde seien dann leichter beherrschbar als die jetzigen arabischen Staaten und verfügten über weit weniger Widerstandspotenzial.

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion die Grünen im Bundestag, Frithjof Schmidt, sagte gegenüber der *FAZ*, dass es „allen Anlass" gebe, „die Einstufung der PKK als terroristische Organisation ernsthaft zu überprüfen". Die PKK werde nicht nur in der Türkei, sondern auch im Nordirak und Syrien langfristig eine Rolle spielen. Sie habe sich zudem an ihren Grundsatz gehalten, in Deutschland keine Anschläge zu verüben. Sein Vorstandskollege Konstantin von Notz meinte, dass „natürlich" über den Status der PKK als terroristische Organisation diskutiert werden müsse. Diese Auffassung vertrat auch Linken-Fraktionschef Gregor Gysi in der Aussprache des Bundestages über die Waffenlieferungen an die nordirakischen Kurden.

Christian Ströbele von den Grünen bezeichnete es als „schizophren oder pervers", die PKK auf der einen Seite zu loben, aber „auf der anderen Seite hier strafrechtlich zu verfolgen". Denn: im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD hieß es unter anderem: „Waffenlieferungen an nichtstaatliche Gruppen wie die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) kommen nicht in Frage." Bodo Ramelow, Spitzenkandidat der Linkspartei in Thüringen, nannte es einen Fehler, die „Hysterie gegenüber der PKK" aufrecht zu erhalten. Es sei eine Fehleinschätzung, sie als terroristische Organisation einzustufen.

„Die PKK gehört zu Deutschland"

Eine ganz und gar originelle Überschrift hatte sich die *taz* für ihre Ausgabe vom 3. September einfallen lassen: „Die PKK gehört zu Deutschland", wohl in Anlehnung an die Aussage von Ex-Bundespräsident Christian Wulff, dass der Islam zu Deutschland gehöre.

taz-Redakteur Christian Jakob stellte in seinem ausführlichen Kommentar schlussendlich fest, dass das PKK-Verbot eine „ständige Bedrohung für hier lebende Kurden" darstelle und deshalb „weg" müsse.

Wie sehr er mit dieser Feststellung den Kern der Kriminalisierung getroffen hat, zeigt das Gegenbeispiel. In der *Thüringer Allgemeinen* vom 4. September erschien ein Artikel mit der Überschrift: „Thüringer Linke will mit Kandidat aus Umfeld einer als terroristisch eingestuften Organisation in den Landtag". Es ging um Dr. Ercan Ayboga, Ingenieur, Vorsitzender des Erfurter „Kulturvereins Mesopotamien" und Direktkandidat der Linkspartei für den Wahlkreis „Weimarer Land". Der Artikel diente einzig dazu, den Politiker und seine Umgebung als Unterstützer des Terrorismus' zu stigmatisieren. In der gleichen Ausgabe erschien allerdings auch ein Kommentar, in dem auf die Friedensbotschaft von Abdullah Öcalan hingewiesen und kritisiert wird, dass das Innenministerium „dennoch am PKK-Verbot festhält". Berlin solle nicht „mit zwei Zungen sprechen", wenn kurdische Peshmergas



Demonstration am 7. Oktober 2014 in Berlin

flickr/ Enno Lenze (CC BY-NC-SA 2.0)

mit Waffen ausgerüstet würden und die PKK nicht, denn: „Auch PKK-Kämpfer stellen sich den Fanatikern der IS entgegen“. Das PKK-Verbot führe dazu, „dass eine große Mehrheit friedlicher Kurden in Deutschland unter Terrorverdacht gestellt“ werde. Es sei „an der Zeit, ernsthaft in Frage zu stellen, ob diese Stigmatisierung der Kurden noch haltbar ist“.

Nur der Bundesinnenminister hält von alledem nichts und schloss eine Neubewertung der PKK aus. Es gebe „keinen sachlichen Grund, in Überlegungen über eine Aufhebung des PKK-Verbots einzutreten“. Das Verbot bleibe – wie eine Sprecherin mitteilte – „im Interesse der nationalen inneren Sicherheit ein unverzichtbares Regulativ“.

Schon einmal, nach den Ende 2012 begonnenen Gesprächen zwischen der türkischen Regierung und dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und dessen historischer Friedenserklärung vom 21. März 2013, gab es zahlreiche positive Reaktionen bis hin zum ehemaligen Berater der US-Regierung, David L. Phillips. Dieser empfahl laut *Huffington Post* vom 21. Mai 2013 die Streichung der PKK von der Terrorliste. Europäische und deutsche Abgeordnete forderten, angesichts der Friedensverhandlungen eine Aufhebung des PKK-Betätigungsverbotes zumindest zu prüfen. Doch auch damals erteilte das Bundesinnenministerium allen Überlegungen eine Absage und beharrte darauf, keinen Zusammenhang sehen zu können zwischen dem Verbot von 1993 und den Gesprächen der türkischen Regierung mit der PKK. Das Verbot diene „ausschließlich dem Schutz der hiesigen inneren Sicherheit“.

PKK-Verbot aufheben!

Auch wenn sich das Bundesinnenministerium derzeit verschlossen gegenüber Forderungen zeigt, eine Entkriminalisierung von Kurdinnen und Kurden in Deutschland herbeizuführen, ist das politische „Klima“ im Vergleich zu 2013 ein etwas anderes. Zahlreiche Einzelpersonen im In- und Ausland, Initiativen, Organisationen, Vereine und Medienschaffende setzen sich nicht nur für eine Aufhebung des PKK-Betätigungsverbotes ein, sondern darüber hinaus für einen Dialog mit der kurdischen Befreiungsbewegung. So hat unter anderem die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* mit Cemil Bayik, Mitglied des Exekutivkomitees der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), gesprochen und in ihrer Ausgabe vom 22. August hierüber berichtet. Auch die *junge Welt* druckte am 28. August ein Interview mit Cemil Bayik ab, das die türkische Tageszeitung *Vatan Gazetesi* mit ihm geführt hatte.

Vielen wird derzeit deutlich vor Augen geführt, wie schäbig, rücksichtslos und widersprüchlich sich die Große Koalition in den aktuellen hochgefährlichen Konflikten verhält. Und wie sie durch ihre Politik dazu beiträgt, Öl ins Feuer des Mittleren Ostens zu gießen. Sie kann ihre Hände längst nicht mehr in Unschuld waschen, sie ist durch die Waffenlieferungen einerseits und das Schweigen zu den Massenvertreibungen andererseits endgültig zur Kriegspartei geworden. Sie muss sich gefallen lassen, mitverantwortlich gemacht zu werden für das grausame Schicksal zehntausender Menschen. Wir dürfen nicht schweigen. Wir müssen aufklären, fordern und dürfen nicht aufhören, Druck auf die politisch Verantwortlichen zu machen. In diesem Sinne werden in den kommenden Monaten unterschiedliche Organisationen, Verbände, Gruppen und Personen Initiativen ergreifen, um die Bundesregierung zu einem Wandel der Beziehungen zur hier lebenden kurdischen Bevölkerung und ihrer Institutionen aufzufordern, die Verbotspolitik zu beenden und den Dialog mit Repräsentantinnen und Repräsentanten der kurdischen Bewegung zu führen.

Verhaftet – angeklagt – verurteilt

Derzeit befinden sich drei kurdische Aktivisten wegen des Vorwurfs des §129a Abs. 1 in Verbindung mit §129b Abs. 1 StGB in Haft:

1. Abdullah S. – Sein Verfahren vor dem Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf läuft seit 5. Juni 2013.

2. Metin A. – Er wurde am 27. Februar 2014 vom OLG Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt.

3. Mehmet D. – Er wurde am 29. August 2014 verhaftet und ist seitdem im Untersuchungsgefängnis Hamburg-Holstenglacis inhaftiert.

Weitere Nachrichten:

Ali Ihsan K. wurde am 13. Februar 2013 vom Hamburgischen OLG nach §129b zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt und der Haftbefehl gegen die Zahlung einer Kaution aufgehoben. Die Verteidigung hatte Revision eingelegt, die am 6. Mai 2014 vom BGH als „unbegründet“ verworfen wurde, so dass das Urteil rechtskräftig ist und Ali Ihsan K. die Reststrafe verbüßen müsste. Die Verteidigung hat inzwischen Verfassungsbeschwerde eingelegt, jedoch ohne aufschiebende Wirkung auf den BGH-Beschluss.

Das Verfahren gegen Vezir T. vor dem Kammergericht Berlin endete am 11. Juni 2013 mit einer Freiheitsstrafe von drei Jahren. Gegen das Urteil wurde Revision eingelegt. Aus familiären Gründen blieb Vezir T. haftverschont. Auch verwarf der BGH die Revision als „unbegründet“, womit das Urteil Rechtskraft erlangt hat. Die Verteidigung legte auch hier Verfassungsbeschwerde ein.

Die §129b-Verfahren gegen die Aktivisten Ridvan Ö. und Mehmet A. endeten am 12. Juli 2013 mit der Verurteilung durch das OLG Stuttgart zu einer Freiheitsstrafe von jeweils drei Jahren und sechs Monaten. Gegen die Urteile hatte die Verteidigung Revisionen eingelegt, die am 7. August vom BGH als „unbegründet“ verworfen wurden. Damit hat das OLG-Urteil Rechtskraft und die beiden Kurden müssten die restliche Haftstrafe verbüßen. Beide waren am 18. Februar dieses Jahres wegen Zeitablaufs (Zusammenfallen der Revision mit Zweidrittelstrafe) aus der Haft entlassen worden. Ridvan Ö. ist nach Italien zurückgekehrt, wo er als asylberechtigt anerkannt ist. In beiden Fällen hat die Verteidigung Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Azadî fordert die Einstellung aller Verfahren, die Freilassung der Angeklagten und die Aufhebung der Kriminalisierung kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten!



„Wir weinen nicht mehr, wir kämpfen!“

Juristische und ökonomische Repression in Spanien

Martha Sanchez

Am 6. September fand im Mehringhof in Berlin eine Veranstaltung zur Repression in Spanien statt. Anlass war das aktuell laufende Verfahren gegen Alfon, Aktivist und Ultra von Rayo Vallecano aus dem Madrider Stadtteil Vallekas. An seiner Seite saß Elena, die Präsidentin der Initiative „Madres Contra la Represión“ („Mütter gegen Repression“). Sie war es, die sagte: „Wir Mütter weinen nicht mehr, wir kämpfen.“

■ Das klingt ziemlich eindeutig. Aber es ist leider nicht selbstverständlich. Schließlich sind viele Menschen in Spanien sowohl ökonomisch und sozial als auch politisch massiv unter Druck. Das Land kämpft, seit Ende 2007 die spanische Immobilienblase geplatzt ist, wie auch andere Länder der europäischen Peripherie (Portugal, Italien, Griechenland) mit einer Rezession. Die Arbeitslosigkeit ist massiv gestiegen. Vor allem Jugendliche baden die Krise aus. So sind über 50 Prozent der jungen Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. Hinzu kommen repressive Sondergesetze und eine Explosion der Ausgaben für die Sicherheitsbehörden. Bis heute stiegen diese Mittel um über 1.780 Prozent, während gleichzeitig die Sozialausgaben auf Geheiß der Troika – zusammengesetzt aus dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission – zusammengestrichen wurden.

Im Grunde ist es nicht verwunderlich, dass die Sicherheitsbehörden massiv aufgerüstet wurden. Schließlich steigen mit jedem weiteren Jahr der Krise der existenzielle Druck und die sozialen Spannungen. Konflikte eskalierten bereits mehrfach und sie werden auch in Zukunft nicht kleiner werden.

Alfon wurde Anfang der 90er in Vallekas in Madrid geboren. Der Stadtteil ist ein Arbeiter_innenbezirk mit einer langen kämpferischen Tradition. In den 60er und 70er Jahren zogen viele Spanier*innen aus den verschiedenen Regionen auf der Suche nach Arbeit in die Hauptstadt und fanden billige Wohnungen in Vallekas. Aktuell steigt der Anteil der Migrant*innen vor allem aus dem Maghreb und Lateinamerika. Alfon ist, seit er dreizehn ist, politisch aktiv. Radikalisiert wurde er nach der Ermordung des Antifaschisten Carlos Palomino, der am 11. November 2007 von einem Nazi erstochen wurde. Der Tod von Carlos war übrigens auch der Anlass für die Gründung der „Madres“, die sich

„Freiheit für Alfon – Auf dass die Angst die Seite wechselt“, Graffito in Madrid

rsamadrid.wordpress.com

aufgrund von Repression und Nazi-Gewalt organisierten. Sie konnten zum Beispiel im Fall von Carlos erreichen, dass sein Mörder für ein Hass-Verbrechen verurteilt wurde.

Ultras mit sozialem Engagement im Visier der Repressionsorgane

Eine der tragenden Säulen der sozialen Bewegung und des Protestes in Vallekas sind die Bukaneros (das bedeutet Piraten). Seit 1992 ist diese antifaschistische Ultra-Gruppe im Stadtteil aktiv. Sie supporten nicht nur das Team von Rayo Vallecano, sondern organisieren auch Info-Veranstaltungen über die Geschichte von Vallekas und die Tradition des Viertels, das immer wieder Zentrum sozialer Kämpfe war und ist. Seit die Krise sich verschärft hat, verteilen die Bukaneros vor den Heimspielen Essen und Trinken an die Bevölkerung. Im letzten Jahr waren dies zum Beispiel 400 Tonnen Spenden. Da es immer mehr Familien ohne Einkommen gibt, haben sie zu Weihnachten Geschenke für die Kinder gesammelt. Außerdem haben sie sich sowohl an der Organisation als auch der Durchführung der verschiedenen Generalstreiks in Spanien beteiligt.

Dieses Engagement und selbstverständlich ihr strikter Antifaschismus haben die Bukaneros in den Fokus der Sicherheitsbehörden gerückt. Sie sind nicht nur als Aktivist*innen mit Repression konfrontiert, sondern sehen sich mit einer massiven Kriminalisierung als aktive Fußballfans konfrontiert. Wurden die Maßnahmen gegen die Gruppenmitglieder sonst im Rahmen des so genannten Sportgesetzes begründet, forcieren die Behörden nun ein Verbot der Gruppe als „kriminelle Vereinigung“. Das bedeutet, dass jede*r Bukanera*o zu einer Haftstrafe von mindestens acht Jahren verurteilt werden kann.

Dieser Vorwurf geht auf einen Vorfall Ende 2011 zurück. Am 4. Dezember spielte Rayo am 15. Spieltag der Primera División gegen Atlético Madrid. Wie immer trafen sich die Fans zum gemeinsamen (unangemeldeten) Marsch zum Stadion. Kurz vor dem Estadio Vicente Calderón kam es zum Angriff von Nazis der Frente Atlético mit Steinen und Flaschen. Die Polizei kümmerte sich nicht um die Angreifer*innen von Atlético, sondern attackierte die Rayo-Fans. Sie wurden eingekesselt und mussten eine Stunde knieend Schläge, Beleidigungen, Drohungen und rassistische Kommentare über sich ergehen lassen. Ihre Personalien wurden aufgenommen und sie wurden durchsucht, wobei keinerlei Waffen gefunden werden konnten. Dennoch mussten sie ihre Tickets abgeben und konnten das Spiel nicht sehen. Außerdem wurden fünf Personen in Untersuchungshaft gesteckt.

Die Maßnahme der Polizei hatte am Ende folgendes Ergebnis: 126 Menschen sollen eine Strafe von je 6.000 Euro wegen Landfriedensbruchs, Beleidigung und Bedrohung zahlen. Vier weitere Fans müssen 12.000 Euro Strafe wegen Landfriedensbruchs und Angriffen auf die Polizist*innen zahlen. Eine Person soll



Coordinadora Antifascista Extremadura

„Freiheit für Alfon“



Graffito in La Laguna, Teneriffa

12.000 Euro Strafe wegen eines Angriffs auf einen gegnerischen Fan und die Polizei zahlen. Alle 131 bekamen zweijährige Stadionverbote. Die Gesamtstrafe für die Gruppe aus dieser Maßnahme waren 816.000 Euro. In der Zwischenzeit sind, wie Alfon erzählte, weitere Strafen hinzugekommen, so dass bis heute Zahlungen in einer utopischen Höhe von eineinhalb Millionen Euro aufgehäuft wurden. Diese Strafen müssen übrigens sofort gezahlt werden, was nichts anderes als Verschuldung bedeutet. Sie werden allerdings nach jahrelangen juristischen Auseinandersetzungen meistens gekippt. Die Verschuldung bleibt selbstverständlich. Deshalb muss bei diesen Strafen von einer ökonomischen Einschüchterung gesprochen werden, die übrigens zunehmend auch soziale Aktivist*innen und unorganisierte Menschen betrifft, die sich an Demonstrationen oder Streiks beteiligen.

56 Tage Isolationshaft für ein paar Böller

Aber kommen wir zum Fall von Alfon zurück. Für den 14. November 2012 hatten Gewerkschaften aus verschiedenen europäischen Ländern gemeinsam zum Streik aufgerufen. An diesem Tag wurde Alfon von Beamt*innen der politischen Polizei festgenommen. Weitere 140 bekannte Aktivist*innen, die von vermummten Beamt*innen verhört wurden, kamen in Gewahrsam. Außerdem gab es zahlreiche Durchsuchungen in Wohnungen, darunter auch in den Räumlichkeiten der Bukaneros. Die Polizei hat bei ihnen wie auch bei Alfon, der lediglich ein paar Böller bei sich hatte, „Sprengstoff“ gesucht. Gefunden wurden Pyrotechnik, die zur Feier des 20-jährigen Bestehens der Bukaneros zum Einsatz kommen sollte, Küchenutensilien, Lösungsmittel, Farbe und Stoff, das für Material und Choreos verwendet wird, Sportgeräte zum Training von Selbstverteidigung und Fahnenstangen. Kurz: nichts Ungewöhnliches für Ultras. Obwohl keinerlei „Sprengstoff“ gefunden wurde, nahm die Polizei alles mit, was Hinweise auf Mitglieder der Bukaneros geben konnte. Außerdem wurden ein Computer, ein Laptop und einige SD-Karten beschlagnahmt.

Die 140 rund um den Generalstreik und die Auseinandersetzungen mit der Polizei Inhaftierten kamen zunächst frei – nur Alfon ging in den Knast. Ihm wurde „sozialer Aufruhr“ vorgeworfen, ein Tatbestand, der seit einer Strafrechtsreform im Jahr 2003 gar nicht mehr verfolgt wird. 56 Tage saß er im Gefängnis – als politischer Gefangener. Denn er wurde nach dem F.I.E.S. (Ficheros de Internos de Especial Seguimiento) kategorisiert, was eine verschärfte Haft bedeutet, die für schwerste Verbrechen, organisierte Kriminalität und Terrorismus verhängt wird. Das F.I.E.S. wurde Anfang der 90er eingeführt und mehrfach verschärft. Zurzeit sitzen in spanischen Haftanstalten mehr politische Gefangenen ein als zu Franco-Zeiten. Alfon wurde in die fünfte F.I.E.S.-Kategorie, die leichteste, eingeordnet, die Isolationshaft, Kontakteinschränkung und Überwachung der Kommunikation bedeutet. Nach 56 Tagen wurde er endlich freigelassen, auch aufgrund des Engagements der Bukaneros, der „Madres“ und anderer, die Öffentlichkeit herstellten.

Diese Einbindung in soziale und politische Strukturen, so erzählte Alfon, hat ihm im Knast geholfen. Wenn Menschen da sind, die auf die individuelle Kriminalisierung eine laute Antwort geben, die für eine öffentliche Wahrnehmung sorgen und vor allem Solidarität organisieren können, dann fällt es den Behörden schwerer, ihre konstruierten und teilweise illegalen Vorwürfe durchzusetzen. Die Repression betrifft aber sehr viel mehr Menschen, die aber unsichtbar bleiben. Auf die Unsichtbaren, auf jene, denen das Haus weggenommen wird, die bei Demonstrationen festgenommen werden und eine Woche später Strafen in Höhe von mehreren tausend Euro zahlen sollen, auf diese Unsichtbaren hat Alfon noch mal explizit aufmerksam gemacht. Auch Elena von den „Madres“ ist bewusst, dass nur Organisation und Solidarität sie gegen die zunehmende Repression schützen können.

Alfon blieb aber nicht der einzige Bukanero, der verhaftet wurde. Dreizehn weitere folgten ihm. Ihnen werden aber nicht, wie sonst üblich, Vorwürfe im Rahmen des Sportgesetzes oder „sozialer Aufruhr“ angelastet, sondern gegen sie wird wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ermittelt. Und an dieser Stelle wird es tatsächlich nicht nur für die Kriminalisierten wie Alfon, die 131 Bukaneros, die seit Dezember 2011 kriminalisiert wurden, und die 13 zuletzt Festgenommen gefährlich, sondern für alle Mitglieder der Bukaneros oder jene, die von den Beamt*innen als solche bezeichnet werden. Aus diesem Grund ist es wichtig für Öffentlichkeit zu sorgen, zu informieren und solidarisch zu sein. Nicht nur mit Alfon, dessen Verfahren am 18. September begann, sondern auch mit allen kriminalisierten Aktivist*innen, die sich auf der Straße oder in Stadien gegen die europäische Krisenpolitik wehren! ❖

Dieser Beitrag wurde im Zine Ultra Unfug *Nummer 202 der Fans des SV Babelsberg 03 zum Spiel gegen Carl Zeiss Jena veröffentlicht. Zu diesem Spiel waren einige Unterstützer*innen anwesend, die in der Nordkurve ihr Banner aufgehängt sowie Material verteilt haben. Nach dem Spiel wurde ein Bild gemacht, um Alfon einen kleinen solidarischen Gruß nach Madrid zu schicken.*

„Der Maidan hat die linke Bewegung in der Ukraine radikal gespalten“

Interview mit russischen und ukrainischen AntifaschistInnen

Vom 31. Juli bis zum 29. August 2014 tourte auf Initiative der Ortsgruppe Salzwedel der Roten Hilfe e. V. eine Gruppe antifaschistischer AktivistInnen aus der Ukraine und Russland durch die BRD, um mit Diskussionsabenden und einer Fotoausstellung in zahlreichen Städten über die politische Situation der ukrainischen Linken seit dem Putsch Ende Februar 2014 und den darauffolgenden Wahlen sowie den Kriegszustand im Süden und Osten des Landes zu berichten. Ziel der Veranstaltungen war es, eine linke Sichtweise von Teilen der linken Bewegung aus den verschiedenen Landesteilen zur Diskussion zu stellen. Veronica und Anton haben als ReferentInnen an zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen und stellen im Interview ihre Sichtweise der Geschehnisse in der Ukraine dar.

Buvo-Heinz: Liebe Genossin, lieber Genosse, bitte stellt euch doch kurz vor.

Anton: Mein Name ist Anton. Ich bin Mitglied des Komitees für eine Arbeiterpartei – Marxistische Gruppe. Wir arbeiten vor allem in Kharkov. Schwerpunkt unserer Arbeit sind die Aktivitäten des Industrieproletariats.

Veronica: Ich bin kein Mitglied einer Organisation, unterstütze aber seit vielen Jahren linke Bewegungen. Es hatte eine sehr erschreckende Wirkung auf mich, als in der Mitte der Maidan-Ereignisse ukrainische Nationalisten die Protestszene übernahmen, als eine Bühne aufgebaut wurde für Auftritte von Popstars, Politikern und anderen, die nationalistische Lieder sangen und Kriegsparolen riefen und die Massen aufriefen, Steine und Molotov-Cocktails zu benutzen, während auf dem gesamten Platz Nazisymbolik zu sehen war. Dazu kamen persönliche Konflikte mit Freunden, die sich entschieden haben, auf der Seite der Maidan-Gangs zu stehen, was meine Situation weiter verschlechtert hat. Meine Positionierung entstand als Reaktion auf die Ereignisse, die wirken, als wären die Nazis 60 Jahre nach ihrer Niederlage wieder an der Macht.

Wie ist die derzeitige Situation für die linke Bewegung in der Ukraine nach dem Putsch? Wie stark ist die Repression? Von wie vielen politischen Gefangenen wisst ihr?

Anton: Der Maidan hat die linke Bewegung in der Ukraine radikal gespalten. Ein Teil, wie unsere Gruppe, Borotba und manche Anarchisten bestanden darauf, dass eine solche Bewegung keine positiven Veränderungen für die Arbeiterklasse und die Bevölkerung insgesamt bewirken kann. Nach dem Putsch beteiligten wir uns am Widerstand gegen die MachthaberInnen in Kiew und später begannen wir mit der politischen Unterstützung der Befreiungsbewegung der Menschen im Donbass. Die meisten bekannten Persönlichkeiten des Widerstands waren gezwungen zu fliehen oder in den Untergrund zu gehen.
Ein anderer Teil der linken Bewegung positionierte sich anders. Frühere linke Ultras von Arsenal Kiew beispielsweise erklärten, dass die territoriale Einheit der Ukraine für sie das allerwichtigste sei. Ein paar von ihnen kämpfen nun in dem Innenministerium direkt unterstellten Freiwilligenverbänden, die bekannt dafür sind, dass sie von Nazis dominiert werden. Ein paar andere Gruppen erklärten, dass sie keine Seite in diesem Konflikt unterstützen. Gleichzeitig verbreiteten sie Gerüchte gegen andere Aktivisten, die wegen politischen Aktionen angeklagt waren. Ich will dieses Problem aber auch nicht überbewerten.
Es ist aktuell sehr schwer, eine genaue Zahl der politischen Gefangenen zu nennen. Im Sommer sprachen wir von mehr als 300 politischen Gefangenen allein in Kharkov – eine Zahl, die vom Bürgermeister der Stadt genannt wurde. Ich arbeite weiter daran, exakte Zahlen und vor allem Namen der Gefangenen herauszubekommen. Momentan habe ich eine Liste mit Namen von 120 politischen Gefangenen, die mit absoluter Sicherheit in ukrainischen Gefängnissen inhaftiert sind, weitere Zahlen zu bekommen ist sehr schwer. Ebenso wissen wir nichts über das Schicksal mehrerer verschwundener Aktivisten.
Hervorheben möchte ich den aktuellen Fall zweier linker Aktivisten. Am 12. September wurden in Odessa Vladislav Voycechovskiy (Borotba) und Nikolay Popov (ehemals KPU) festgenommen. Es handelt sich hierbei um einen der härtesten Fälle von Repression gegen linke Aktivisten in der Ukraine. Wir erhielten Berichte von der Beteiligung neonazistischer Paramilitärs bei der Festnahme, Misshandlungen und absolut falschen Anklagen wegen Terrorismus'.
Ich möchte ebenfalls erwähnen, dass die KPU-Mitglieder Sergey Tkachenko und Dennis Timofeyef weiterhin im Untersuchungsgefängnis der SBU in Dnepropetrovsk gefangen gehalten werden.

Wie ist die Situation alternativer oder oppositioneller JournalistInnen?

Anton: Die Ukraine wurde vom International News Safety Institute in diesem Jahr als das gefährlichste Land für JournalistInnen eingestuft. Die Taktik der MachthaberInnen in Kiew gegen unbequeme Journalist_innen ist sehr ähnlich wie die gegen AktivistInnen: Festnahmen, Entführungen unter Beteiligung von Nazigruppen, Bedrohungen und weiteres mehr.

Es gibt außerdem Hinweise, dass mehrere russische Journalisten im Kriegsgebiet nicht versehentlich getötet wurden. Dies ist weiterhin aktuell, vor kurzem aus der Haft entlassene Journalisten berichten über Misshandlungen und Folter. Im September wurde der Mord an dem Journalisten Andrey Stenin bekannt. Zeitgleich beschneiden die MachthaberInnen die Meinungsfreiheit auf verschiedene Arten.

Wie ist die Situation im Donbass momentan? Was ist eure jetzige Position zu den Aufständischen dort und wie ist der momentane Waffenstillstand einzuschätzen? Gibt es eine Chance für eine Amnestie für die politischen Gefangenen?

Anton: Die Situation im Donbass ist instabil. Es gibt ruhige Phasen, denen schwerer Beschuss durch die ukrainische Armee folgt. Die Entscheidung für einen Waffenstillstand war definitiv zum Vorteil der ukrainischen Seite. Sie fiel in einer Situation, als ukrainische Einheiten in Bedrängnis gerieten. Nun nutzt die Ukraine ihn für eine bessere Mobilisierung. Diese Tatsache ist erschreckend, es besteht die Gefahr einer qualitativ neuen Stufe des Krieges auf einem anderen Niveau mit mehr Opfern. Ich habe den Donbass während des Waffenstillstands besucht und habe viele Flüchtlinge gesehen, die nach Hause zurückkehrten, sie könnten sich erneut in großer Gefahr befinden.

Eine andere Sache verursacht außerdem eine aggressive Reaktion der lokalen Bevölkerung und der Aufständischen. Gefangene, die aus der Gefangenschaft der ukrainischen Seite zurückkehren, sind oftmals Invaliden, nahezu alle weisen Spuren von Folter auf. Ich habe noch nicht davon gehört, dass Gefangene der Gegenseite von den Aufständischen ebenso behandelt wurden.

Die Frage nach der Aufnahme politischer Gefangener in Austauschprogramme kam bereits viele Male auf, ein paar von den öffentlich bekannten politischen Gefangenen wurden in solche Listen aufgenommen. Bis heute kenne ich allerdings nur einen realen Fall einer Freilassung.

Ich glaube nicht an eine Amnestie, solange die aktuelle Regierung im Amt ist. Während der ganzen Zeit gab es lediglich ein paar Leute, die gegen Auflagen freigelassen oder unter Hausarrest gestellt wurden, während ihre Verfahren weiterlaufen.

Unsere Position zum Donbass oder präzise zur „Volksbewegung für die Freiheit“ wurde oftmals als Unterstützung für Putin kritisiert. In Wirklichkeit sind wir von einer Unterstützung Putins weit entfernt und unsere Stellungnahmen basieren auf den Klasseninteressen. Es ist bekannt, dass das Abkommen mit der EU eine schnelle Deindustrialisierung der Ostukraine zur Folge haben würde. Die Politik der Zusammenarbeit mit der Eurasischen Wirtschaftsunion dagegen könnte die Industrie der Region für eine Zeit bewahren. Das heißt, dass sich in dieser Phase die Interessen des Proletariats der Ostukraine und des russischen Kapitalismus' teilweise überschneiden.

Darüber hinaus ist die Ukrainekrise kein lokaler Konflikt, wir haben es mit einer Auseinandersetzung zwischen dem US-Imperialismus und dem russischen Kapitalismus zu tun. Letzterer ist schwächer, das ist ein Grund warum wir davon ausgehen, dass eine Dominanz des US-amerikanischen Imperialismus auf diesem Territorium die Bedingungen für Kämpfe der Arbeiter verschlechtern würde. Eine andere wichtige Frage ist die Herausbildung eines faschistischen Staates in der Ukraine, was natürlich nichts Positives für die Arbeiterklasse verspricht.

Deswegen unterstützen wir offen die kämpfende Bevölkerung des Donbass, beobachten aufmerksam die Entwicklung der Bewegung, versuchen die Rolle der Arbeiterklasse auszuwerten und unsere Schlüsse daraus zu ziehen. Nach unserer Meinung ist diese Kraft fortschrittlich in diesem Konflikt, abgesehen von manchen konservativen Tendenzen innerhalb der Bewegung.

Wir sehen diese Kraft als wichtigsten Teil der jetzigen antifaschistischen Bewegung in der Ukraine an und rufen zur Solidarität auf. Die Menschen im Donbass sind objektiv AntifaschistInnen. Sie haben sich bewaffnet und Widerstand gegen bekennende FaschistInnen geleistet. Für uns ist es ebenfalls wichtig, dass die Arbeiterklasse substanzieller Teil der Miliz ist und sich teilweise unideologische, spontane Formen sozialistischer Alltagsorganisation entwickelt haben. Auf der anderen Seite idealisieren wir die Bewegung nicht und versuchen, objektiv zu sein.

Was ist die politische Perspektive der linken Kräfte in der Ukraine? Was sind eure Forderungen?

Anton: Es gibt keine gemeinsamen Positionen, die von linken Kräften in der Ukraine ausgearbeitet wurden. Meine Organisation fordert die Absetzung der selbsternannten MachthaberInnen in Kiew und Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in der Ukraine. Verhandlungen über den Status des Donbass' und Regionen die sich anschließen wollen, sollen mit einer legitimierten

Spendenkampagne „Solidarität mit den AntifaschistInnen in der Ukraine“

Liebe GenossInnen,
bis zum 9. Oktober 2014 wurden insgesamt 18.400 Euro gespendet. Hiervon wurden von Repression betroffenen GenossInnen bisher 7.200 Euro für Reisekosten für politische Flüchtlinge, Prozesskostenhilfe und Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt.
Wir danken allen SpenderInnen und hoffen auf weitere Unterstützung.
Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

Regierung geführt werden, nicht mit einem Marionettenregime. Wir wollen, dass Novorussia als Kriegspartei anerkannt wird, die ukrainischen Truppen vom Territorium der Volksrepubliken Donetsk und Lugansk abziehen und ein Tribunal über die Kriegsverbrecher abgehalten wird.
Notwendig ist außerdem die Hilfe der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur des Donbass' und garantierte Reparationszahlungen der ukrainischen Regierung an die Opfer des Krieges

Ihr habt an der Infotour der Roten Hilfe e.V. teilgenommen. Was waren eure Eindrücke auf den Veranstaltungen und Diskussionstreffen?

Veronica: Ich fand das aktive Interesse der Roten Hilfe e.V. sehr wichtig. Die Anwesenheit von jungen und alten Leuten auf den Veranstaltungen, die diskutiert und Fragen gestellt haben und bis zum Ende der Veranstaltung geblieben sind, waren sehr positive Zeichen. Aufgefallen ist mir die Fähigkeit, von einem internationalistischen Standpunkt aus die politische Situation zu analysieren. Wir wissen, dass die deutschen Massenmedien hierfür nicht hilfreich sind. Davon gänzlich unabhängige Analysen zu hören war sehr positiv.

Gibt es aus eurer Sicht bereits eine internationale Protestbewegung gegen das Putschregime? Was können wir in Deutschland tun, um den Kampf gegen die Repression zu unterstützen?

Veronica: Solidaritätsbewegungen mit dem antifaschistischen Widerstand existieren in verschiedenen Ländern wie Italien, Großbritannien, Deutschland, Griechenland oder Spanien. Viele Organisationen wie die Syriza, FARC oder Unite habe ihre Unterstützung für den Aufstand im Donbass erklärt und die MachthaberInnen in Kiew scharf kritisiert. Es gibt immer mehr übersetzte oder in diesen Ländern entstandene Dokumentationen über die Ereignisse in der Ukraine. Ebenso gibt es mehr Demonstrationen mit Beteiligung ukrainischer ImmigrantInnen. Italienische linke Gruppen sammeln Spenden, um den Menschen im Donbass zu helfen. Letzte Woche ist die Punkband „Banda Bassotti" in die Region Novorussia gereist, um ihre Solidarität mit dem antifaschistischen Widerstand auszudrücken.
Ich wünsche mir, dass GenossInnen in Deutschland mehr Druck auf die eigene Regierung ausüben, die die jetzigen MachthaberInnen in ihrem Krieg gegen die eigene Bevölkerung sponsert. Ebenso wichtig ist Protest gegen jene JournalistInnen, die die Linie der Bundesregierung unhinterfragt unterstützen oder falsche Informationen verbreiten, sowie Solidaritätsaktionen und Hilfe für Flüchtlinge und politische Gefangene. ❖

► Bitte twittern sie jetzt nichts! – „Soziale Netzwerke“, Überwachung und Repression 30

► Wegbereiter eines smarten Totalitarismus? – Googles gesellschaftliche Gestaltungsmacht 34

► Terroristensuche auf Facebook – Deutsche Geheimdienste weiten Online-Schnüffelei massiv aus 37

► Offline Aussagen verweigern, online alles offenlegen? – Beispiele aus der Praxis 38

► Twittern für die Anti-Antifa? – Auch Nazis werten linke Online-Aktivitäten aus 39

► „Das Netz ist ein politischer Raum, um den gekämpft werden muss“ – Zur Facebook-Nutzung linker Gruppen und Menschen 40

► „Unproblematisch, um linke Analysen mitzuteilen“ – Zum Nutzen von Facebook und Twitter für linke Gruppen 40

► World Wide War – Software zur Aufstandsbekämpfung 41

Bitte twittern sie jetzt nichts!

„Soziale Netzwerke“, Überwachung und Repression

Redaktionskollektiv der RHZ

Flugblätter nerven. Da plant die Gruppe eine Veranstaltung oder eine Demo und hat wirklich genug zu tun. Und dann muss auch noch mobilisiert werden. Der Text für das Flugblatt darf nicht zu kurz sein und nicht zu lang, ein einigermaßen ansprechendes Layout muss auch her. Das dauert und kostet vielleicht sogar Geld. Dann muss das Zeug gedruckt werden, das kostet auch Zeit und Geld. Und dann müssen die Zettel verteilt werden, in Kneipen und Projekten, Läden und Zentren, von denen die Gruppe annimmt, dass dort die Leute verkehren, die wahrscheinlich an der Veranstaltung interessiert sind. Ein echter Kraftakt. Die Hälfte der Blätter wird sowieso nicht verteilt und landet im Müll. Und wie viele der Leute, die dann wirklich kommen, durch diese arbeitsintensiven Flugis aufmerksam geworden sind, ist am Ende eine Glaubensfrage.

Das geht auch einfacher. Und schneller. Und billiger. Zum Beispiel mit Facebook. Oder mit Twitter. Abgesehen von letzterem gibt es kaum Vorgaben zu Länge und Aussehen. Text geschrieben, von der Gruppe inhaltlich angenommen, getwittert, gepostet oder eingestellt, fertig. Im Idealfall geht die Nachricht zielgerichtet an ausgewählte Personen oder Gruppen. Und die können es ruckzuck an Andere weiterleiten. Ein schönes Beispiel für die schnelle, gezielte und erfolgreiche Mobilisierung großteils über solche Kanäle sind die Proteste gegen die Gefahrengebiete in Hamburg im Januar 2014. Immer wieder konnten innerhalb kürzester Zeit Aktivist_innen aus der näheren und weiteren Umgebung (und auch die bald auf Twitter eingeklinkte Polizei) zu wirkungsvollen Aktionen zusammengerufen werden.

Für die Mobilisierung zu Aktionen, zur Verbreitung von Nachrichten, zum Austausch von Material und auch einfach, um in Kontakt zu bleiben, sind sie enorm praktisch, diese so genannten sozialen Medien und einiges mehr, was im weiteren Rahmen damit zu tun hat. Die bekanntesten und sicher am meisten genutzten sind Facebook, Twitter und Youtube. Auch in den Beiträgen dieses Schwerpunkts der *RHZ* werden diese drei Kanäle am häufigsten genannt. Doch bei all unseren Betrachtungen geht



es genauso auch um Flickr, Tumblr, Skype, Instagram, Google+, LinkedIn, Xing, Finya und viele andere, mehr oder weniger bekannte Plattformen, auf denen sich (auch linke) Menschen tummeln. Bei vielen dieser Werkzeuge, die uns das tägliche Leben, auch das politische, zweifellos einfacher machen, kämen viele unserer Genossinnen und Genossen gar nicht auf die Idee, dass es da ein Problem geben könnte.

Klar, Facebook und Google sind Datenkraken, haben wir alles hundertmal gehört. Wenn sie trotzdem verwendet werden, ist vielleicht ein kleines bisschen schlechtes Gewissen dabei. Aber wenn lustig Kontobewegungen, Reiseplanungen und sportliche Leistungen vom Smartphone aus verwaltet werden, ist das Problembewusstsein schon ein ganz schönes Stück kleiner. Warum eigentlich? Nur weil all diese Angebote, die uns Konzerne und teils auch Behörden völlig selbstlos machen, so praktisch sind?

Alles schon immer geahnt, aber ignoriert?

Als Edward Snowden ab Mitte 2013 nach und nach das ganze monströse Ausmaß der Bespitzelung und Ausforschung nicht nur, aber auch im Internet öffentlich machte, hatten sich viele Linke eine größere öffentliche Reaktion erwartet. Massen erschütterter Bürger_innen hätten schreiend durch die Städte ziehen und staatliche Gebäude angreifen müssen. Nichts dergleichen geschah. Auch in der Linken gab es kaum Reaktionen. Wenn überhaupt wurde mit den Schultern gezuckt: Im Prinzip haben wir das doch alles eh schon vermutet, nur nicht jedes Detail gekannt. Und damit zurück zum kleinen Tagesgeschäft.

Unabhängig von der Frage, wie dieser alle Menschen betreffende Komplex hätte genutzt werden können (und vielleicht immer noch genutzt werden kann), um staats- und kapitalismuskritische Positionen in einer breiteren Öffentlichkeit auszubauen, hätte auch eine innerlinke Auseinandersetzung mit den Enthüllungen und unseren Kommunikationswegen stattfinden müssen. Vielleicht kann ja der Schwerpunkt dieser *RHZ*-Ausgabe zumindest ein paar Gespräche anstoßen. Denn was uns Edward Snowden und seine Unterstützer_innen über die Aktivitäten des US-amerikanischen Schnüffeldienstes NSA (National Security Agency), des britischen Pendants GCHQ (Government Communications Headquarters) und der befreundeten Dienste wie BND (Bundesnachrichtendienst) und VS (Verfassungsschutz) mitteilten, ist wahrlich nicht zum Schulterzucken geeignet.

So kann die NSA nach den geltenden gesetzlichen Konstruktionen der USA ohne richterliche Anordnung Telekommunikations- und auch Internetunternehmen zwingen, ihr Zugang zur persönlichen Kommunikation jedes und jeder Nichtamerikaner_in weltweit zu geben. Damit kann sie alle seine oder ihre Telefonate, Facebook-Chats, Google-Suchen, Yahoo-E-Mails und so weiter abrufen. Auch das massenhafte


flickr/YuriYuSamoilov (CC BY 2.0)

Sammeln von Metadaten ist dank des Patriot Acts und seiner weitreichenden Auslegung keinerlei richterlichen oder sonstigen Kontrolle unterworfen.

IT-Unternehmen und Geheimdienste Hand in Hand

Die Snowden-Dokumente machen deutlich, wie eng die Privatunternehmen mit der NSA zusammenarbeiten. Am besten zeigt dies das Beispiel Microsoft, ähnlich läuft es bei den meisten anderen Unternehmen. Microsoft wirbt für seine Produkte mit Slogans wie „Ihre Privatsphäre hat bei uns Priorität" oder „Wir halten es für wichtig, dass Sie die Kontrolle darüber haben, wer Zugang zu Ihren persönlichen Daten in der Cloud haben darf." Doch hinter den Werbebotschaften ist das Unternehmen geradezu übereifrig, der NSA Zugang zu mehreren seiner populärsten Dienste zu verschaffen – etwa zu Skype, Outlook und OneDrive (vormals SkyDrive). Mit letzterem speichern und bearbeiten rund 250 Millionen Menschen online Daten. In einem der von Snowden veröffentlichten NSA-Papiere heißt es: „Seit 7. März 2013 sammelt nun PRISM im Rahmen des Programms PRISM Standard Stored Communications Daten von Microsoft Skydrive für einen abgefragten Sektor. (...) Dieser Erfolg ist das Ergebnis monatelanger Zusammenarbeit des FBI mit Microsoft, um diese Lösung für die Abfrage und die Sammlung zu installieren."

Über Skype, 2011 von Microsoft aufgekauft, jubelte die NSA in einem Memo vom 3. April 2013: „PRISM ist nun in der Lage, Skype-Kommunikationen zu sammeln. (...) Die SSO geht davon aus, auf Kontaktlisten, Kreditkarten-Infos, Anrufprotokolle, Benutzerkonten-Infos und weiteres Material zugreifen zu können. (...) Die PRISM-Skype-Sammlung hat sich in weniger als zwei Jahren zu einem unerlässlichen Bestandteil der NSA-Berichterstattung entwickelt."

Mitte 2012 rüstete Microsoft sein E-Mail-Portal Outlook nach, um alle seine Kommunikationsdienste – darunter auch das viel genutzte Hotmail – in einem zentralen Programm zusammenzufassen. Die NSA hatte Sorge, dass ihr die Verschlüsselung, die Microsoft den Outlook-Kund_innen anbot, den Zugang zum Datenverkehr blockieren könnte. Aber bereits am 26. Dezember 2012 konnte die NSA in einem Memo feststellen: „Am 31. Juli begann Microsoft (MS), den webbasierten Chat mit der Einführung des neuen Outlook.com-Dienstes zu verschlüsseln. Diese neue Verschlüsselung – Secure Socket Layer (SSL) – hat die Gewinnung von Daten aus dem neuen Dienst (...) (bis zu einem gewissen Grad) für die Geheimdienste praktisch unmöglich gemacht. MS hat in Zusammenarbeit mit dem FBI eine Überwachungsmöglichkeit für das neue SSL entwickelt. Diese Lösungen wurden erfolgreich getestet und am 12. Dez. 2012 in den Echtbetrieb aufgenommen."

Auf soziale Online-Netzwerke wie Facebook und Twitter dagegen greift die NSA mit dem Programm XKeyscore zu. Das funktioniert so einfach wie die E-Mail-Durchsuchung: Ein_e Analyst_in gibt beispielsweise auf Facebook den gewünschten Namen ein, dazu den Datumsbereich der zu untersuchenden Aktivitäten, und schon liefert XKeyscore sämtliche Informationen, die das Profil enthält: Nachrichten, Chats, Kontakte, Fotos, private Beiträge. Allein im Dezember 2012 sammelte die Abteilung SSO der NSA auf diese Weise 41 Milliarden (!) Datensätze. Das Programm speichert den vollständigen Inhalt einer Seite drei bis fünf Tage lang, so dass Analyst_innen zeitlich zurückgehen und vollständige Sessions wiederherstellen können. „Interessanter" Inhalt kann dann extrahiert und in Datenbanken dauerhaft gespeichert werden.

In einem entsprechenden Memo vom 11. März 2011 feiert die NSA das Programm BLARNEY: „BLARNEY hat erste wesentlich bessere und vollständigere Facebook-Inhalte geliefert. Das ist ein wichtiger Schritt nach vorn und steigert die Möglichkeiten der NSA, (...) Facebook abzuschöpfen. Die Aktion wurde vor sechs Monaten in Partnerschaft mit dem FBI begonnen, um

das Problem eines unzuverlässigen und unvollständigen Facebook-Sammelsystems anzugehen. Damit hat die NSA nun Zugang zu einem breiten Spektrum von Facebook-Daten mittels Kontroll- und Suchvorgängen. OPIs sind begeistert, weil sie nun kontinuierlich viele Content-Felder erhalten, etwa Chats, die bisher nur gelegentlich zur Verfügung standen. Manche Contents werden völlig neu sein, zum Beispiel Teilnehmer-Videos. Insgesamt wird das neue Facebook-Sammelsystem eine gute Chance zum Ausspähen unserer Ziele bieten – von der Ortung auf der Grundlage ihrer IP-Adressen und des User Agent bis hin zum Sammeln sämtlicher privaten Kommunikation und zur Profilinformation."

Alles nicht so schlimm?

Ob nun gerade der eigene Account für Geheimdienste so wichtig ist, dass gerade er nicht nur routinemäßig abgegriffen, sondern auch konkret von einem Menschen ausgewertet wird, ist irrelevant. Zu wissen, dass es technisch möglich ist und permanent und massenhaft passiert, aber darauf zu hoffen, dass es gerade eine_n selbst nicht betrifft – was im Übrigen niemals überprüfbar ist – ist schon absurd. Immerhin haben in Spanien solche Ausforschungen schon zu konkreten Verhaftungen geführt.

Ähnliches wie für die oben ausführlicher dargestellten gilt in unterschiedlichem Maße auch für alle anderen Online-Angebote, egal wie viel uns die Anbieter über Sicherheit, Privatsphäre und eigene Möglichkeiten der Verschlüsselung erzählen. Und all diese Daten gibt die NSA an verschiedenste Dienste der USA und befreundeter Nationen weiter – auch an die deutschen Dienste.

Alles nicht so schlimm? Doch, alles sehr schlimm. Denn (auch vermeintlich private) Aktivitäten linker Menschen in den Online-Netzwerken müssen zwar nicht immer konkrete Ermittlungen unterstützen. Und sie müssen auch nicht zwingend politische Strukturen abbilden und damit offenlegen. Aber auch aus selektiven und privaten Aktivitäten, aus Urlaubsbildern oder schon den feststellbaren Online-Zeiten lassen sich Muster erstellen und damit (oder bei Abweichungen von ihnen) Bewegungen, Handlungen oder Verhalten erkennen oder vorhersagen. Auch das erhöht das Repressionsrisiko. Mal ganz unabhängig davon, dass Überwachung an sich auch zu Einschüchterung und damit Anpassung führt. Und wieder ganz konkret: Die britische Polizei experimentiert gerade recht erfolgreich damit, nicht zuzuordnende Bilder von Überwachungskameras mit Bildern auf Facebook abzugleichen, um so Menschen identifizieren zu können. Da genügt, in Verbindung mit den durch Metadaten feststellbaren Beziehungen, manchmal schon ein Gruppenbild von einer Party.

Selbstverständlich wird jede_r Leser_in Überwachung, Ausspähung, Manipulation ablehnen. Dafür (beziehungsweise dagegen) schreiben wir Flugblätter und Artikel, demonstrieren wir. Aber warum machen wir es den staatlichen und privatwirtschaftlichen Stellen dann in unserer täglichen Praxis so leicht, so viel über uns zu erfahren? Was aber soll oder kann unsere Konsequenz aus all dem so gern verdrängten Wissen um unsere Ausspähung und unsere eigene Komplizenschaft sein? Paranoia schieben? Den Stecker ziehen und raus aus diesem Internet (das wird sowieso bald wieder vergehen)?

Zumindest sollten wir als Menschen mit einem emanzipatorischen Anspruch die Angriffe auf uns nicht noch erleichtern. Dazu müssen wir nicht raus aus dem Internet und zurück zur Wandzeitung. Auch das Internet ist eine Plattform, auf und um die politisch gekämpft werden muss. Aber eine richtige Parole ist sicher die von Nadir verkündete: Raus aus Facebook! Denn einen „korrekten" Umgang mit Facebook gibt es nicht. Filter einschalten und Pseudonyme verwenden kann nicht Entstehung, Erkennung und Verknüpfung von Metadaten verhindern.

Druck ausüben, Alternativen nutzen, Eigenverantwortung zeigen

Wer es ablehnt, die – wie bequemen auch immer – Dienste der IT-Unternehmen in Anspruch zu nehmen, die mit der NSA und ihren Partnern zusammenarbeiten oder aber sich und die Daten ihrer Nutzer_innen nicht sichern wollen oder können, übt Druck aus. Andere Unternehmen oder Projekte, die tatsächlich einen Schutz der Privatsphäre anbieten wollen und können, werden so gestärkt – RiseUp beispielsweise, systemausfall.org, SO36.net, free.de, systemli, aktivix.org, immerda.ch, autistici, sindominio und viele andere. Die Liste der Alternativen zu GMX, Yahoo, Google und Microsoft ist lang. Außerhalb der sozialen Netzwerke, im klassischen E-Mail-Verkehr etwa, sollten auf jeden Fall Verschlüsselungsmethoden wie PGP und Browser-Anonymisierer wie Tor genutzt werden.

Wir stehen zwischen den beiden Polen Bequemlichkeit und große Reichweite einerseits und Offenlegung der eigenen Aktivitäten, Einstellungen und Strukturen andererseits. Und wir müssen uns positionieren, ob wir wollen oder nicht. In der Praxis läuft es auf einen Mix aus Eigenverantwortung, vertrauenswürdiger Infrastruktur (zumindest in Teilen), Verschlüsselung und Datensparsamkeit hinaus. Das durchzuhalten ist keine leichte Aufgabe. Aber Daten, die nicht online gestellt, abgegriffen und gespeichert werden, können auch nicht gegen uns verwendet werden. Offline wie online gilt: Anna und Arthur halten's Maul! ❖

■ Die NSA-Dokumente wurden zitiert nach Glenn Greenwald, Die globale Überwachung – Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen, München 2014.



flickr/Boring Lovechild (CC BY-NC-SA 2.0)

Wegbereiter eines smarten Totalitarismus?

Googles gesellschaftliche Gestaltungsmacht

Lars, Bochum

Google, Facebook, Twitter und Co. sind die idealen Dienstleister eines neuen digitalen „Panoptikums". Sie sammeln und liefern individuelle Lebensmuster und schaffen damit ein umfassendes Instrumentarium, um Verhalten zu kategorisieren, vorherzusagen und zu beeinflussen. Die Monetarisierung und Monopolisierung von Informationen verleiht diesen Diensten eine historisch noch nie dagewesene gesellschaftliche Gestaltungsmacht. Unsere „freiwillige" Teilhabe am digitalen „Dauersenden" trägt maßgeblich zu dieser Machtkonzentration bei.

Warum begeben wir uns digital-exhibitionistisch in den Zustand völliger Durchleuchtung unserer Privatsphäre? Warum liefern wir freiwillig die Datenbasis, die jegliche Überwachung zur Selektion zwischen normalem und abweichendem Verhalten benötigt? Ein trendig, handlich-mobiles Lifestyle-Smartphone ermöglicht „soziale" Teilhabe an einer nahezu allumfassenden digitalen Informationswelt. Alles in dem angenehmen Glauben, das eigene Leben und Arbeiten „smarter" kontrollieren und effizienter dirigieren zu können. Die Animation zu Selbstoptimierung und -entblößung ersetzt überkommene Kategorien eines Orwell'schen Überwachungsstaates – niemand wird zum Schweigen gebracht, sondern vielmehr zum geschwätzigen „always on" gedrängt. Dabei geben wir Kontrolle über sensible Details unserer Persönlichkeit an Dritte ab und büßen Selbstbestimmung durch eine völlig fremdbestimmte digitale Verwertung unserer permanenten Netzaktivität ein.

Erfassung und Vermessung aller Lebensabläufe

Meine über das Handy übermittelten Standorte markieren für mich „gewöhnliche" Orte. Mein über Kredit-, EC- oder Payback-Karte protokollierter Geldverbrauch hinterlässt ebenfalls eine individuelle Alltagssignatur in Höhe, Ort und Verwendungszweck meiner Ausgaben. Telefon, Email, Twitter und Facebook liefern ein nahezu vollständiges Soziogramm meiner Kontakte: Eine einfache Software stellt die Frage „Wer ist mit wem wie intensiv verknüpf?" grafisch dar. Stichwort- und semantische Analyse unverschlüsselter Kommunikation legen

den Charakter der sozialen Beziehungen offen und liefern ganz nebenbei meinen typischen „Sprachabdruck“. Schon eine Analyse weniger Monate bildet mein individuelles „Durchschnittsverhalten“ hinreichend präzise ab und macht das für mich „normale“ Verhalten vorhersagbar. Abweichungen von diesem Verhalten sind leicht detektierbar und lösen gleichsam bei Schnüffelbehörden und ökonomischen Datenverwerter*innen erhöhte Aufmerksamkeit aus.

Keine der genannten Auswertungsmethoden erfordert unmittelbaren Personalaufwand für die abhörende Behörde oder ihren privatwirtschaftlichen Partnerdienst. Niemand muss sich explizit für mich interessieren! Selbstlernende Algorithmen erledigen die Analysen über die Rechenzentren der Festplattenfarmen in der „Cloud“ automatisch und parallel für Millionen von „freiwilligen“ Datenlieferant*innen.

Wer sich ein Android-Smartphone der neuesten Generation zulegt nimmt in Kauf, dass es niemals ganz abgeschaltet ist. Denn es lässt sich komfortablerweise auf „Zuruf“ wecken und ansprechen. Neben dem Mikrofon ist auch die Kamera immer an, damit wir das Handy per Augenbewegung steuern können. Vollgestopft mit insgesamt 20 Sensoren nimmt es permanent unsere Umgebung wahr. Bei den Schnittstellen zum Datenaustausch hingegen spart der Hersteller bewusst, denn unsere Daten sollen alle in der „Cloud“, also auf Googles Festplattenfarmen, landen – unverschlüsselt, damit Google den Inhalt analysieren kann.

Fitnessarmband und Health Kit – Werkzeuge der Selbstoptimierung

Die Sensorik unserer ständigen Begleiter nähert sich dabei unserem Körper immer weiter an. Über 30.000 Apps (Anwendungsprogramme für Smartphones und Tablets), gibt es bereits zum Thema „Gesundheit und Fitness“, nochmal so viele zum Thema „Sport“ und etwa 25.000 aus dem Bereich „Medizin“. In kabelloser Verbindung zu einem der zahlreichen Fitnessarmbänder oder smarten Uhren zählen die Apps Schritte, messen Kalorienverbrauch, Puls und Blutzuckerspiegel und sagen uns, wie gut wir schlafen. Wer sie nutzt, soll genau kontrollieren, ob er die selbstgesteckten Ziele erreicht – ob es nun ums Abnehmen geht, um neue sportliche Bestleistungen oder darum, „gesünder“ zu leben. Ganz nebenbei wird auf spielerisch, smarte Weise die gesellschaftliche Doktrin der Selbstdisziplinierung und -optimierung verinnerlicht. Für moderne Leistungsträger*innen gehören die hippen Fitnessarmbänder als funktionales Lifestyle-Accessoire bereits zum Standard.

Während sich Patient*innen und Ärzt*innen bislang noch erfolgreich gegen den staatlich verordneten Funktionsausbau der elektronischen Gesundheitskarte zur digitalen Patientenakte wehren, lassen Google und Apple diesen konfliktreichen Aushandlungsprozess links liegen, indem sie das Smartphone von der Fitness- zur vollständigen Gesundheitszentrale ausbauen. Google Fit und Apples Health Kit fordern zur optimalen Gesundheitsbetreuung auf dem Smartphone die digitale Verwaltung von Arzt- und Laboruntersuchungen inklusive Medikation sowie die Eingabe der Ernährungsgewohnheiten.

Bei der Erfassung und Entschlüsselung des menschlichen Erbguts versucht Google, die Datenvorherrschaft zu erlangen. Mit der im Juni 2014 vorgestellten Zugangssoftware für Genomdateien stellte Google die wichtigste Plattform seines Projektes „Google Genomics“ vor – die „Google Cloud“ ist fortan für Analyse und Austausch von Daten der beiden weltgrößten Genomdatenbanken zuständig.

Alle Daten sind Kreditdaten – Googles „Life Operating System“

„Wir sind nicht die Kunden, wir sind die Produkte“ von Google, Facebook, Twitter und Konsorten. Begünstigt durch die Snowden-Enthüllungen und die Debatte um umfassende Ausspähung durch Geheimdienste und ihre privatwirtschaftlichen Partner*innen dringt diese Erkenntnis ganz langsam durch. Viele hatten lange geglaubt, Google sei im Wesentlichen eine Suchmaschine und die Erstellung der Datenbank aller Suchbegriffe samt „sinnvoller“ Ergebnisse diene in erster Linie der Angebots- und Wissensvermittlung.

Mittlerweile jedoch klingt es nicht mehr verschwörerisch, dass die Analyse der personalisierten Verknüpfung aller individuellen Suchanfragen das eigentliche Geschäft mit der Suchmaschine darstellt und die Suchmaschine lediglich das Herzstück für die Monopolstellung bei der Erfassung sämtlicher Lebensregungen ist. Denn hierauf gründet sich Googles Marktführerschaft bei Internet-Browsern (Google Chrome), bei Betriebssystemen für mobile Endgeräte (Android), Online-Videos (Youtube) und auf dem Bereich der Mail-Anbieter (GoogleMail). Google macht mittlerweile kein Geheimnis mehr aus dem Zugriff auf sämtliche unverschlüsselten Inhalte, die der Konzern in diesen Geschäftsbereichen sammelt. Eine von Google unerwünschte Von-Anfang-bis-Ende verschlüsselte Kommunikation ist die einzige Chance, dem zu begegnen.

Googles Finanzdienstleister „Zest“ benutzt nach eigenen Angaben sage und schreibe 80.000 verschiedene Indikatoren zur Überprüfung der Kreditwürdigkeit von Personen für seine Kund*innen und schreibt folgerichtig zum Geschäft mit der Inwertsetzung sämtlicher Lebensspuren: „Alle Daten sind Kreditdaten.“ Die Breite der erfassten Parameter lässt eine viel umfassendere „Bonitäts“-prüfung zu: Wer ist versicherungs-, bildungs- oder gesundheitsvorsorgewürdig?

In Zukunft sollen alle uns umgebenden und steuerbaren Dinge ein Betriebssystem haben und mit ihresgleichen und uns vernetzt sein. Google arbeitet aufgrund seiner Marktstellung und Finanzkraft mit Nachdruck daran, dass es sich hierbei um das Google-Betriebssystem Android handelt. So dienen die letzten Unternehmenszukäufe auf dem Bereich Thermostate, Rauchmelder, Haushaltsroboter, Überwachungskameras, selbstfahrende Autos, Satelliten, Drohnen, Internetseekabel und Internet-Ballons dazu, die eigene Systemsoftware zu platzieren und den Datenzugriff auf möglichst große Teile der Daten-Infrastruktur zu gewährleisten.

Die Beschreibung von Googles Aktivitäten wäre jedoch hoffnungslos gestrig, wenn wir den Eindruck vermittelten, die Erfassung samt Analyse personenbezogener Informationen wäre das eigentliche Ziel von Google. Es geht um mehr als Monetarisierung und Monopolisierung von Information. Es geht um nicht weniger als die Erschaffung neuer Realitäten.

Wer genauer auf das ehemalige Kernstück von Google schaut stellt fest, dass auch die Suchmaschine hochgradig manipulativ programmiert ist. Nicht nur im überkommenen Sinn möglichst zielgerichteter Werbung, sondern bezogen auf die Erreichbarkeit von Information an sich. Über den komplexen Algorithmus zur Gewichtung von Einträgen erhalten verschiedene Nutzer*innen unterschiedliche Informationen auf die gleiche Frage. Mit der Detailgenauigkeit der persönlichen Profile ist schon auf dieser Ebene eine subtile und hoch wirksame Beeinflussung von Nutzer*innen möglich. Ein anonymisierter Internetzugriff ist daher die absolute

Grundvoraussetzung, um dieser Manipulationsmöglichkeit zu begegnen.

Googles offen deklariertes Ziel ist es, diese Vorrangstellung als smart manipulativer Lebensbegleiter auszubauen. Schon bald werden wir Google nicht mehr nach Begriffen suchen lassen, sondern fragen, was als nächstes zu tun sei, so Google-Vorstand Eric Schmidt. Denn Google, so seine selbstbewusste Vorstellung, organisiert unsere gesamte Umgebung. Google widmet seit Neuem der Frage der Willensbildung und der Nachbildung menschlicher Gehirne mit dem Projekt „Google Brain" einen eigenen Unternehmenszweig.

Im Unterschied zu Orwells Überwachungsstaat geht es nicht mehr um die Beschneidung des Gedankenspielraums, also das Unterdrücken von „Delikten" im Stadium ihrer gedanklichen Entstehung, zum Beispiel durch das Eliminieren des Vokabulars zur Formulierung solcher Gedanken. Im Gegenteil, das „digitale Panoptikum", das Google, Facebook und Co. derzeit stärker bestimmen als ihre staatlichen Partnerdienste, bringt niemanden zum Schweigen, sondern ermutigt alle zum „always on" – dem digitalen Dauersenden. Statt Schweigen anzuordnen, animiert die neue Macht auf smarte Weise zur exhibitionistischen Organisierung und Optimierung des Selbst. Offenkundig wird niemand gefügig, sondern vielmehr abhängig gemacht. Keine bedrohliche, repressive Fratze, sondern die bunte, freundliche Welt der Apps wird dazu benötigt. Kreativität- und effizienzsteigernde Hilfsprogramme auf unseren Smartphones stimulieren zur „freiheitlichen" Selbstentblößung.

Ansätze von Widerstand

Wer sich gegen die Verletzung von Persönlichkeitsrechten durch das Ausspionieren jeglicher Netzdaten, gegen DNA-Datenbank und (Drohnen-)Kameraüberwachung politisch aktiv zur Wehr setzen will, sollte auch mit der Preisgabe der eigenen Alltagsdaten nicht nur sparsamer, sondern vor allem strategisch umgehen. Gerade das Zusammenführen meiner verschiedenen Aktivitäten, Interessen, Neigungen, Einkäufe, Kommunikation zu einer integralen digitalen „Identität" ist die Grundlage für die Mächtigkeit von schnüffelnden Analysewerkzeugen. Methoden des Identitäts-Splittings können mit annehmbarem Aufwand das reale Ich auf unterschiedliche digitale Identitäten „verteilen".

Wir rufen dazu auf, den richtigerweise einzufordernden Grundsätzen eines freien und anonymen Netzes angesichts der Überwachungsrealität nicht ohnmächtig und tatenlos „hinterher zu diskutieren", sondern a) die Möglichkeiten einer alltäglichen Verweigerung gegenüber digitaler Erfassung zu nutzen und b) den alltäglichen Übergriff aktiv anzugreifen.

Versuchen wir, Googles gesellschaftlicher Gestaltungsmacht ein deutliches und symbolträchtiges Zeichen entgegenzusetzen – Googles Datenbrille bietet dazu eine gute Gelegenheit, denn sie ist in breiten Teilen der Bevölkerung höchst umstritten. Google ist im Bereich des sozialen Widerstands übrigens extrem empfindlich. So war die Verunsicherung im Konzern groß, als im letzten Jahr mehrfach Googles Shuttle-Busse in San Francisco gestoppt und angegriffen wurden. Aktivist_innen hatten mit diesen Aktionen mobil gemacht gegen enorme Mietpreissteigerungen im Einzugsbereich der klimatisierten Luxus-Busse, die die solventen Google-Mitarbeiter_innen zur Konzernzentrale fahren.

Wenn wir unserem Gegenüber in der Bahn oder auf der Straße die Google-Brille absetzen, zündet die Diskussion um unfreiwillige Datenweitergabe vermutlich von selbst. Wer will schon per Bild-, Video- oder Tonaufzeichnung inklusive GPS-genauer Ortsinformation aufgenommen und auf Googles Festplattenfarmen verewigt werden? Wer will unmittelbar zum Zeitpunkt des Angeblicktwerdens per Ableich mit Googles Bilderdatenbank im Internet von jeder daher gelaufenen Datenbrillenträger_in identifiziert und gegoogelt werden?

Wir schlagen vor, die smarten Herren und Damen mit der „Google Glass" im Gesicht von der Seite anzumachen und aufzufordern, ihre Daten-Brille umgehend wegzupacken – sonst machen wir das! Ziel ist es, mit alltäglicher und schwungvoller Konfrontation den rücksichtslosen Techno-Trendsetter_innen ihr 24-Stunden-Dasein als Googles unbezahlte Datensammler_innen unattraktiv zu machen und die öffentliche Debatte um die Erfassung und Auswertung persönlicher Daten zu befeuern. In den USA kam es bereits zu handfesten Auseinandersetzungen wegen der berechtigten Sorge, heimlich aufgezeichnet oder unmittelbar „gescannt" zu werden. Viele Kneipen und Clubs beteiligen sich an der Kampagne gegen Googles „glassholes" und schmeißen Datenbrillenträger_innen zum Schutz ihrer Kundschaft raus. Nicht ohne Grund wurde die Einführung der Datenbrille in Europa auf das vierte Quartal 2014 verschoben – im Überwachungskameras gewohnten Großbritannien ist die Brille hingegen schon seit Ende Juni 2014 erhältlich. ❖

Terroristensuche auf Facebook

Deutsche Geheimdienste weiten Online-Schnüffelei massiv aus

Redaktionskollektiv der RHZ

Die deutschen Geheimdienste wollen Online-Netzwerke deutlich stärker durchkämmen als bisher. Damit wollen sie auf Facebook, Instagram, Youtube und anderswo so bezeichnete Extremist_innen und Terrorist_innen entdecken und ausforschen – selbstverständlich auch linke. Allein der Auslandsgeheimdienst BND will dafür bis 2020 insgesamt 300 Millionen Euro zusätzlich. Und das vor allem für die Inlandsüberwachung zuständige Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) baut gerade eine neue Referatsgruppe auf, die „Erweiterte Fachunterstützung Internet" (EFI).

Das ist nicht weniger als „eine strategische und organisatorische Neuaufstellung", wie BfV-Präsident Hans-Georg Maaßen mitteilte. Die EFI soll mit ihren 75 Vollzeitstellen in sechs Referaten, angesiedelt in Berlin und in Köln, „Verbesserung und Ausbau der Telekommunikationsüberwachung von internetgestützter Individualkommunikation" gewährleisten. Der so direkt benannte Ausbau der Überwachung sei aber trotzdem „keine Ausweitung", es werde „auch in Zukunft (…) keine anlasslosen, verdachtsunabhängigen und damit ungezielten Maßnahmen" geben. Die neuen Mitarbeiter_innen – Stellenanzeigen wurden bereits im Frühjahr geschaltet – sollten lediglich ein computergestütztes System zur Auswertung großer Datenmengen schaffen. Eine manuelle Auswertung sei wegen des großen Datenvolumens nicht mehr möglich.

Sprich: Der Geheimdienst saugt schon seit langem massenhaft Daten „anlasslos, verdachtsunabhängig und damit ungezielt" aus dem Internet und den so genannten sozialen Netzwerken, kann sie in dieser Menge aber nicht wie gewünscht verarbeiten und auswerten. „Im Bereich der digitalen Kommunikation handelt es sich dabei um Daten, die das BfV gemäß seinen Befugnissen nach dem G-10-Gesetz bereits erhoben hat", heißt es in der Mitteilung ganz unmissverständlich[1]. Für die exzessive Extremist_innensuche im Netz berechnet das BfV allein im abgelaufenen Haushaltsjahr 2,75 Millionen Euro extra, weitere Mittel wurden beantragt.

Massive Ausweitung der Online-Überwachung

Natürlich arbeitet diese große Referatsgruppe nicht nur an der öffentlich angekündigten „Auswertung von großen Datenmengen". Laut *Süddeutscher Zeitung*, *WDR* und *NDR* geht es nach einem internen Papier des Geheimdienstes um ein System eben doch zur „Gewinnung, Verarbeitung und Auswertung von großen Datenmengen aus dem Internet". Kein Wunder, dass das BfV im Frühsommer Expert_innen „zum Auffinden und zur Darstellung bestimmter Informationen aus den Individualüberwachungsmaßnahmen (zum Beispiel eines Facebook-Chats)" suchte. Auch wenn der Geheimdienst also bislang schon alles abgreift und es daher eine quantitative Ausweitung gar nicht geben muss (oder kann): Die Erschließung all dieses Rohmaterials ist eine massive qualitative Ausweitung der Online-Überwachung.

Und die betrifft selbstverständlich nicht nur Leute, die beispielsweise IS-Logos und Syrien-Reisepläne offen auf ihr Profil stellen. Denn ob eine beliebige online aktive Person zu „Extremismus" oder Terrorismus neigt oder nicht, lässt sich eben oft erst feststellen, nachdem die Kommunikation geknackt und ausgewertet wurde. Und zum weiteren Ausbau soll die EFI nicht nur neue strategische und technische, sondern auch rechtliche Methoden der Informationsauswertung und -analyse entwickeln. Die Möglichkeiten des Geheimdienstes sollen also durchaus erweitert werden.

Dabei setzt das BfV auch auf die Kompetenz des „Strategie- und Forschungszentrums Telekommunikation", das bereits 2011 im Bereich des Bundesinnenministeriums gebildet wurde. Zum anderen will der Dienst aber ganz nebenbei die Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) mit dem System „Perseus" ausbauen. Das betrifft einerseits Internetkommunikation (E-Mail, Chatprotokolle, Websessions und Datentransfere). Andererseits steckt in diesem Paket aber auch die Aufbereitung der klassischen Telefonie (Sprache, Telefax, SMS), die damit noch besser gelingen soll – durch automatisierte Bearbeitung, aber alternativ auch durch andere Entschlüsselungswerkzeuge.

Neben der herkömmlichen anschlussbasierten Überwachung sollen dazu „darüber hinausgehende TKÜ-Varianten" zum Zuge kommen. Dazu zwinge den Geheimdienst die „Nomadisierung" des Nutzer_innenverhaltens, die Internationalisierung der angebotenen Dienste, die Verschlüsselung der Kommunikation sowie die mangelnde Verpflichtbarkeit ausländischer Provider. Das riecht nach dem massenhaften Einsatz von Trojanern. Und auch Formulierungen wie „konspirative informationstechnische Überwachungsmaßnahmen" von Online-Diensten (Server-TKÜ, Foren-Überwachung und E-Mail-TKÜ) deuten auf einen Ausbau der technischen Fähigkeiten hin.

Außerdem soll die EFI mit anderen Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten und Daten und Erkenntnisse austauschen – eine nationale oder inhaltliche Begrenzung gibt es im EFI-Konzept nicht. Das BfV verweist zwar auf die durch den Grundgesetzartikel 10 gegebene rechtliche Begrenzung. Doch wie in einem Dokument der NSA vom Januar 2013 zu lesen ist, sind deutsche Dienste gern bereit, bei der Umsetzung des so genannten G-10-Gesetzes „Risiken" einzugehen. Und sie suchen laut NSA selbstständig nach „neuen Möglichkeiten" der Zusammenarbeit. Eine Ausweitung der Schnüffelei auf Facebook, Youtube & Co. will der deutsche Inlandsgeheimdienst in all dem aber nicht erkennen. ❖

1 Der verbreitete, aber sinnentstellende Name „G-10-Gesetz" steht für das „Gesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes" von 1968. Es regelt die Befugnisse der deutschen Nachrichtendienste zu Eingriffen in das durch Artikel 10 des Grundgesetzes garantierte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.



Offline Aussagen verweigern, online alles offenlegen?

Beispiele aus der Praxis

Redaktionskollektiv der RHZ

Dass Polizei und Staatsanwaltschaft (und auch die diversen Geheimdienste) mit Interesse Homepages von linken Strukturen auswerten und gegebenenfalls gegen sie verwenden, ist nichts Neues. Erinnert sei hier nur an die unzähligen Verfahren gegen Menschen, die sich auf der Homepage von „Castor? Schottern!“ öffentlich zum aktiven Protest gegen einen Castor-Transport bekannt hatten.

Aber in der Unterstützungspraxis der Roten Hilfe e.V. gibt es auch immer wieder Fälle, in denen Facebook, Twitter & Co. die Ermittlungsarbeit der Polizei erleichtert oder überhaupt erst ermöglicht haben. So bei einem Fall aus Göttingen: An Silvester 2013 sollen hier Burschenschaftler mit Böllern beworfen worden sein. Diese hielten den vermeintlichen Täter fest, letztlich konnte er ihnen aber entkommen. Allerdings hatte in dieser Situation einer seiner Freunde den Namen des Genossen gerufen. Mit dieser Information suchten die Burschis den Genossen dann bei Facebook – mit Erfolg. So kamen sie an seinen Familiennamen und weitere Daten und konnten ihn dann namentlich bei der Polizei anzeigen. Die polizeilichen Ermittlungen, die sonst erst einmal gegen Unbekannt geführt worden wären und vielleicht ergebnislos geblieben wären, wurden so ganz massiv erleichtert.

In einem anderen der Roten Hilfe e.V. bekannt gewordenen Fall durchsuchte die Polizei selbst die von einem Genossen und seinem sozialen und politischen Umfeld errichtete Online-Struktur: Gegen Unbekannt war wegen Körperverletzung Anzeige erstattet worden. Immerhin konnten Zeug_innen aber die Freundin des angeblichen Täters identifizieren. Die Polizei durchsuchte daraufhin den Facebook-Account der Freundin nach ihren Kontakten und fand so den Genossen, der dann identifiziert werden konnte. In der Folge wurde gegen ihn ermittelt und Anklage erhoben. Letztlich gab es einen Freispruch wegen Notwehr.

Auch in vielen weiteren Fällen dürften die eigenen Auftritte in den so genannten sozialen Netzen polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen oder geheimdienstliche Analysen erleichtern oder überhaupt erst ermöglichen – unabhängig davon, ob es unseren Genoss_innen bekannt ist oder nicht und unabhängig davon, ob sie es beim Stellen eines Unterstützungsantrags erwähnen oder nicht. Die so wichtige Aussageverweigerung im direkten Kontakt mit Polizei und Staatsanwaltschaft wird so zumindest in Teilen entwertet oder ganz ad absurdum geführt. Und bei dieser Form der Offenlegung der eigenen Strukturen und Aktivitäten erweisen sich eben auch auf den ersten Blick völlig unproblematische Angaben und Beziehungen als möglicherweise entscheidend für den Erfolg der Repression gegen uns. ❖

Twittern für die Anti-Antifa?

Auch Nazis werten linke Online-Aktivitäten aus

Redaktionskollektiv der RHZ

Nicht nur staatliche Repressionsorgane interessieren sich brennend für linke Äußerungen und Strukturen im Netz. Auch für faschistische Gruppen und Personen können linke Online-Präsenzen eine wahre Goldgrube sein, auch und besonders für Anti-Antifa-Aktivist_innen.

Ein nur auf den ersten Blick nicht allzu bedrohlich wirkendes Beispiel ist das eines rechten Berliners, der die Twitter-Accounts vor allem linker Aktivist_innen, Journalist_innen und Organisationen filzt. Darauf aufbauend hat er eine umfangreiche Datenbank politischer Gegner_innen angelegt, die ständig weiter ausgebaut wird. Auf seiner Homepage läuft eine Software, die automatisch Tweets crawlt, also auf bestimmte Begriffe rastert – ähnlich wie es Google und andere Suchmaschinen auch tun. Hier läuft es aber so, dass User_innen aus dem riesigen Twitter-Reich herausgefiltert und gespeichert werden, die in ihren Tweets bestimmte, Linken zugeordnete Begriffe verwenden – beispielsweise „Nazi" oder „typische" Begriffe aus der Antirassismus- oder Feminismusarbeit. Und dann landen sie mitsamt Screenshots auf der öffentlich einsehbaren und durchsuchbaren Liste der politischen Gegner_innen. Über 4.000 Twitter-Nutzer_innen und ihre Aussagen finden sich dort bereits.

Diese Liste führt nun beispielsweise viele sich als links verstehende Mitglieder der Piratenpartei (deren Mitglied auch der Initiator dieser Datenbank ist), Journalist_innen der *jungle World* (ebenso wie deren Hauptaccount) und anderer Medien, den zur Gentrifizierung forschenden Wissenschaftler Andrej Holm, den Berliner Abgeordneten Hakan Tas von der Partei Die Linke, die Initiative „Fußball gegen Nazis" und die Gruppen „Antifa Heidekreis" und „Antifa Union Dortmund". Dazu kommen hunderte Einzelpersonen, die in dieser Datenbank landeteten, weil sie sich auf Twitter positiv zu antifaschistischen Themen äußerten.

Zwar behauptet der Betreiber, er führe diese (öffentliche!) Datenbank mit Suchfunktion nur zu privaten Zwecken – zur Dokumentation und Recherche als Vorbereitung auf juristische Verfahren, weil er sich von einzelnen linken Twitterer_innen online gemobbt fühle. Allerdings ist genau das ein bekanntes Schema aus der Anti-Antifa-Arbeit. Und Meldungen im Netz zufolge haben sich auch andere Nazis diese Datenbank für ihre Zwecke zunutze gemacht und die dort gesammelten Namen in eigene Listen kopiert.

„Wer Nachrichten im Netz verbreitet muss sich im Klaren sein, dass sie erfasst und verwertet werden."

Allerdings hat sich der rechte Sammler, der in seinen eigenen Tweets auch schon mal davon phantasiert, seine „nach Anarchie" schreienden Gegner_innen zu „kreuzigen und ihre Köpfe auf Speeren" vor sich herzutragen, wenn sie sich außerhalb des Rechtsstaats mit ihm messen müssten, eine Verteidigung zurechtgelegt, die Linken durchaus zu denken geben sollte. So schreibt er: „Jeder der öffentlich Nachrichten im Netz verbreitet, muss sich im Klaren sein, dass diese Nachrichten erfasst, indexiert, kategorisiert und verwertet werden. Daher sollte man nur Dinge von sich publizieren, für die man auch morgen noch in den Spiegel schauen kann." Wenn auch das Hauptproblem dabei nicht die Betrachtung im eigenen Spiegel ist.

Aber es muss jedem und jeder Linken klar sein, dass eben nicht nur der für viele nur diffus wahrnehmbare staatliche Repressionsapparat in all seinen Ausformungen interessiert die linke Präsenz auf Twitter und Facebook, Flickr und Linkedin erforscht, speichert und nutzt. Auch Nazis und ihre Strukturen bedienen sich hier dankbar. Sicher auf einem technisch weniger hohen Niveau als beispielsweise der Verfassungsschutz, aber immer noch mit für uns ausreichend problematischen Ergebnissen. Mit der Benutzung von Facebook beispielsweise machen Linke nicht nur ihre eigene Kommunikation, Meinung, „Likes" transparent. Sondern, viel folgenreicher, sie decken Strukturen und sogar Einzelpersonen aus ihrem Umfeld auf, die selbst mit Facebook oder anderen Kanälen wenig oder gar nichts zu tun haben. Sie geben zumindest Teile ihres privaten und beruflichen Umfelds preis und machen sich und dieses Umfeld damit angreifbar. ❖

„Das Netz ist ein politischer Raum, um den gekämpft werden muss“

Zur Facebook-Nutzung linker Gruppen und Menschen

Nadir

Facebook (fb) ist eine der größten privatwirtschaftlichen Datenkraken unter der Sonne – eine Einschätzung, die viele teilen werden. Nutzer*innen hinterlassen auf fb mehr Daten, als das bloße Auge sehen kann. Die Datenberge werden von fb im Hintergrund systematisch durchkämmt, um Profile zu ergänzen und Querverbindungen abzuleiten.

Daten werden nie gelöscht, selbst auf Klick hin nicht. Sie werden den Augen der User*in nur verborgen. Spätestens seit den Veröffentlichungen von Edward Snowden ist klar, dass diese Daten nicht bei fb bleiben, sondern ihren Weg in die Repressionsorgane finden. Die Kritik am Gebaren von fb lässt sich noch lange fortsetzen. Wir gehen davon aus, dass das Wesentliche bekannt ist. Trotz dieser Kritik wird fb von linken Gruppen zur Mobilisierung benutzt. Begründet wird dies mit der „Reichweite“, die eine Kampagne auf fb entwickeln kann oder auch mangelnder Zeit und fehlendem technischem Know How, um Alternativen zu nutzen.

Wer glaubt, fb mit fake accounts, der Nutzung von Tor und anderen technischen Finessen „gegen den Strich“, das heißt für die eigenen Zwecke und entgegen der Intention des Unternehmens nutzen zu können, gibt sich jedoch einer Illusion hin. Zwar lässt sich fb tatsächlich halbwegs anonymisiert als webspace-provider benutzen, aber diese Nutzungspraxis lässt sich nicht auf die Adressat*innen der Mobilisierung übertragen. Die oft gepriesene Reichweite auf fb entsteht dadurch, dass Nutzer*innen „Freundschaften“ schließen, Dinge „liken“, in Gruppen aktiv sind und sich eine Reputation erarbeitet haben – nur aufgrund dieses sozialen Netzes verbreiten sich Kampagnenmobilisierungen so gut.

Wenn die Adressat*innen sich aber um ihrer eigenen Sicherheit willen ähnlich „gegen den Strich“ verhalten wie die Mobilisierer*innen – keine Freundschaften schließen, nichts liken etc. – also ebenfalls mit minimalstem Datenschatten unterwegs sind, dann bricht die Reichweite auf das Niveau einer ordinären Webseite bei einem x-beliebigen Anbieter zusammen. Mit anderen Worten: Die Mobilisierer*innen sind darauf angewiesen, dass ihre Adressat*innen fb eben nicht gegen den Strich verwenden, sondern im Sinne von fb ordentlich Daten produzieren.

Spätestens hier stellt sich die Frage, ob ein nach Verwertungsinteressen modelliertes Soziales Netz mit einer nach Emanzipation strebenden sozialen Bewegung kompatibel ist oder ob nicht vielmehr ein emanzipatorisches Soziales Netz nur aus und mit der Bewegung entstehen kann. Beispiele hierfür könnten Indymedia und das spanische Soziale Netz „Lorea“ sein.

Das Netz ist ein politischer Raum, um den gekämpft werden muss – die andere Seite ist jedenfalls schon jetzt mit Kräften dabei! ❖

„Unproblematisch, um linke Analysen mitzuteilen“

Zum Nutzen von Facebook und Twitter für linke Gruppen

Antifa Pinneberg

Wir sind Antifaschist_innen aus Schleswig-Holstein und dort in der Antifa Pinneberg organisiert. Wir wurden von der Ortsgruppe Hamburg der Roten Hilfe e. V. für eine Diskussionsveranstaltung zum Umgang mit Facebook & Co. angefragt. Vor allem deshalb, weil wir mal mehr, mal weniger Twitter nutzen, um zu mobilisieren und Nachrichten zu verschiedenen Themen zu verbreiten.

Wir sind beim Thema Facebook & Co. ganz sicher keine Expert_innen, niemand von uns nutzt Facebook oder Twitter, um privat zu kommunizieren. Auch als Gruppe nutzen wir Facebook nicht. Facebook und Twitter sind sicher gut, um schnell zu verschiedenen Themen viele Informationen zu bekommen, ungeachtet ihrer Qualität.

Wir halten beide Netzwerke nicht nur für problematisch, um über Themen zu diskutieren, sondern lehnen es als Möglichkeit ab. Für problematisch halten wir nicht, dass sich Gruppen/Initiativen wie zum Beispiel NSU-Watch auch auf Facebook und Twitter bewegen und so anderen Menschen ihre Analyse mitteilen.

Problematisch sehen wir, dass Einzelpersonen durch Kommentare/Diskussionen/Likes in diesen Netzwerken unbedacht politische Zusammenhänge offenlegen und so sich und andere gefährden.

Letztlich kann es nur heißen, seinen Facebook- und/oder Twitter-Account zu schließen. ❖

► http://antifapinneberg.blogsport.de

World Wide War

Software zur Aufstandsbekämpfung

Münchner Soligruppe für die kriminalisierten Antimilitarist_innen vom GÜZ-Camp

Im Mai 2014 berichteten die *Süddeutsche Zeitung* und andere Medien über ein technisches Aufrüstungsprogramm, das sich der BND 300 Millionen Euro kosten lassen will. Ziel ist, die Internetkommunikation in sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter in Echtzeit zu überwachen und aus den Daten Analysen über mögliche Bedrohungen für die Bundesrepublik zu erstellen. Entwickelt und weltweit vermarktet wird die benötigte Überwachungstechnik von Software- und Rüstungsfirmen. Abnehmer_innen sind vor allem Polizeibehörden und Militär, die diese Technik nicht zur „Auslandsaufklärung", sondern vor allem zur Überwachung und Aufstandsbekämpfung im Inland einsetzen.



Soziale Netzwerke töten die Revolution! Drum raus aus dem Netz und rein ins wahre Leben …

Durch die Enthüllungen des ehemaligen Geheimdienst-Mitarbeiters Edward Snowden ist bisher zumindest ansatzweise die Ausforschungspraxis von Einzelpersonen und Institutionen weltweit durch den amerikanischen Militärgeheimdienst NSA und den britischen Nachrichtendienst GCHQ öffentlich geworden. Dabei ist die Überwachung wohl vor allem auf quantitativer Ebene eine neue Dimension. Die Praxis selbst, Datenströme zu protokollieren, im Bedarfsfall zu entschlüsseln und auszuwerten und digitale Kommunikation in Echtzeit zu überwachen, ist schon länger Bestandteil der Geheimdienstarbeit vieler Länder dieser Erde.

Die Technik, die dafür notwendig ist, wird seit Jahren von zahlreichen IT-Spezialfirmen in unterschiedlichen Formaten entwickelt, angeboten und verkauft. Auch die verschiedenen Polizeibehörden der BRD kaufen diese Technologie und setzen sie ein. Zuletzt geriet der von der hessischen Firma DigiTask für das BKA entwickelte „Bundestrojaner" in die Schlagzeilen, weil er so programmiert wurde, dass seine Anwendungsmöglichkeiten gesetzliche Einschränkungen missachteten.

Weltweit gibt es mehrere hundert Anbieter_innen im IT-Sektor und Militärbereich, die sich auf diesem Markt bewegen. Sie tummeln sich auf internationalen Sicherheitsmessen, werben für ihre Produkte gerne mit Kriegsszenarien und verkaufen an jeden, der genug bezahlt. Die Reputation der Kund_innen, vorrangig staatliche Institutionen wie Polizei, Geheimdienste und Militär, spielt keine Rolle. Eine italienische Sicherheitsfirma preist ihre Trojaner mit dem Slogan an: „Der Krieg der Zukunft findet nicht auf dem Schlachtfeld statt sondern im Internet (…) In diesem Szenario ist die wichtigste Waffe Informationsgewinnung." Sie bietet für diesen Krieg Programme und Produkte an, mit denen die Computer der Gegner_innen angegriffen und überwacht werden können.

Fließende Grenzen zwischen Krieg, Aufstand und Kontrolle

Die Grenzen zwischen Krieg, Aufstand und Kontrolle sozialer Bewegungen sind in Zeiten der „asymmetrischen Konfrontationen" allerdings fließend geworden. Der Krieg der Zukunft ist in der Vorstellungswelt von Politik, Militär und Kapital nicht mehr unbedingt ein territorialer Konflikt. Die größte Bedrohung wird in Angriffen auf die digitalen Kommunikationsnetze gesehen, mit denen die materiellen Produktionsprozesse lahmgelegt werden kön-

nen. Insofern ist sowohl der Schutz der jeweiligen digitalen Netzwerke wie auch die Fähigkeit, in andere einzudringen und diese zu zerstören, von zentraler militärstrategischer Bedeutung. Auch der Krieg nach innen, die Kontrolle antagonistischer gesellschaftlicher Strukturen und sozialer Protestbewegungen wird mit diesen Waffen geführt.

Deutsche IT-Firmen wie Gamma International oder Trovicor gehören technisch zumindest zu den Weltmarktführer_innen im Bereich der Internetüberwachung. Beide haben ihren Sitz in München, einer Metropole konventioneller Rüstungsproduzent_innen wie Krauss-Maffei und EADS. Gamma und Trovicor gerieten im letzten Jahr noch vor Snowdens Enthüllungen über die NSA in die Schlagzeilen, weil sie Überwachungstechnik in Länder des „Arabischen Frühlings" verkauft hatten. Sie bieten Produkte an, mit denen einzelne Menschen überwacht werden können, indem ihre Computer und Handys mit einem Trojaner infiziert werden. Dadurch können die Anwender_innen kontrollieren und protokollieren, mit wem und worüber eine „Zielperson" kommuniziert. Es können die Passwörter ausgelesen werden, mit denen Computer oder Mails geschützt werden sollen. Es können aber auch Screenshots vom Bildschirm gemacht oder interne Geräte wie Kamera und Mikrofon aktiviert werden, um die „Zielpersonen" zu kontrollieren.

In verschiedenen Erklärungen hat der Geschäftsführer von Gamma, Martin Münch, seine Verantwortung für den Einsatz von Überwachungssoftware seiner Firma in arabischen oder asiatischen Diktaturen abgestritten. So waren in Ägypten nach dem Sturz von Mubarak Kostenvoranschläge von Gamma aufgetaucht für Installation, Betrieb und die notwendigen Schulungen vor Ort. Auf Computern von Aktivist_innen aus Bahrain wurden Trojaner von Gamma entdeckt. Dort hatte die Regierung 2011 Demonstrationen mit Hilfe saudischer Panzer (von Krauss-Maffei aus München) niederschlagen lassen. Das geplante Geschäft mit Ägypten sei nie zustande gekommen, behauptet Münch. Die Software, die in Bahrain eingesetzt wurde, sei vorher auf einer Sicherheitsmesse den Mitarbeitern seiner Firma gestohlen worden.

Gegenüber der *Süddeutschen Zeitung* wurde Münch geradezu philosophisch: „Software foltert keine Leute." Er könne die Aufregung nicht verstehen. „Ich finde es gut, dass die Polizei ihren Job macht." Das will er wenigstens dem deutschen BKA ermöglichen. Nach der DigiTask-Pleite mit dem alten „Bundestrojaner" soll nun eine Version des Gamma-Programms „FinFisher" an die Wiesbadener Schnüffelbehörde ausgeliefert werden, die aber noch „den gesetzlichen Vorgaben der Bundesrepublik angepasst" werden müsse.

Die Überwachungspraxis mit diesen „Remote Control Systems" wird in Fachkreisen als „Lawful Interception" (rechtmäßige Überwachung) bezeichnet. Es werden aber auch „Monitoring-Systeme" eingesetzt, die zum Beispiel im größeren Stil die Aufenthaltsorte bestimmter Handys überwachen. Kommt es zu einer Ansammlung von mehreren als verdächtig registrierten Nummern auf engem Raum oder in der Nähe bestimmter Orte, gibt das System eine Alarmmeldung: „Bad-Guy-Gathering". Es können die Datenströme im Internet in Echtzeit ausgewertet werden, um zu beobachten, ob bestimmte Webseiten besucht werden, Schlagwörter benutzt oder Verschlüsselungstechniken genutzt werden. Dann lässt sich schnell herausfiltern, von welchen Anschlüssen diese Kommunikation ausgeht. Solche „Deep Packet Inspection" (DPI) Systeme werden zum Beispiel von der Leipziger Firma Ipoque angeboten oder von der französischen Firma Amesys, die ihr DPI-System EagleGlint an Ghaddafis Geheimpolizei nach Libyen geliefert hat. Ihre deutsche Niederlassung hat sie – der Weltgeist zwinkert – in München.

Schnüffeln für Syrien, Bahrain und Bayern

Die ebenfalls in München ansässige Firma Trovicor ist 2009 aus der Auflösung der Geschäfte der Siemens-Tochter Nokia Siemens Networks hervorgegangen und hat auch deren Kund_innen übernommen. Dazu zählen an prominenter Stelle die Regierungen von Iran und Syrien. 2012 berichtete das ARD-Magazin „Fakt" über die Lieferungen von Netzüberwachungstechnik von Siemens beziehungsweise Trovicor nach Syrien seit dem Jahr 2000. Es sollen „Monitoring-Center" an die Telefongesellschaften Syriatel und STE geliefert worden sein, die Mobil- und Festnetzkommunikation überwachen. Sie können nachgerüstet werden, verspricht die Trovicor-Webseite: „Populäre Anwendungen sind beispielsweise Location Tracking, Spracherkennung und Link-Analyse."

Auf solche Dienste möchte keine Ordnungsbehörde gerne verzichten und zum Glück sind vor Gott und dem Eigentümer von Trovicor alle Kunden gleich. Neben Bahrain und den Vereinigten Arabischen Emiraten nimmt auch das seit 68 Jahren ausschließlich demokratischen Grundsätzen verpflichtete Landeskriminalamt des Freistaats Bayern die Dienste dieser Firma in Anspruch und lässt sich seine Überwachungseinrichtungen von Trovicor-Techniker_innen pflegen. Die Wurzeln dieser Zusammenarbeit liegen wahrscheinlich in der alten Verbundenheit mit dem Siemens-Konzern, von dem Trovicor auch das traditionsreiche Iran-Geschäft geerbt hat. Dort war Siemens schon seit den 50er Jahren tätig und baute das Telefonnetz auf. Bei der Gelegenheit gewährte die Firma dem deutschen Auslandsgeheimdienst BND, nur fünf Kilometer von der Siemens-Zentrale entfernt in Pullach ansässig, einen dauerhaften und exklusiven Zugang zur Überwachung des iranischen Telefonverkehrs. Gleichermaßen wurde auch mit den Telekommunikationseinrichtungen verfahren, die Siemens in anderen Ländern installierte.

Der BND unterhielt für den Zugang zu diesen Systemen auf dem Siemensgelände in der Münchner Hofmannstraße ein eigenes Büro unter der phantasievollen Bezeichnung ICM Voice & Data Recording, das 2009 von Trovicor übernommen worden sein soll. Über bestehende Verbindungen zwischen Trovicor und BND wird insofern nicht ganz zufällig spekuliert. In ihren Reaktionen auf die öffentlich gewordenen Verkäufe von Überwachungstechnik an folternde Diktaturen reagierten Siemens-Verantwortliche gerne mit dem zynischen Hinweis darauf, dass die Technik den Vorgaben des European Telecommunications Standards Institute (ETSI) entsprächen. In diesen Standards legen große Firmen wie Siemens oder Vodafone zusammen mit namhaften Geheimdiensten wie dem deutschen Verfassungsschutz und dem britischen GCHQ europaweit fest, welche Informationen aus den Telefonnetzen von den Betreiber_innen über elektronische Schnittstellen an Überwachungs- und Repressionsorgane bereitgestellt werden. Außerdem unterliege diese Technik auch keinen Exportbeschränkungen. Also alles kein Grund zur Aufregung?

Die Entwicklung von Trojanern, die sich erfolgreich und unerkannt in Computersysteme einnisten sollen, setzt das Wissen über Sicherheitslücken gängiger Soft- und Hardware voraus. Viele Firmen, die Kommunikationsüberwachungstechnik anbieten, haben ihren eigentlichen

Schwerpunkt in der Entwicklung und dem Verkauf kommerzieller Verschlüsselungs- und Anti-Viren-Programme. Das ist kein Widerspruch sondern konsequent, verfügen diese Firmen doch genau deshalb bereits über das nötige Know-how zur Herstellung von Virenprogrammen. Um immer auf dem aktuellen Stand der technischen Entwicklung zu bleiben, pflegen diese Firmen eine enge Zusammenarbeit mit profilierten Hacker_innen. Auch der Geschäftsführer von Gamma International, Martin Münch, stammt ursprünglich aus der Hackerszene und wurde vor einigen Jahren vom englischen Gamma-Mutterkonzern zunächst für Workshops und Software-Tests engagiert.

Allerdings kommen die großen Firmen auf dem Markt der Überwachung und Kontrolle direkt aus dem Bereich der Rüstungsproduktion. Der amerikanische Rüstungskonzern Boeing bietet Kommunikationsüberwachungstechnik über seine Tochter Naurus an, die unter anderem Ghaddafis Schergen in Libyen beliefert hat. EADS Defence & Security lieferte 2009 „Sicherheitssysteme zur Informationsgewinnung für organisationsübergreifende Einsätze“ von Polizei und Militär in die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie könnten auch Aufstandsbekämpfungstechnik genannt werden.

Cyber-War aus dem Hause Siemens

Siemens lieferte nicht nur Überwachungstechnik in den Iran, mit der das Regime soziale Proteste kontrollieren will, sondern auch die Steuerungsgeräte für die Uranzentrifugen – wesentliche Bausteine im iranischen Atomprogramm – die vor drei Jahren mit dem Computervirus Stuxnet angegriffen wurden. Programmiert wurde der Virus höchstwahrscheinlich vom amerikanischen Militär. Fachleute gehen davon aus, dass auch Ingenieur_innen von Siemens daran beteiligt gewesen sein müssen, indem sie den Programmier_innen ihr Wissen über die Funktionsweise und Sicherheitslücken der Steuerungsgeräte zur Verfügung gestellt haben.

Stuxnet ist nur ein Beispiel für das, was sich Militärstrateg_innen unter Cyber-War vorstellen: die Zerstörung der Infrastruktur anderer Länder über das Internet. Auch die Bundeswehr rüstet sich inzwischen für dieses Kampffeld. In der Tomburg-Kaserne bei Bonn wird seit 2006 die Abteilung „Computernetzwerkoperationen“ aufgebaut, die die Aufgabe hat, im Ernstfall gegnerische Informations- und Kommunikationsnetze umfassend anzugreifen und zu zerstören. Und im letzten Jahr wurde an der Münchner Bundeswehrhochschule ein „Cyber Defense“-Forschungszentrum eingerichtet, in dem Militär, Industrie, Geheimdienste und Wissenschaft gemeinsam „Sicherheitslösungen gegen Cyber-Angriffe“ entwickeln wollen.

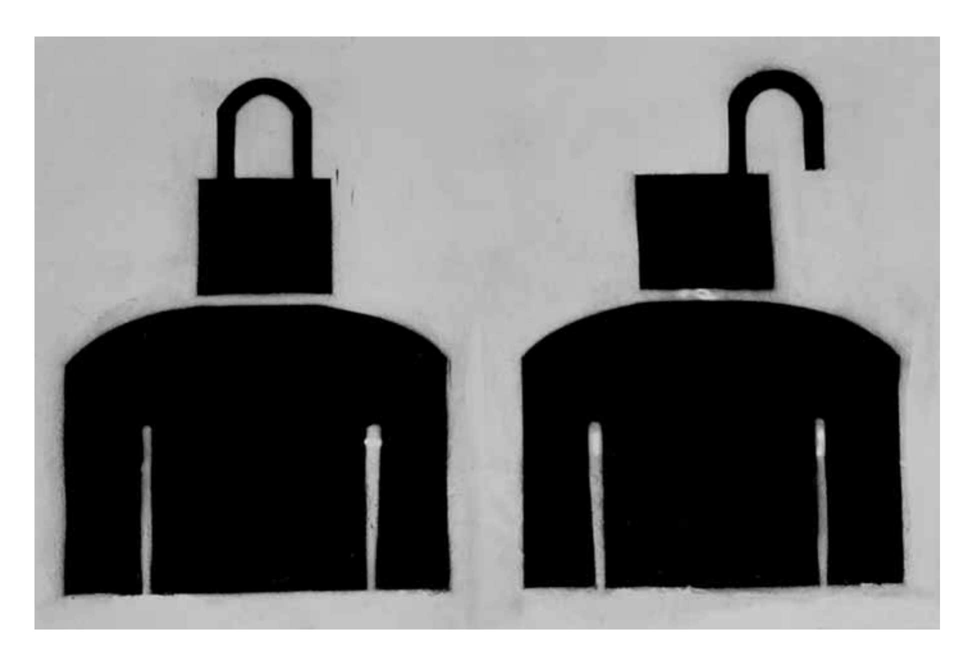
Hier wird auch eine vom BND beauftragte Studie zur „Automatisierten Beobachtung von Internetinhalten“ erstellt, mit deren Hilfe der BND im Rahmen der so genannten „Strategischen Initiative Technik“ in den nächsten Jahren seine Möglichkeiten ausbauen will, Weblogs, Foren und Portale wie Facebook und Twitter systematisch in Echtzeit zu beobachten und auszuwerten. Durch die Überwachung könne man sich ein genaueres Bild über die Lage im Ausland verschaffen, behaupten die Schnüffler_innen. Dass soziale Netzwerke nicht an nationale Grenzen gebunden sind, sollte allerdings auch in Pullach bekannt sein. Dass dort dann Daten von deutschen Staatsangehörigen vor der Analyse oder sogar schon während der Überwachung herausgefiltert und gelöscht werden, darf getrost bezweifelt werden.

Das Gejammer über den befürchteten „technischen Rückstand“ gegenüber NSA und GCHQ ist nicht glaubwürdig. Der BND ist seit Jahren in enger Kooperation mit diesen Diensten verbunden und die von ihnen eingesetzte Technik steht auch den deutschen Geheimdiensten zur Verfügung. Die Vorstellung, deutsche Datenschutzbestimmungen und klamme Kassen hätten uns bisher eine Massenüberwachung durch die eigenen Geheimdienste erspart, ist lächerlich.

Der nach dem 11. September 2001 begonnene weltweite „Krieg gegen den Terror“ ist zu einem Label geworden, mit dem der Drohnenkrieg in Pakistan und Jemen genauso gerechtfertigt wird wie die globale Kommunikationsüberwachung durch die verschiedenen Nato-Geheimdienste. Das Geschwätz von einem „Supergrundrecht Sicherheit“, zu dessen Verwirklichung alle anderen Grundrechte von Geheimdiensten und Militär jederzeit, überall und für alle ausgesetzt werden können (immerhin gilt das gleichermaßen für Staatspräsidenten und Kanzlerinnen wie für Bürgerrechtsaktivist_innen oder Facebook-User_innen) verweist darauf, dass es tatsächlich um die Sicherung von Herrschaft mit allen verfügbaren Mitteln geht.

In den als „asymmetrisch“ definierten Konfrontationen wird die umfassende Überwachung aller Menschen, die Kontrolle ihrer sämtlichen physischen und sozialen Äußerungen und Bewegungen als zentrales Mittel der Prävention gesehen und eingesetzt. Wer sich ein Bild von der geplanten Vernetzung der verschiedenen Überwachungstechniken zur Kontrolle und Aufstandsbekämpfung in der EU machen möchte, kann einfach mal den Wikipedia-Artikel zum EU-Forschungsprojekt INDECT lesen.

Der Widerstand gegen die bereits heute praktizierte Überwachung beginnt mit der Verweigerung, die persönlichen Daten freiwillig herzugeben. Egal ob beim Surfen im Netz, durch elektronische Kommunikation oder bargeldlosen Konsum. Eine umfassendere Widerstandsstrategie und -praxis fehlt allerdings bisher in der radikalen Linken weitgehend. Das müssen wir schnell ändern. ❖



ROTE HILFE E.V. LITERATURVERTRIEB

Postfach 6444, 24125 Kiel
Telefon & Fax 04 31/75141
Öffnungszeiten:
Dienstag: 15–18 Uhr
Donnerstag: 17–20 Uhr
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Postbank Hamburg BLZ 200 100 20
Konto 35 50 92 02

IBAN DE9720010020035509202 BIC PBNKDEFF

Der vollständige Bestand des Literaturvertriebs ist online unter www.rote-hilfe.de/literaturvertrieb einsehbar

Die Rote Hilfe
Bundesweites Quartalsmagazin der Roten Hilfe e.V.; regelmäßige Berichterstattung über die Rote Hilfe, Prozesse und Ermittlungen sowie Entwicklungen im Polizei- und Justizapparat. Aktuelle Schwerpunktthemen.
60–80 S. DIN A4.
4,- Euro (für Mitglieder kostenlos)

INTERNATIONALES



Mumia Abu Jamal – Der Kampf gegen die Todesstrafe und für die Freiheit der politischen Gefangenen.
Bibliothek des Widerstandes, Bd.14. Laika-Verlag 2011. Hardcover. 269 S. mit DVD: HINTER DIESEN MAUERN, J. Burjes, H. Kleffner. BRD 1996. 70 Min. / IN PRISON MY WHOLE LIFE, M. Evans, USA 2007. 90 Min. OmU. / JUSTICE ON TRIAL, K. Esmaeli, USA 2011. 25 Min.
24,90 Euro

Indian War
Der Fall des indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier.
Martin Ludwig Hofmann. 2005. Atlantik-Verlag.
Paperback. 179 S.
13,- Euro

20 Jahre PKK-Verbot
Eine Verfolgungsbilanz
Azadî e.V., Rechtshilfefonds für Kurdinnen und Kurden in Deutschland. 2013.
Brosch. A4, 88 S.
Gegen Spende!

How many more years ?
Haft in den USA. Biografie des politischen Gefangenen Ruchell „Cinque“ Magee.
Mark A. Thiel. 2000. Atlantik-Verlag.
Paperback. 252 S.
4,- Euro (Sonderpreis)

Das Massaker am 19. Dezember 2000 in den türkischen Gefängnissen.
UPOTUDAK. Internationales Solidaritätskommitee mit den politischen Gefangenen.
Zweisprachig auf deutsch und türkisch.
ATIK – Konföderation der Arbeiter aus der Türkei und Europa (Hg.)
Brosch. 42 S.
Gegen Spende

Zehn Jahre grenzüberschreitende Kurdenverfolgung
Beiträge für eine Menschenrechtschronik.
Eberhard Schulz. 1998. GNN-Verlag.
Paperback. 124 S.
1,- Euro (Sonderpreis)

BEWEGUNGEN UND REPRESSION



Das solidarische Band
Drinnen & Draussen Enger Knüpfen
Gesammelte Texte des Gefangenen Oliver R.
Rote Hilfe Dresden (Hg.). 2014.
Paperback. 118 S.
4,00 EUR

Freilassung für die politischen Gefangenen der RAF
Rote Hilfe e.V.. 2000.
Brosch. A4. 67 S.
0,50 Euro (Sonderpreis)

Stammheim
Der Prozeß gegen die Rote Armee Fraktion. Die notwendige Korrektur der herrschenden Meinung.
Pieter Bakker Schut. 2007.
Pahl-Rugenstein.
Paperback. 685 S.
19,95 Euro

Reden vor Gericht
Plädoyers in Text und Ton.
Heinrich Hannover. 2010.
PapyRossa.
Einband. 276 S.
22,- Euro

NachrICHten aus dem Strafvollzug
Essays und Gedichte von Thomas Meyer-Falk. J. Gotterwind (Hg.).
2010. Blaulicht-Verlag.
Paperback. 164 S.
9,90 Euro

Ohne Zweifel gegen den Angeklagten
Erklärungen vor Gericht.
Rainer Recke. 1997. Aktiv-Druck.
Paperback. 455 S.
16,36 Euro



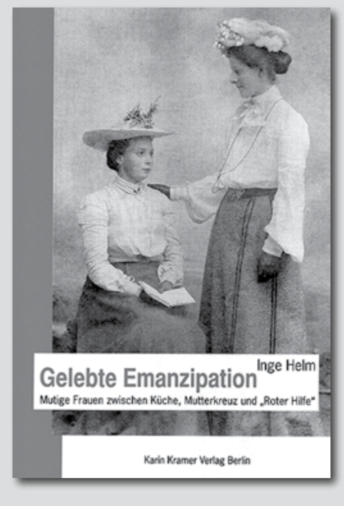
Vom Armeeeinsatz bis Zensur
Ein ABC der Repression. G8-Gipfel 2007. Rote Hilfe. 2007. Brosch. A4. 75 S.
1,- Euro (Sonderpreis)

BEWEGUNGEN UND §§ 129/A/B

Der Hunger des Staates nach Feinden
Die Geschichte der Paragrafen 129, 129a und 129b und ihre Anwendung gegen die radikale Linke.
Rote Hilfe. 2009.
Brosch. A4. 80 S.
3,- Euro

Das zarte Pflänzchen der Solidarität gegossen
Eine Nachbereitung zu den Verfahren und dem Prozess wegen Mitgliedschaft in der militanten gruppe (mg).
Bündnis für die Einstellung der 129(a)Verfahren. 2011.
edition assemblage.
Paperback. 86 S.
4,80 Euro

GESCHICHTE DER ROTEN HILFE



Gelebte Emanzipation
Frauen zwischen Küche, Mutterkreuz und „Roter Hilfe“. Inge Helm. 2008.
Karin Kramer Verlag.
Paperback. 128 S.
14,80,- Euro

Die Solidarität organisieren
Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968. Mit einem Geleitwort von Karl Heinz Roth.
Hartmut Rübner. 2012. Plättners Verlag. Paperback. 304 S.
16,80 Euro

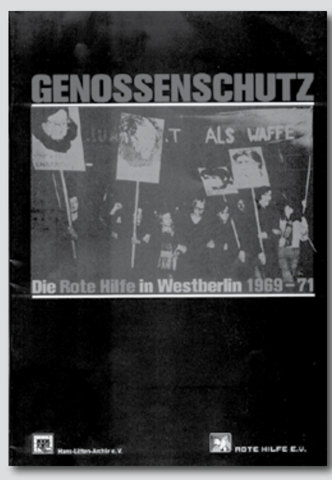


Das Prinzip Solidarität (Band1)
Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD (Band 1)
Bambule (Hg.). 2013. Laika-Verlag.
Paperback. 400 S.
21,- Euro

Das Prinzip Solidarität (Band 2)
Zur Geschichte der Roten Hilfe in der BRD (Band 2), Bambule (Hg.). 2013.
Laika-Verlag. Paperback. 368 S.
21,- Euro

Zu Unrecht vergessen
Arbeit eines Rote-Hilfe Anwaltes in der Weimarer Republik: Felix Halle und die deutsche Justiz.
Josef Schwarz. 1997. GNN-Verlag.
Paperback. 248 S.
13,- Euro

Die Rechtsanwälte der Roten Hilfe Deutschlands
Politische Strafverteidiger in der Weimarer Republik. Geschichte und Biografien von A wie Albert Aaron, Alex Heilbrun, Felix Halle, Hans Litten, Alfred Lewinsohn bis Arthur Wolff.
Schneider, Schwarz, Schwarz. 2002. Pahl-Rugenstein für die Rote Hilfe. Hardcover. 364 S.
16,- Euro



Genossenschutz
Die Rote Hilfe in Westberlin 1969–71
Rote Hilfe e. V. und Hans-Litten-Archiv e. V. 2011.
Brosch. A4. 56 S.
5,- Euro

Der Barkenhoff, Kinderheim der Roten Hilfe 1923–1932
Die Kinderhilfe, der Barkenhoff, das Kinderheim in Egelsburg, Heinrich Vogeler und die Rote Hilfe.
192 Seiten mit zahlreichen z. T. ganzseitigen farbigen Abbildungen. Gesamte Restauflage des Verlages beim Literaturvertrieb der Roten Hilfe.
Bresler, Grahn, Hoffmeister. 1991.
Softcover, durchgehend bunt.
16,- Euro



Vorwärts und nicht vergessen!
70/20 Jahre Rote Hilfe. Die Geschichte der Roten Hilfe von der Weimarer Republik bis zur Wiedergründung der Roten Hilfe 1975.
Rote Hilfe e. V.. 1996.
Brosch. A4. 61 S.
1,- Euro (Sonderpreis)

SICHERHEITSTECHNOLOGIE

Bei lebendigem Leibe
Von Stammheim zu den F-Typ-Zellen.
Nowak, Sesen, Beckmann. 2001.
Unrast-Verlag. Paperback. 174 S.
7,- Euro

Demonen
Zur Mythologie der Inneren Sicherheit.
Olaf Arndt. 2005. Nautilus-Verlag.
Paperback. 156 S.
12,90 Euro

Der rote Faden
Grundsätze der Kriminalpraxis.
Horst Clages (Hg.). 2012. Kriminalistik Verlag, Paperback. 622 S.
24,90 Euro

TROIA
Technologien politischer Kontrolle.
Olaf Arndt. 2005. Belleville-Verlag.
Paperback. 174 S.
14,80 Euro



Eurovisionen
Aspekte und Entwicklungen der europäischen Repressionsarchitekur.
Redaktionskollektiv der Hamburger Ortsgruppe der Roten Hilfe e. V. (Hg.). 2013. Laika-Verlag.
Paperback. 140 S.
17,- Euro

ANTIREPRESSION

Was tun wenn's brennt?!
Auf Demonstrationen; bei Übergriffen; bei Festnahmen; auf der Wache. Rechtshilfetipps.
Rechtshilfebroschüre der Roten Hilfe e. V.. 2013. Brosch. 36 S. A6.
Auch erhältlich auf Englisch, Türkisch, Französisch, Spanisch, Italienisch, Arabisch.
Gegen Erstattung der Versandkosten.

Fliegendes Material der Roten Hilfe e. V.
Infoflyer zu den Themen Anquatschversuche, Aussageverweigerung, Beugehaft, Pfefferspray, Hausdurchsuchung, DNA-Abgabe, Selbstdarstellung der Roten Hilfe.
Gegen Erstattung der Versandkosten.



Wege durch die Wüste
Ein Antirepressionshandbuch für die politische Praxis.
AutorInnenkollektiv (Hg.) 2007.
Unrast-Verlag. Paperback. 280 S.
9,80 Euro



Hausbesetzungen und Repression
Ein kleiner Ratgeber für die Praxis
Squatting Days Edition. Rote Hilfe Hamburg & Café de Kraak. 2014.
Brosch. 18 S.
Gegen Erstattung der Versandkosten

EXTRA-MATERIAL

Rote Hilfe-Plakat
A3; zwei Motive: „Polizei" und „Western"
Gegen Erstattung der Versandkosten

Rote Hilfe-Buttons
mit Rote Hilfe-Logo
im Glitzerlook; silber, gold, rot, pink, bunt
1,- Euro

Rote Hilfe-Feuerzeug „Was tun wenn's brennt?"
mit Rote Hilfe-Logo
1,- Euro

Rote Hilfe „... der Sampler"
Doppel-CD mit über 140 Min. Spieldauer und mehr als 35 Musiker_innen und Bands, die sich mit der Roten Hilfe solidarisieren. Der Erlös kommt zu 100 Prozent der Solidaritätsarbeit der Roten Hilfe zugute.
15,- Euro

Rote Hilfe-Aufnäher
Vier verschiedene Motive; weißer Flock auf schwarzem Stoff
„Solidarität. Rote Hilfe + Logo"; „Freiheit für alle politischen Gefangenen!!! Rote Hilfe + Logo"; „Solidarität ist eine Waffe. Rote Hilfe + Logo"; „Nicht Müsli und Quark, Solidarität macht stark!!! Rote Hilfe + Logo"
1,- Euro

Rote Hilfe T-Shirt „If the kids are united" (weiß)
Weiß mit schwarzem Aufdruck
S/M/L/XL/XXL
Hersteller: Earth Positive
Material: 100% Biobaumwolle
Preis: 15,- Euro

Rote Hilfe T-Shirt „Kettensäge" (schwarz)
Schwarz mit weißem Aufdruck
S/M/L/XL
Hersteller: Earth Positive
Material: 100% Biobaumwolle
Preis: 15,- Euro

T-Shirt „Free Mumia!"
Schwarz, grün oder rot mit weißem Aufdruck, Größen: schwarz: S, M, L, XL, XXL; grün: M, L; rot: S, M, L
8,- Euro

T-Shirt „Free Mumia Now! Weg mit der Todesstrafe!"
Schwarz mit weißem Aufdruck
Größen: S, M, L, XL sowie im Taillenschnitt (girly_er) S, M
8,- Euro

Allgemeine Bezugsbedingungen
Lieferungen gegen Vorkasse, Briefmarken, Verrechnungscheck oder Überweisung auf das Konto des Literaturvertriebes (siehe oben auf dieser Seite). Versandkostenpauschale nicht vergessen! Aus der Überweisung müssen Name des/der Bestellenden und Titel der bestellten Ware ersichtlich sein. Das Material bleibt bis zur Bezahlung nach § 455 BGB Eigentum der Roten Hilfe e. V.

Weiterverkäufer_innen, Buch- und Infoläden
Für Broschüren der Roten Hilfe gibt es ab einer Mindestmenge 30 Prozent Mengenrabatt. Regelmäßige Bezieher_innen können bei Abnahme von mindestens drei Exemplaren remittieren. Dies gilt NICHT für Materialien die mit Sonderpreis gekennzeichnet sind.

Alle Lieferungen zuzüglich Versandpauschale: 500 g = 1,50 Euro; 1 000 g = 2,50 Euro; 2 000 g = 4,50 Euro; bis 10 kg = 7,00 Euro. Bei anderen Vorstellungen oder internationalem Versand bitte Rücksprache unter literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Adressen

BUNDESVORSTAND UND REDAKTION

Rote Hilfe e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255
37022 Göttingen
Telefon 0551 / 770 80 08
Dienstag und Donnerstag 15–20 Uhr, Fax 0551 / 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
rhz@rote-hilfe.de

SPENDEN- UND BEITRAGSKONTO

Rote Hilfe e. V.
Kontonummer: 56 036 239
BLZ: 260 500 01
Sparkasse Göttingen

ORTSGRUPPEN DER ROTEN HILFE E.V.

Aschaffenburg
c/o Infoladen Aschaffenburg
Ernsthofstr. 12
63739 Aschaffenburg
aschaffenburg@rote-hilfe.de

Augsburg
Frauentorstr. 34
86152 Augsburg
augsburg@rote-hilfe.de

Berlin
c/o Stadtteilladen Lunte
Weisestraße 53
12049 Berlin
Telefon 030/62722577
berlin@rote-hilfe.de
http://berlin.rote-hilfe.de

Bielefeld
c/o Hermann Taube
Goldbach 5
33615 Bielefeld
Telefon 0521/123425
bielefeld@rote-hilfe.de
www.bielefeld.rote-hilfe.de

Bochum-Dortmund
c/o soziales Zentrum
Josephstraße 2
44791 Bochum
bochum-dortmund@rote-hilfe.de
http://bochum-dortmund.rote-hilfe.de

Bonn
c/o Buchladen le Sabot
Breite Straße 76
53111 Bonn
bonn@rote-hilfe.de
Beratung jeden 1. Montag im Monat, 19:30–20:30 Uhr im Buchladen Le Sabot

Braunschweig
c/o Antifa-Café
Cyriaksring 55
38118 Braunschweig
Telefon 0531/83828 (AB)
Fax 0531/2809920
braunschweig@rote-hilfe.de
Treffen: Jeden 3. Freitag im Monat ab 20:00 Uhr

Bremen
Postfach 110447
28207 Bremen
bremen@rote-hilfe.de
http://bremen.rote-hilfe.de

Cottbus
Postfach 100601
03006 Cottbus
Paketanschrift: c/o Infoladen Wildost, Parzellenstraße 79, 03046 Cottbus
telefonisch zu erreichen dienstags 9–12 und donnerstags 18–21 Uhr unter 0162/3671914
cottbus@rote-hilfe.de
http://cottbus.rote-hilfe.de

Darmstadt Bunte Hilfe/ Rote Hilfe e.V.
c/o LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
Telefon & Fax 06151/3919791
darmstadt@rote-hilfe.de

Dresden
Rudolf-Leonhard-Straße 39
01097 Dresden
Telefon/Fax: 0351/8115111
dresden@rote-hilfe.de
Sprechzeiten: Dienstags 19–20 Uhr

Düsseldorf-Neuss
c/o Linkes Zentrum Hinterhof
Corneliusstr. 108
40215 Düsseldorf
duesseldorf-neuss@rote-hilfe.de
http://rhduesseldorf.blogsport.de

Duisburg
c/o Jugend- und Kulturverein
Kaiser-Wilhelm-Straße 284
47169 Duisburg
duisburg@rote-hilfe.de

Erfurt
c/o Offene Arbeit Erfurt
Allerheiligenstr. 9 / Hinterhaus
99084 Erfurt
erfurt@rote-hilfe.de
http://erfurt.rote-hilfe.de

Frankfurt am Main
c/o café exzess
Leipziger Straße 91
60487 Frankfurt am Main
ffm@rote-hilfe.de
http://frankfurt.rote-hilfe.de

Gießen
Postfach 10 08 01
35338 Gießen
Telefon 0160/4073351
giessen@rote-hilfe.de

Göttingen
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen
goettingen@rote-hilfe.de
http://goettingen.rote-hilfe.de
Treffen: Dienstags 18:15 Uhr im Rote-Hilfe-Haus, Lange-Geismar-Str. 3

Greifswald
Postfach 1228
17465 Greifswald
greifswald@rote-hilfe.de
http://greifswald.rote-hilfe.de

Halle
c/o Infoladen
Ludwigstraße 37
06110 Halle
Tel. 0345/17012-42 (Fax: -41)
Sprechzeit Dienstags 18–19 Uhr
halle@rote-hilfe.de
http://halle.rote-hilfe.de

Hamburg
Postfach 306302
20329 Hamburg
hamburg@rote-hilfe.de
http://hamburg.rote-hilfe.de
Sprechzeit jeden Dienstag 19.30–20 Uhr

Hannover
c/o UJZ Kornstraße
Kornstraße 28
30167 Hannover
hannover@rote-hilfe.de
http://hannover.rote-hilfe.de

Heidelberg/Mannheim
Postfach 103162
69021 Heidelberg
heidelberg@rote-hilfe.de
http://heidelberg.rote-hilfe.de

Heilbronn
c/o Infoladen
Wollhausstraße 49
74072 Heilbronn
heilbronn@rote-hilfe.de
www.heilbronn.rote-hilfe.de
Offenes Treffen jeden 1. Dienstag im Monat, 19 Uhr, Soziales Zentrum Käthe

Jena
c/o Infoladen Jena
Schillergäßchen 5
07745 Jena
Telefon 03641/449304
jena@rote-hilfe.de
http://jena.rote-hilfe.de

Karlsruhe
Werderstraße 28
76137 Karlsruhe
karlsruhe@rote-hilfe.de

Kassel
Postfach 103041
34030 Kassel
kassel@rote-hilfe.de

Kiel
Postfach 6444
24125 Kiel
Telefon & Fax 0431/75141
kiel@rote-hilfe.de
http://kiel.rote-hilfe.de

Köln
c/o VVN-BdA Köln
Venloer Str. 440 (Toskana-Passage)
50825 Köln
koeln@rote-hilfe.de
http://koeln.rote-hilfe.de

Königs Wusterhausen
c/o H. G. A.
Postfach 11 19
15701 Königs Wusterhausen
Telefon: 0177/7420920
kw@rote-hilfe.de
http://kw.rote-hilfe.de

Landshut
c/o Infoladen Landshut
Alte Bergstr. 146
84028 Landshut
landshut@rote-hilfe.de

Leipzig
c/o linXXnet
Bornaische Straße 3d
04277 Leipzig
leipzig@rote-hilfe.de
Sprechzeit: jeden ersten Freitag im Monat: 17.30–18.30 Uhr linXXnet

Magdeburg
Kontakt über Bundesvorstand

Mainz
c/o weiter e.V.
Zanggasse 21
55116 Mainz
mainz@rote-hilfe.de

München
Schwanthalerstraße 139
80339 München
Telefon 089/4489638
muenchen@rote-hilfe.de
http://muenchen.rote-hilfe.de
Sprechzeit: Mittwochs 18–19 Uhr

Neuruppin
Postfach 11 55
16801 Neuruppin
Tel.: 01512 / 844 42 52
neuruppin@rote-hilfe.de
http://neuruppin.rote-hilfe.de

Nürnberg, Fürth, Erlangen
c/o Libresso
Postfach 81 01 12
90246 Nürnberg
nuernberg@rote-hilfe.de
nuernberg.rote-hilfe.de
Sprechzeiten: 2. und 4. Donnerstag im Monat, 19–20 Uhr
Stadtteilladen „Schwarze Katze“ (Untere Seitenstr. 1)

Oberhausen/Westliches Ruhrgebiet
c/o Linkes Zentrum
Elsässerstr. 19
46045 Oberhausen
oberhausen@rote-hilfe.de
Sprechzeiten jeden 3. Donnerstag im Monat 19–20 Uhr

Osnabrück
c/o Infoladen
Alte Münze 12
49074 Osnabrück
osnabrueck@rote-hilfe.de
http://osnabrueck.rote-hilfe.de

Potsdam
Hermann-Elflein-Str. 32
14467 Potsdam
potsdam@rote-hilfe.de

Rostock
Postfach 141011
18021 Rostock
rostock@rote-hilfe.de

Salzwedel
c/o Autonomes Zentrum
Altperverstr. 34
29410 Salzwedel
salzwedel@rote-hilfe.de

Strausberg
c/o doma e.V.
An der Stadtmauer 7
15344 Strausberg
strausberg@rote-hilfe.de

Stuttgart
Linkes Zentrum Lilo Herrmann
Böblingerstr. 105
70199 Stuttgart
stuttgart@rote-hilfe.de
http://stuttgart.rote-hilfe.de
Treffen: Jeden ersten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Linken Zentrum Lilo Herrmann

Südthüringen
c/o Infoladen Arnstadt
Plauesche Straße 20
99310 Arnstadt
sth@rote-hilfe.de

Wiesbaden
c/o Infoladen Linker Projekte
Werderstraße 8
65195 Wiesbaden
wiesbaden@rote-hilfe.de

Würzburg
Postfach 6824
97018 Würzburg
wuerzburg@rote-hilfe.de
http://wuerzburg.rote-hilfe.de

Wuppertal
Postfach 130804
42035 Wuppertal
Wuppertal@rote-hilfe.de

KONTAKTADRESSEN DER ROTEN HILFE E.V.

Bodensee
Postfach 1242
88241 Weingarten
bodensee@rote-hilfe.de

Chemnitz
c/o Rothaus
Lohstr. 2
09111 Chemnitz
chemnitz@rote-hilfe.de

Freiburg
c/o KTS
Baselerstraße 103
79100 Freiburg
Telefon 0761/4097251
freiburg@rote-hilfe.de

Hameln
c/o VVN/BdA
Postfach 101230
31762 Hameln

Leverkusen
Kontakt über Buvo
leverkusen@rote-hilfe.de

Mönchengladbach
Telefon 0173/3288881
moenchengladbach@rote-hilfe.de, http://moenchengladbach.rote-hilfe.de

Rendsburg
c/o T-Stube
Postfach 506
24756 Rendsburg
Telefon 04331/29566

Saarland
c/o Verein für kommunikatives Wohnen und Leben
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken
saarland@rote-hilfe.de

Weimar
c/o Neue Linke
Jakobstr. 22
99423 Weimar
weimar@rote-hilfe.de
http://rhweimar.blogsport.de
Sprechzeiten: Erster und dritter Dienstag im Monat, 19–20 Uhr

Wismar
c/o Tikozigalpa
Dr.-Leber-Str. 38
23966 Wismar
wismar@rote-hilfe.de

BEITRITTSERKLÄRUNG

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen! Bitte senden an: Rote Hilfe e. V., Postfach 3255, 37022 Göttingen

- ☐ Ich erkläre meinen Beitritt zur Roten Hilfe e. V.
- ☐ Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert
- ☐ Ich möchte den E-Mail-Newsletter der Roten Hilfe beziehen, der aktuell über Repression berichtet
- ☐ Ich zahle per Dauerauftrag auf das Konto der Roten Hilfe e. V. mit dem Betreff „Mitgliedsbeitrag“
- ☐ Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V. wird, jederzeit widerruflich, ermächtigt, die Beitragszahlungen für das (Neu-)Mitglied von dem nebenstehend angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das genannte Kreditinstitut angewiesen, die von der Roten Hilfe e. V. auf das Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Innerhalb von acht Wochen, beginnend ab dem Belastungsdatum, kann die/der KontoinhaberIn die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem angegebenen Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Eventuell verursachte Rücklastgebühren (Rückbuchungen z. B. bei ungedecktem Konto) gehen zu Lasten der/des KontoinhaberIn und können ebenfalls von dem genannten Konto abgebucht werden.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE49ZZZ00000318799
Mandatsreferenznummer: Wird separat mitgeteilt

Vorname / Name Neumitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Neumitglied

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

- ☐ jährlich 90 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ halbjährlich 45 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ vierteljährlich 22,50 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ monatlich 7,50 Euro — anderer Betrag ______ Euro

Ich zahle einen **Solibeitrag** von

- ☐ jährlich 120 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ monatlich 10 Euro — anderer Betrag ______ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich. Der ermäßigte Mindesbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 3 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

Impressum

Die Rote Hilfe erscheint quartalsweise. Für die Ausgabe 1/2015 gilt:
Erscheinungstermin: Anfang März 2015
Redaktionsschluss: 9. Januar 2015

Herausgeber
Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

V.i.S.d.P.
H. Lange, PF 32 55, 37022 Göttingen

Für die AZADÎ-Seiten
V.i.S.d.P. Monika Morres
(Anschrift siehe AZADÎ-Seiten)

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die VerfasserInnen der namentlich nicht gezeichneten Artikel sind der Redaktion bekannt.

Die Rote Hilfe im Internet
www.rote-hilfe.de

Auflage
8.050 Exemplare; Eigendruck auf chlorfrei gebleichtem Papier im Selbstverlag.

Preise
Einzelexemplar 4 Euro,
Abonnement 20 Euro im Jahr.
Für Mitglieder der Roten Hilfe e. V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.
Eine Teilauflage enthält einen Mitgliederrundbrief.

Alle Zuschriften und Anfragen
bitte schicken an:
Rote Hilfe Redaktion
Postfach 32 55, 37022 Göttingen,
Telefon 0174/477 96 10,
Fax 0551/770 80 09,
rhz@rote-hilfe.de. (Diese Adresse bitte nicht für Mailinglisten verwenden!)

Artikel, Leserbriefe und Ähnliches wenn möglich als Mail, vor dem Schreiben längerer Sachen die Redaktion kontaktieren.

Unverlangt eingesandte Texte und Bilder werden nicht zwingend abgedruckt. Die Auswahl der zu veröffentlichenden Texte liegt im Rahmen der Satzung der Roten Hilfe e. V. im Ermessen der Redaktion.

Austauschanzeigen:
Austauschanzeigen linker Zeitschriften drucken wir nach Möglichkeit ab. Anzeigen in den Datei-Formaten jpeg, tif (jew. mind. 300dpi, Graustufen), bitmap (mind. 600dpi, sw), pdf (nach PDF/X-3 beziehungsweise PDF/X-1a-Standard) oder Vektor-EPS an: austauschanzeigen@rote-hilfe.de

Mitgliedsbeiträge und Spenden
bitte nur auf folgendes Konto überweisen:
Rote Hilfe e. V.
Kontonummer: 56 036 239
BLZ: 260 500 01
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

Zutreffendes ankreuzen und bitte in Großbuchstaben ausfüllen!
Bitte senden an: Rote Hilfe e. V., Postfach 3255, 37022 Göttingen

ÄNDERUNG DER BISHERIGEN ADRESSE/ BANKVERBINDUNG/ BEITRAGSHÖHE

Ich bin Mitglied der Roten Hilfe und ändere meinen Beitrag / meine Bankverbindung / meine Adresse

Meine **bisherige** Anschrift / Bankverbindung

Vorname / Name Mitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

Kontonummer — Bankleitzahl

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Mitglied

Meine **neue** Anschrift / Bankverbindung

Vorname / Name Mitglied

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Telefonnummer

E-Mail

Name und Sitz des Kreditinstituts

BIC

IBAN

Datum / Unterschrift Mitglied

Ich zahle einen **Mitgliedsbeitrag** von

- ☐ jährlich 90 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ halbjährlich 45 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ vierteljährlich 22,50 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ monatlich 7,50 Euro — anderer Betrag ______ Euro

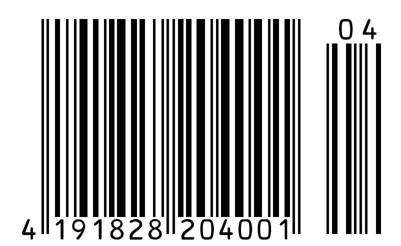
Ich zahle einen **Solibeitrag** von

- ☐ jährlich 120 Euro — anderer Betrag ______ Euro
- ☐ monatlich 10 Euro — anderer Betrag ______ Euro

Der Mindestbeitrag beträgt 7,50 Euro monatlich. Der ermäßigte Mindesbeitrag für SchülerInnen, Erwerbslose usw. beträgt 3 Euro monatlich. Empfohlen wird ein Solibeitrag von 10 Euro monatlich bzw. 120 Euro jährlich.

BUNDESVORSTAND UND REDAKTION

Rote Hilfe e. V.
Bundesgeschäftsstelle
Postfach 32 55
37022 Göttingen
Telefon 05 51/770 80 08
di+do 15–20 Uhr
Fax 05 51/770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de



Postvertriebstück

C 2778 F

Gebühr bezahlt



Keine Auslieferung von Bernhard Heidbreder

Anfang Juli 2014 wurde Bernhard Heidbreder von venezolanischen Sicherheitskräften in Mérida festgenommen. Seitdem sitzt der formal deutsche Staatsbürger in der Hauptstadt Caracas in Polizeihaft. Die deutschen Behörden haben seine Auslieferung beantragt, weil gegen ihn in Deutschland ein Ermittlungsverfahren läuft. Bernhard wird vorgeworfen zusammen mit zwei weiteren Personen vor fast 20 Jahren in einer militanten Gruppe der Linken, dem K.O.M.I.T.E.E., aktiv gewesen zu sein. Diese Gruppe hat 1994 einen Brandanschlag auf ein Gebäude der Bundeswehr verübt. Außerdem hat sie 1995 einen Anschlag auf ein im Umbau befindliches Abschiebegefängnis geplant. Sollte Bernhard nach Deutschland ausgeliefert werden, droht ihm aufgrund dieser Vorwürfe eine hohe Gefängnisstrafe.

Bernhard und die beiden anderen Beschuldigten haben sich der deutschen Justiz entzogen. Sie konnten damals vor fast 20 Jahren abtauchen und offensichtlich ein neues Leben aufbauen.

Nutzen wir alle Mittel und Wege, um eine Auslieferung zu verhindern!

Freiheit für Bernhard! No pasarán! Venceremos!

Solidarische Grüße an Thomas und Peter – wo immer ihr auch seid – passt auf euch auf!

Eine zwanzig Jahre alte Geschichte – aber genau so aktuell wie damals

Die Gruppe Das K.O.M.I.T.E.E. kam aus der radikalen Linken. Ihre erste Aktion am 27.10.1994 war ein Brandanschlag auf ein Gebäude der Bundeswehr in Bad Freienwalde. Die Aktion stand im Kontext der Auseinandersetzungen um Deutschlands Politik gegenüber dem kurdischen Befreiungskampf. Deutschland unterstützte den Krieg der Türkei gegen die kurdische Bewegung mit massiven Rüstungsexporten und verbot die politische Organisierung der PKK in Deutschland. Die Aktion des K.O.M.I.T.E.E. richtete sich gegen die repressive Parteinahme gegen den kurdischen Befreiungskampf und griff diese praktisch und in ihrer Erklärung an: Deutschland ist „Kriegspartei im Völkermord in Kurdistan (...) – militärisch, ökonomisch, politisch".
Der geplante Anschlag auf den zukünftigen Abschiebeknast Berlin-Grünau ein halbes Jahr später reihte sich ein in den Protest gegen die deutsche Abschottungs- und Abschiebepolitik gegen Geflüchtete aus aller Welt. Das politische Klima Anfang der 90er Jahre war geprägt von der sogenannten Asyldebatte, mit der rassistische Angriffe auf Geflüchtete angeheizt und vorbereitet wurden. Im August 1992 erreichten diese rassistischen Angriffe ihren Höhepunkt in einem mehrtägigen Pogrom gegen Geflüchtete und vietnamesische Vertragsarbeiter_innen in Rostock-Lichtenhagen. In diesem gesellschaftlichen Klima gipfelte die „Asyldebatte" 1993 in einer Grundgesetzänderung, mit der das Grundrecht auf Asyl soweit ausgehöhlt wurde, dass man von einer faktischen Abschaffung sprechen kann. Gegen die rassistischen Angriffe und die Abschottungs- und Abschiebepolitik der deutschen Regierung gab es seit Jahren Widerstand verschiedener politischer Gruppen, von Kirchengemeinden bis zu militantem Widerstand.
Das K.O.M.I.T.E.E. löste sich im September 1995 auf. An der Aktualität der Themen, die die Gruppe mit ihren zwei Aktionen aufgegriffen hat, hat sich bis heute nichts geändert: Heute sind die Kurd_innen der wichtigste Faktor für die Demokratisierung des Mittleren Ostens – trotzdem existiert das PKK-Verbot und die Repression gegen sie hier weiter. Die brutale Abschottungspolitik gegen Geflüchtete hat seit dem Jahr 2000 allein an den EU-Außengrenzen zu (laut UNHCR) geschätzten 23.000 Toten und Vermissten geführt.

Bernhard braucht unsere Solidarität!

Nutzt eure Kontakte nach Venezuela, um einen Appell an die venezolanische Öffentlichkeit zu verteilen. Den Appell findet Ihr als pdf und weitere aktuelle Informationen auf der Webseite: www.dageblieben.net

Die Unterstützung von Bernhard kostet Geld
Spendenkonto:
Rote Hilfe e. V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE
Stichwort: Dageblieben

Alle Texte von: www.dageblieben.net